

IV Zur Dokumentation des Sechs-Tage-Krieges und seinen Auswirkungen

A 1 Kundgebungen und Hilfeleistungen

Aus den Deutschland-Berichten (3/6), Bonn, Juli 1967:

„Überall in der Bundesrepublik traten mit Ausbruch der Krise im Nahen Osten Vereinigungen, Jugendverbände, Gewerkschaften, Kirchen, Christlich-Jüdische Gesellschaften und nicht zuletzt namhafte Einzelpersonlichkeiten mit Aufrufen und Sympathie-Erklärungen für Israel vor die Öffentlichkeit. In diesen Erklärungen wurde der Gedanke hervorgehoben, daß dem israelischen Volk Friede und Freiheit nach all den Jahren der Verbannung gewährleistet werden müsse. Gleichzeitig wurde die Blockade des Golfes von Akaba, der Aufmarsch der arabischen Armeen und der damit drohende Völkermord auf das schärfste verurteilt. Es ist unmöglich, alle Aufrufe wiederzugeben, die in diesen Wochen und vor allen Dingen in den letzten Tagen nach Beginn der kriegerischen Auseinandersetzung im Nahen Osten in der Bundesrepublik über Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen und nicht zuletzt von den Kanzeln und auf spontan einberufenen Versammlungen zu hören waren.“

Aus der Fülle von Sympathiekundgebungen bringen wir außer deutschen Stimmen einige besonders prägnante außerdeutsche Äußerungen, u. a. von Kardinal Richard Cushing, Bischof von Boston, Weihbischof José Goncalves da Costa von Rio de Janeiro; wir berichten über das Gebet von Kardinal Wyszynski, Warschau, sowie im Zusammenhang mit den Gegebenheiten in Polen, besonders über bemerkenswerte Sympathieäußerungen dort, ferner von den in *Holland* für Israels Sieg läutenden Kirchenglocken.

Den deutschen Äußerungen stellen wir einen Beitrag von Weihbischof Kampe, Limburg, voran und bringen die Entschließung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken vom 9. Juni 1967, den Aufruf des Evangelischen Arbeitskreises „Kirche und Judentum“ in Hessen-Nassau, die Erklärung von Professor Dr. Franz Böhm anlässlich des Schweigemarsches der Universität Frankfurt/Main vom 3. Juni 1967, den von Dr. Adolf Arndt MdB formulierten Aufruf der „Deutsch-Israelischen Gesellschaft“ und schließen mit dem Aufruf von D. Kurt Scharf, Bischof der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg.

Schließlich geben wir in deutscher Übersetzung einen Beitrag „Das jüdisch-christliche Verhältnis und der Krieg“ aus der in Jerusalem erscheinenden englischsprachigen „Jerusalem Post“ wieder. Es kommt darin zum Ausdruck, in welchem Maße der Krieg in Israel und die damit drohende Vernichtung dieses ganzen Volkes die Juden in der Welt erschüttert hat und die Frage einer Überprüfung des jüdisch-christlichen Verhältnisses neu gestellt hat. Es spricht daraus die Enttäuschung über das Fehlen eines „eindeutigen Wortes zur Verteidigung der Erhaltung des jüdischen Volkes“ von seiten „der ‚diplomatischen‘ Institutionen der Christenheit“ (S. 19).

a) „Schalom Israel“

Mit vereinten Kräften für den Frieden in Nabost

einsetzen

Von Weihbischof W. Kampe, Limburg a. L.

Den auch heute so aktuellen Beitrag von Weihbischof Kampe – der eindeutig auf die angedrohte Vernichtung Israels eingeht – entnehmen wir in vollem Wortlaut der „Katholischen Nachrichten-Agentur“ Nr. 23 vom 6. Juni 1967:

Die Geschichte Israels zeigt durch Jahrtausende hindurch eine bleibende Linie, die durch alle historischen Wandlungen hindurchgeht: Wider alle Hoffnung und menschliche Berechnung hält ein winzig kleines und schwaches Volk durch alle Bedrohung seitens übermächtiger Nachbarvölker und auch durch alle vernichtenden Katastrophen seine Existenz durch. Oft wird es an den Rand des Untergangs gebracht, aber eine rettende Hand fängt es auf und gibt ihm die Chance des Weiterlebens. Israel hat selbst über sein merkwürdiges und einmaliges Geschick nach-

gedacht und es so interpretiert, daß das Unheil in seiner stets neuen Untreue gegenüber dem mit Gott geschlossenen Bund und seine Rettung in der durchhaltenden Treue Jahwes zu der einmal gegebenen Verheißung seine Ursache habe. Das Ergebnis seiner Daseinsdeutung hat es im Zeugnis des Alten Testaments niedergelegt. Aber auch mit Jesus Christus hat Gott dieses sein Volk gleichsam schwebend über dem Abgrund gehalten und es trotz der Zerstreuung in alle Welt nicht untergehen lassen. Schon der Römerbrief des heiligen Paulus hat diese Tatsache vorausgeschaut, als er Israel das Heil für das Ende der Zeiten zusagte. Die Neugründung des Staates Israel nach einer so großen Zeitspanne ist ebenfalls ein merkwürdiges Zeichen einer höheren Führung, das allen sonstigen Erfahrungen der Geschichte widerspricht. Karl Barth nennt die Existenz des heutigen gläubigen oder auch ungläubigen Judentums in seinem Bericht über seine nachkonziliare Romfahrt „den einzigen natürlichen (weltgeschichtlichen) Gottesbeweis“.¹

Wie man auch diese deuten will, so wird man auf jeden Fall unwillkürlich an manche Berichte des Alten Testaments erinnert, wenn man die bestürzenden Kriegsberichte aus dem Nahen Osten zur Kenntnis nimmt. Wieder haben sich Ägypten, Assyrien und Babylon miteinander vereint, um den winzig kleinen Staat zu vernichten. Sind auch die Vereinigte Arabische Republik, Syrien und der Irak längst keine Großmächte, so ist ihre zahlenmäßige Überlegenheit und die ihrer Verbündeten über die wenigen Israelis doch geradezu grotesk. Wenn es nach sonstigen Maßstäben ginge, müßten die Araber Israel im Handumdrehen von drei Grenzen aus überrennen können. Der heutige Staat Israel deutet zwar seine Gegenwart nicht mehr ausschließlich religiös. Aber wenn er erklärt, keiner personalen militärischen Hilfe von außen zu bedürfen, so stimmt das sachlich mit dem Mahnwort der Propheten überein, nicht auf fremde Mächte zu vertrauen, sondern auf Gott allein, der stark genug sei, sein Volk zu retten.

Die größte Gefahr für Israel – und auch die ganze Welt! – ist tatsächlich die Einmischung der Großmächte in den nahöstlichen Krieg. Hätten die Sowjets nicht Nasser den Rücken gestärkt, so hätte dieser es nie wagen können, mit solcher Härte aufzutreten. Aber auch die Westmächte erhalten jetzt die Quittung für ihre unentschlossene Haltung in den letzten Jahren. Man kann nicht ungelöste Probleme durch die Bereitstellung einer UNO-Truppe, die die Grenzen bewacht, gleichsam einfrieren lassen und hoffen, daß es dabei bleibe. Zwischen den Israelis und den Arabern sind so viele unbeglichene Rechnungen, daß eines Tages die eine oder die andere Partei den Wechsel auf den Tisch legen mußte. Dazu gehört auch das Problem der aus Palästina geflüchteten Araber, die ein ständiger Unruheherd und eine Gefahr auch für die arabischen Staaten selbst sind. Die einzige Bewältigung der Dauerkrise, deren plötzliche Explosion zur Stunde die Welt in Atem hält,

¹ Vgl. Ad Limina Apostolorum. Zürich 1967. S. 40.

kann nur durch eine Einigung der Großmächte kommen, durch die die kleinen Staaten gezwungen werden, ihre Streitpunkte selbst nach den Regeln der politischen Vernunft und nicht nach nationalistischen Ressentiments zu lösen, die die Probleme so heillos verwirren, daß eine gerechte Lösung immer schwieriger wird.

Daß eine Nation auf ihren – wahren oder vermeintlichen – Rechten besteht, ist verständlich. Auch wir vermögen zu verstehen, wie schwer es den Arabern wird, auf ein Land zu verzichten, das früher weitgehend von ihnen besiedelt war, haben doch auch wir Deutsche uraltes Siedlungsland im Osten verloren. Aber wie weit kann man da auf historische Rechte pochen und wer war hier der Erstgeborene, der die frühesten Besitzansprüche erheben kann? Schließlich haben die Israelis den toten Boden Palästinas durch eigene Arbeit wieder zum Blühen gebracht. Was uns aber zum Erschauern bringen kann, das sind die wilden Rufe in den Straßen von Kairo und Damaskus: „Wir wollen Israel von der Landkarte ausradieren!“ und die schauer-vollen Gebete in den Moscheen um den Sieg der Waffen. Hier wären Demonstrationen arabischer und deutscher Studenten eher angebracht als gegen überaltete Feudalstrukturen in Persien, einem Land, das sich bisher aus den törichten Händeln der Diktatoren neueren Schlags mit großer Klugheit herausgehalten hat.

Wir Christen haben dazu allen Anlaß, diesem Beten unsere Friedensgebete entgegenzustellen und zum Nutzen der Araber selbst, die eher Brot brauchen als Waffen, vor allem aber auch als eine Wiedergutmachung gegenüber den Juden, die in der Geschichte durch Christen so viel Leid erfahren haben. Die Stunde ist da, in der alle Kirchen der Welt mit vereinten Kräften sich für den Frieden engagieren müssen.

b) Entschließung der Vollversammlung des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, Bad Godesberg, vom 9. Juni 1967¹

Die Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken hat mit Dankbarkeit von den ersten Schritten Kenntnis genommen, die zur Wiederherstellung des Friedens im Nahen Osten führen sollen. Sie bittet alle Träger öffentlicher Verantwortung in den arabischen Staaten, in Israel und in der ganzen Welt die Bemühungen um den Frieden fortzusetzen und zu einer gerechten und dauerhaften Friedensordnung nach Kräften beizutragen. Sie schließt sich dem Appell des Heiligen Vaters an, die Autorität der Vereinten Nationen zu stärken. Sie bittet die Bundesregierung, der durch den Krieg betroffenen Bevölkerung jede mögliche humanitäre Hilfe zu gewähren.

Eine zukünftige Friedensordnung im Nahen Osten muß gewährleisten, daß die Existenz des von den Vereinten Nationen anerkannten Staates Israel nicht mehr in Frage gestellt werden kann. In Israel leben viele Menschen, die dem von Deutschen zu verantwortenden Völkermord an den Juden entkommen sind. Bei allem ernsthaften Bemühen, die traditionelle Freundschaft mit den arabischen Völkern zu vertiefen und zur Lösung des arabischen

Flüchtlingsproblems beizutragen, fühlen sich daher deutsche Katholiken in besonderer Weise verpflichtet, für die Sicherung des Lebensrechtes des Staates Israel einzutreten.

Das Zentralkomitee bittet alle deutschen Katholiken um Geldspenden, damit der gefährdeten Zivilbevölkerung im Nahen Osten – gleich welcher Rasse und Religion – Hilfe zuteil wird.

c) Aufruf des Evangelischen Arbeitskreises „Kirche und Israel“ in Hessen und Nassau | Frankfurt | M. vom 30. Mai 1967

Der Evangelische Arbeitskreis „Kirche und Israel“ in Hessen und Nassau ruft die Gemeinden in der augenblicklichen politischen Lage zur Bewährung ihrer Verbundenheit mit Israel auf.

Christen, die sich des ungekündigten Bundes Gottes mit dem Volk Israel gewiß sind (Römer 9–11), haben die Verpflichtung, der tödlichen Bedrohung Israels entgegenzutreten. Sie wenden sich aufs schärfste gegen den von ägyptischer Seite proklamierten „Heiligen Krieg“ und setzen sich für einen Frieden ein, in dem Araber und Israelis miteinander leben können.

Die Christen in der ganzen Welt, nicht zuletzt in Deutschland, dürfen sich nicht noch einmal unter denen befinden, die das jüdische Volk preisgeben; sie würden sonst ihren Auftrag vor Gott und ihr Zeugnis vor der Welt ver-raten.

Wir bitten die für die Politik und die Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Verantwortlichen, sich der besonderen Verpflichtung bewußt zu sein, die das deutsche Volk für Menschen trägt, die unser Land fluchtartig verlassen mußten oder den deutschen Vernichtungslagern entronnen sind und nun wieder um das Leben ihres Volkes bangen müssen.

Für den Arbeitskreis gez. Dr. Freudenberg, Pfarrer, Bad Vilbel; gez. Hickel, Pfarrer, Mainz; gez. Stöhr, Pfarrer, Darmstadt; gez. Trautwein, Pfarrer, Frankfurt; gez. Vömel, Pfarrer, Frankfurt; gez. Wirth, Pfarrer, Frankfurt; gez. Zeiß, Pfarrer, Frankfurt.

d) Erklärung von Professor Dr. Franz Böhm anlässlich des Schweigemarsches der Universität Frankfurt | M. am 3. Juni 1967, also zwei Tage vor Ausbruch der Kriegshandlungen im Nahen Osten

Die Kriegsgefahr, die uns heute bedroht, hat ihren einzigen Grund darin, daß Ägypten und andere arabische Staaten entschlossen sind, gegen den Staat Israel Gewalt anzuwenden.

Diese Entschlossenheit besteht nicht erst seit heute. Seit zahllosen Jahren wird sie bei jeder Staatsfeier in voller Weltöffentlichkeit proklamiert.

Ankündigungen solcher Art sind widerrechtlich und eine Bedrohung des Weltfriedens.

¹ In: Katholische Nachrichten-Agentur, Nr. 134, Bonn, 10. Juni 1967.

Die Welt wäre vor dieser Angst geschützt, wenn die großen Mächte wenigstens in dem einen Punkt einig wären, eine gewaltsame Beseitigung Israels nicht zuzulassen. Leider besteht zwischen den großen Mächten eine solche Einigung nicht.

Obwohl jede einzelne dieser Mächte die Vorbereitung der Staatswerdung Israels gefördert und den Staat Israel selbst anerkannt hat – die USA und die Sowjetunion noch am Tag der Gründung,

obwohl jede von ihnen immer wieder betont, daß der Verzicht auf Krieg zu ihren erklärten Grundsätzen gehört, und obwohl keine von ihnen jemals hat durchblicken lassen, daß sie die Wiederauslöschung Israels betreibt, haben sie die ständig wiederholten Kriegsdrohungen der arabischen Regierungen ohne jeden Protest hingenommen.

Der Grund für diese verderbliche Nachsicht war, daß die Mächte gegenseitig um die Gunst der arabischen Staaten warben; denn wer sich um die Freundschaft eines Staates bemüht, drückt beide Augen zu.

So wurden unter dem Schutz der Rivalität der großen Mächte die arabischen Kriegsdrohungen gegen Israel zu einem festen Bestandteil der Weltpolitik.

Die großen Mächte sind verantwortlich für die Folgen, die daraus entstehen, daß sie es den arabischen Staaten erlaubt haben, mit dem Kriegsfeuerzeug zu spielen, obwohl deren Risiko im Fall der Auswertung des Krieges zu einem Atomweltkrieg wegen der Entlegenheit ihrer Länder viel geringer ist als das Risiko der Atommächte. Wie konnte es dazu kommen, daß sich die großen Mächte einer solchen Gefahr aussetzen?

Hier sind drei Antworten möglich:

Entweder haben sie geglaubt, die arabischen Staaten unter Kontrolle halten zu können. Welch furchtbarer Gedanke, das Schicksal der Welt von der Leichtfertigkeit solcher Spekulationen abhängig zu wissen!

Oder sie spekulieren darauf, daß Regierung und Volk des Staates Israel lieber die wirtschaftliche Verkümmern ihres Landes unter der Daumenschraube strangulierender Blockademaßnahmen in Kauf nehmen, als daß sie sich zu militärischen Abwehraktionen entschließen. Welch furchtbarer Gedanke, das Schicksal der Welt in der Hand solcher Zyniker und Heuchler zu wissen!

Oder sie nehmen sogar den unverblühten Angriffskrieg gegen Israel in Kauf, weil ihnen der Vorteil, den sie sich von guten Beziehungen zur arabischen Staatengruppe versprechen, diesen Preis wert ist. Opferung Israels als Trinkgeld für geleistete oder erhoffte politische Gegendienste. Eine Preisgabe Israels, das ein anerkanntes Mitglied der Völkerfamilie, ein demokratischer Sozial- und Pionierstaat, vor allem aber der Staat der Zuflucht für die wo immer in der Welt verfolgte Judenheit ist, der die zivilisierte Völkerwelt in ihrer großen Mehrheit nach dem Ersten Weltkrieg eine nationale Heimstätte im Land ihrer Väter angeboten hat, noch ehe wir alle uns mit Schaudern davon haben überzeugen müssen, wie dringend die Judenheit dieser Heimstätte und dieser Staatsgründung bedurfte.

Hände, die sich zu einer solchen Schandtats erheben, und Hände, die sich nicht erheben, um sie abzuwenden, verdienen den Fluch der Welt.

Was sich in diesen Tagen abspielt, ist unerträglich.

Es ist Zeit, daß sich die Menschen guten Willens aller Nationen ohne und, wenn es sein muß, gegen den Willen

ihrer Regierungen erheben, um die bedrohten Opfer eines schmachvollen politischen Pokerspiels ihrer Freundschaft und Solidarität zu versichern und ihnen wenigstens mit den Mitteln zu helfen, die auch den einzelnen zur Verfügung stehen.

e) Aufruf der Deutsch-Israelischen Gesellschaft zur „Hilfe für Israel“

Dr. Adolf Arndt, MdB, hat den folgenden Aufruf formuliert, hinter den sich das Präsidium und Kuratorium der Deutsch-Israelischen Gesellschaft sowie viele Einzelpersonlichkeiten und Verbände gestellt haben. Der Aufruf lautet:

Wir rufen: Helft mit, den Frieden in Nahost wiederzugewinnen und Israel vor dem Untergang zu bewahren.

Die Sperrung der Meerenge von Tiran ist ein Anschlag auf den Frieden. Sie soll den israelischen Hafen Eilat lahmlegen. Die Absicht dabei ist, die wirtschaftliche Lebensfähigkeit Israels zu vernichten. Israel soll vor die faule Wahl gestellt werden, entweder durch die Blockade im Golf von Akaba und unter der ihm aufgezwungenen Rüstungslast zugrunde zu gehen oder sich zu wehren und sich dadurch dem falschen Schein auszusetzen, der friedensstörende Angreifer zu sein.

Wir können nicht schweigen, wenn das israelische Volk mit Völkermord bedroht wird.¹ Der Staat Israel ist die letzte Heimat vieler Menschen, die aus unserem Lande stammen und dem von Deutschen ins Werk gesetzten Völkermord an den europäischen Juden entronnen sind.

Wir mahnen alle, die in unserem Staat öffentliche Verantwortung tragen, insbesondere den Bundestag und die Bundesregierung, sich nicht stumm abseits zu stellen, sondern ihr Wort für den Frieden in die Waagschale zu werfen, dem israelischen Volke gegen die Bedrohung mit Völkermord moralisch und mit friedlichen Mitteln zur Seite zu stehen sowie jedes Bemühen um Gerechtigkeit und jede der Wiedergewinnung des Friedens dienende Vermittlung nachdrücklich zu unterstützen.

Wir rufen alle: Seid auf friedliche Weise solidarisch mit allen bedrohten Menschen, die durch Bomben und Raketen verbrannt oder durch Verhungern ausgerottet werden sollen. Wenn andere sich lau verdrücken wollen und meinen, es genüge, die eigene Haut zu retten, so zeigt ihnen, daß es viele Möglichkeiten gibt, freiwillig für den Frieden zu wirken. Wir fangen schon an, etwas zu tun, sobald wir den Bedrohten das stärkende Bewußtsein vermitteln, daß sie nicht von aller Welt verlassen sind. Wir stehen schon den Bedrohten bei, wenn wir Israel helfen, die wirtschaftlichen Einbußen und die finanziellen Lasten seiner Wachsamkeit und Abwehrbereitschaft mit zu tragen.

Wir rufen die Jugend: Zeigt, daß ihr es durchschaut, wie die Großen der Welt künstlich Krisenherde schaffen. Nicht mit Versteckspielen, das man als diplomatisch ausgibt, läßt sich der Frieden retten, indem man sich der Täuschung

¹ Vgl. dazu die uns nach Redaktionsschluß zugegangene Broschüre: „Frieden im Nahen Osten“. Zum arabisch-israelischen Konflikt von Ernst Bloch, Iring Fetscher, Rolf Rendtorff, Heinz Joachim Heydorn. Frankfurt/M. 1967. Europäische Verlagsanstalt. 43 Seiten. Bericht über eine Kundgebung für das Lebensrecht Israels am 27. Juni 1967 in der Frankfurter Universität mit dem Thema: „Für einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten und für das Lebensrecht des Staates Israel.“ Diese Kundgebung fand statt „Namens und im Auftrag der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, der Freunde der Hebräischen Universität Jerusalem, der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit und der Deutsch-Israelischen Studiengruppe“.

hingibt, dieses Mal werde noch nicht um unser eigenes Schicksal gewürfelt. In beiden Teilen Deutschlands sollte sich die Jugend einig sein in ihrem Abscheu vor der Bedrohung Israels mit Völkermord. Sie erwartet von den Regierenden eine klare Sprache.

Wenn die deutsche Öffentlichkeit wieder versagen sollte, werden die zurückliegenden Verbrechen und ihre Folgen abermals auf uns zurückfallen. Besonders die Schüler, Lehrlinge und Studenten¹ bitten wir dringend, immer wieder diese Aktion „Hilfe für Israel“ von früh bis spät zu unterstützen. An dieser Aufgabe können wir wachsen oder scheitern.

Wir rufen: „Helft mit“. Konto „Hilfe für Israel“ . . .

Die Liste der Persönlichkeiten, die den Aufruf unterzeichnet haben, überschreitet hier den verfügbaren Raum.

*f) Erklärung von Kardinal Richard Cushing,
Bischof von Boston²*

Am 5. Juni sandte Kardinal Cushing die folgende Erklärung hinaus:

„Betet um den Frieden Jerusalems.

Menschen, die sich ihrem Gewissen verpflichtet fühlen, dürfen diesmal nicht Schweigen bewahren. Der Mittlere Osten ist am Rande des Krieges. Präsident Nasser von Ägypten hat eine Blockade des internationalen Seeweges veranlaßt: der Straße von Tiran, Israels Seeweg nach Afrika und Asien. Der Mittlere Osten ist ein Spannungsgelände dank der Drohungen fortgesetzter Terroristenangriffe sowie arabischer, seit kurzem bestehender militärischer Mobilisation an den Grenzen Israels. Rufen wir uns in Erinnerung, daß Israel eine neue Nation ist und daß sein Volk sich noch von dem Entsetzen und der Dezimierung der europäischen Vernichtung erholt. Präsident Johnson hat die Blockade ‚illegal und im höchsten Grade verhängnisvoll für den Weltfrieden‘ genannt. Wir wenden uns daher an die Regierung der Vereinigten Staaten, sie möge sich in bezug auf ihre Abmachungen wegen der Freiheit der internationalen Wasserwege fest verpflichtet wissen. Wir wenden uns an unsere amerikanischen Mitbürger aller Richtungen und Gruppen und an die Verwaltung, sie möge die Unabhängigkeit, den Bestand und die Freiheit Israels unterstützen.

Menschen, die sich ihrem Gewissen gegenüber verpflichtet fühlen, haben in der ganzen Welt die moralische Verantwortung, das Recht Israels auf Durchfahrt durch die Straße von Tiran zu unterstützen. Das Volk Israel hat das Recht auf Leben und darauf, sich in Ruhe und ohne Furcht entwickeln zu können. Der Mittlere Osten braucht Ruhe und Frieden, wie die Heilige Schrift verkündet: ‚Suchet den Frieden und trachtet ihm nach‘.“

¹ U. a. veranstalteten Studenten der Freiburger Universität eine Straßensammlung (vgl. „Badische Zeitung“ Nr. 129 vom 8. 6. 1967): „Und eine Straßensammlung. Am Freitag, Samstag und Sonntag findet in Freiburg eine Straßensammlung zugunsten der Israel-Hilfe statt, zu der der Bundestagsabgeordnete Arndt aufgerufen hat. Als Sammler werden vor allem Studenten um Spenden bitten, die den schwer bedrängten Israelis zugute kommen sollen.“

Aus Raumgründen können wir den eindrucksvollen Aufruf der Deutsch-Israelischen Studiengruppe hier nicht veröffentlichen.

² Entnommen aus „Christian News for Israel“, Jerusalem; a. O. p. 5-6 und übersetzt.

g) Aufruf der Westberliner Kirchenleitung an die evangelischen Gemeinden vom 25. Juni 1967

von D. Kurt Scharf, Bischof der Evangelischen Kirche in Berlin³

Obwohl zur Stunde in Nahost die Waffen schweigen, ist der Friede noch fern. Es fehlt auch jetzt nicht an Äußerungen des Hasses. Der Ruf nach Rache und der Vertreibung der Juden aus Palästina ist nicht verstummt.

Wir sind gefordert, der Wahrheit, dem Recht und dem Frieden zu dienen.

1. Darum bekundet das Recht: Sowohl durch die Zustimmung der Mehrheit der UN zu dem ihnen vorgelegten Teilungsplan für Palästina 1947 wie durch die Aufnahme des Staates Israel in die UNO 1949 ist die Siedlung und Staatsbildung von Juden in Palästina anerkannt.

2. Darum treten ein für das Lebensrecht des Staates Israel! Zu diesem Lebensrecht gehört die freie Zufahrt von Schiffen zu seinem Hafen Eilat.

3. Gottes Verheißung ist über dem von ihm erwählten Volk Israel in Kraft geblieben. Obwohl zum Staat Israel nur ein Teil der Juden in der Welt gehört, ist dieser in die Absichten Gottes mit hineingenommen. Darum bezeugt allenthalben: Wer Israel auslöschen will, widersteht Gottes Verheißung und Willen.

4. Helft Israel in mannigfaltiger Weise, durch Spenden wie durch persönlichen Einsatz! Wir sind dazu verpflichtet, denn zahlreiche Bürger des Staates Israel sind zur Zeit der Judenverfolgung im Dritten Reich dorthin geflohen.

5. Durch Schweigen und Unterlassen sind wir damals mitschuldig geworden an dem Frevel, der durch Menschen unseres Volkes an den Juden begangen worden ist. Das macht uns zu Mitbeteiligten.

Darum achtet darauf, daß wir nicht durch Unterlassen und Schweigen neue Schuld auf uns laden!

6. Gedenkt der Bedrohten und Bedrängten unablässig in Fürbitte! Schließt in diese Fürbitte auch alle an dem Konflikt beteiligten Regierungen ein und auch die Mitchristen im Vorderen Orient!

„Alle eure Sorge werft auf ihn, denn er sorgt für euch!“
(1. Petri 5, 7).
gez. D. Scharf
Bischof

Vorschlag für einen Einschub in das Allgemeine Kirchengebet:⁴

„Herr, der du die Herzen aller lenkst, vor dich bringen wir unsere Sorgen um den Frieden an den Grenzen des Staates Israel.

Wehre allen Gefühlen des Stolzes, der Furcht, des Hasses und allen Unbedachtheiten in den Herzen derer, die die Verantwortung für ihre Staaten tragen. Bewahre sie vor übereilten Entscheidungen.

Laß alle Beteiligten, insbesondere die Regenten der Großmächte bedenken, was dem Frieden dient, und wende die Schrecken eines drohenden Krieges in Gnaden ab.“

³ Entnommen aus: Helmut Gollwitzer, Vietnam, Israel und die Christenheit, S. 98 u. S. 99.

Aus Raumgründen kann zu unserem Bedauern hier nicht auch veröffentlicht werden: *Beschluß der Evangelischen Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen vom 21. 6. 1967 von Bischof D. Jänicke; vgl. ¹.*

⁴ Aus: Informationsblatt des Instituts für „Kirche und Judentum“, Nr. 18 (Berlin, August 1967).

b) *Weibbischof Jose Concalves da Costa, Rio de Janeiro, anlässlich seines Besuches in Jerusalem vom 5. Juli 1967: „Jerusalem ist die Hauptstadt des jüdischen Volkes“¹*

Wir entnehmen diesen Text dem „Israel Bulletin“ (2/17), Bad Godesberg, 27. Juli 1967, S. 2:

Bei einem Presseinterview, das Weihbischof Jose Goncalves da Costa, Rio de Janeiro, Generalsekretär der brasilianischen Bischofskonferenz, am 5. Juli in Jerusalem nach einer längeren Rundreise zu den christlichen Heiligen Stätten gab, sagte der Weihbischof:

„In historischer Sicht ist Jerusalem die angestammte Hauptstadt der jüdischen Nation. Dies Volk war ausgewählt, der Kern des ‚Volkes Gottes‘ zu sein. Heute ist Jerusalem die geistige Heimat und das Zentrum von uns allen, Juden und Christen.

In dieser Hinsicht teile ich Papst Pauls Sorge um die Erhaltung von Frieden und Freiheit der Religionsausübung bei allen biblischen Gedenkstätten, nicht nur in Jerusalem, sondern im ganzen Heiligen Land.

Ich stehe hier als Pilger, nicht als Diplomat oder Staatsmann. Es ist nicht meine Aufgabe, Vermutungen anzustellen oder präzise Vorschläge zu machen. Es ist die Aufgabe der Politiker, die Lösung zu finden, die die Hoffnungen des Heiligen Vaters und aller Christen und Juden erfüllt.“

Weiter sagte er, daß, angesichts der verschiedenen Kirchen, Konvents- und anderen kirchlichen Einrichtungen, die er besucht habe, „es scheint, als habe es überhaupt keinen Krieg gegeben. Alles sieht ganz normal aus, und selbst arabische geistliche Würdenträger gehen ihren Verrichtungen nach wie immer“. Er betonte, er habe „keinerlei Feindseligkeiten oder Ressentiments unter den Geistlichen der verschiedenen Religionen in Jerusalem und in ganz Israel feststellen können“, und er hoffe, daß brasilianische Pilgerfahrten nach Israel, die für den September vorgesehen seien, einen neuen Rekord katholischer Besucherzahlen aufstellen würden.

i) *Kardinal Wyszyński, Erzbischof von Warschau, betet für Israel*

Kardinal Wyszyński, Erzbischof von Warschau, betete nach einer Predigt in der St.-Annen-Kirche in Warschau für den Schutz Israels. Dies stand in direkter Opposition

zu der von Staatspräsident E. Ochab abgegebenen Stellungnahme der Regierung. Er hatte als Antwort auf einen Brief Nassers gesagt, daß Polen die arabischen Staaten unterstütze.

(In: Information of Association of Jewish Refugees, London, Juli 1967.)

k) *Auch in Polen Sympathiekundgebungen für Israel*

Aus der in Stockholm (Ende Juni 1967) erscheinenden Tageszeitung „Svenska Dagbladet“ bringen wir in Übersetzung:

In Polen, wo sich die Bevölkerung noch gut an das gemeinsame Schicksal erinnert, das während des Zweiten Weltkrieges sowohl Juden als auch Nichtjuden durch die Nationalsozialisten getroffen hat, äußerte sich die Sympathie für Israel in vielen Formen und an vielen Orten. Viele Polen, unter ihnen auch junge Armeeoffiziere, meldeten sich bei der – damals bestehenden – israelischen Botschaft in Warschau als Freiwillige im Kampf gegen die Araber. Mehrere bekannte polnische Intellektuelle schrieben Artikel und Gedichte für die Sache Israels, die jedoch durch die Zensur nicht zur Veröffentlichung kamen. Einige der Gedichte wurden jedoch bekannt, besonders unter der Jugend. Von offizieller Seite wurde den Arabern, die an der polnischen Universität studieren, die Erlaubnis erteilt, Demonstrationen gegen Israel zu veranstalten. Diese wurden jedoch von der polnischen Studentenschaft vollständig boykottiert.

l) *Hollands Kirchenglocken läuten für Israels Sieg*

Die in Wien erscheinende jüdische Monatsschrift „Neue Welt“ (XX/13–14), Juli 1967, S. 2, meldet:

Die holländische Regierung erließ eine Verfügung, derzufolge sämtliche Spenden für Israel bis zum 1. Oktober 1967 von der Einkommensteuer befreit werden. Auf allen Arbeitsplätzen in Holland und durch Sammlungen von Haus zu Haus werden Spenden für Israel gesammelt, und inoffiziellen Berichten zufolge sind bereits drei Millionen Dollar aufgebracht worden.

Die Glocken holländischer Kirchen läuteten in den letzten Tagen für den Sieg Israels, und in allen Städten fanden Sympathiekundgebungen statt. In Den Haag ist man der Ansicht, daß jetzt die richtige Zeit gekommen sei für den Anschluß Israels an die EWG.

A 2 Friedensdiplomatie — Was blieb die sogenannte christliche Welt schuldig?

Zur Neubesinnung des christlich-jüdischen Dialogs

Wenn wir uns auch an der Fülle der Sympathiekundgebungen freuen dürfen, die in vielen Ländern ihren Ausdruck gefunden hat, so bleibt doch die Frage, die Helmut Gollwitzer in seinem im September 1967 erschienenen Band² gestellt hat, wie angesichts der Spannungsfelder im Fernen und Nahen Osten die Kirchen, die Christen, dar-

auf Antworten gefunden haben oder schuldig geblieben sind? In diese Fragestellung gehört auch der aus Israel kommende sowie der noch nach Redaktionsschluß eingehende Bericht von Dr. Willehad Eckert OP über die Wiener Tagung des internationalen christlich-jüdischen Gremiums vom 6. bis 8. 12. 1967.

Diese Diskussionsbeiträge sind eine ernste Gewissenserforschung für alle, die sich mit dem christlich-jüdischen Verhältnis und mit Israel beschäftigen.

¹ s. o. S. 3

² Vgl.: Helmut Gollwitzer: Vietnam, Israel und die Christenheit. Chr. Kaiser Verlag.

Das jüdisch-christliche Verhältnis und der Krieg

Aus „*The Jerusalem Post Weekly*“ (Nr. 360 vom 11. 9. 1967) entnehmen wir auszugsweise den folgenden Beitrag von Geoffrey Wigoder und bringen ihn in deutscher Übersetzung. Der auf die USA zugeschnittene Beitrag gilt – wenn auch unter gewissen abweichenden örtlichen Verhältnissen – auch anderswo, wie auch der unten, nachfolgende Bericht dies zeigt.

Einer der überraschenden Unglücksfälle des Sechstageskrieges war die „jüdisch-christliche Inter-Faith-Bewegung“ in den Vereinigten Staaten. Die Wunden waren nicht tödlich, aber es wird eine beträchtliche Zeit erfordern, um sich von ihnen zu erholen. Es ist Tatsache, daß der „Dialog“, der in den vergangenen Jahren zwischen Christen und Juden guten Willens stattgefunden hat, durch stillschweigendes Übereinkommen die Tendenz hatte, sich auf „sichere“ Gebiete zu beschränken, auf denen es nicht zum Konflikt kam. Liberale Christen und Juden fanden, daß sie hinsichtlich solcher Vorgänge wie der Menschenrechte oder des Vietnamkrieges Schulter an Schulter stehen konnten. Beide Seiten konnten sich über gleichartige Vorgänge ereifern, weil es innerhalb der verschiedenen Gruppen keine parallelen Kontroversen gab. Wenige Juden regten sich wirklich auf über die Zunahme von Mischehen und Zeichen einer wachsenden Assimilation. Was Israel anging, so waren sie bereit, ihren jährlichen Beitrag zu geben und für den Rest des Jahres nicht mehr daran zu denken.

Und dann im Mai geschah etwas im Innern eines jeden Juden. Er fand eine Sache, die seine eigene war und die ihn bis in die allerletzten Tiefen bewegte und die sich in der Tat als unergründlich erwies. Dieses Mal war er wirklich über etwas erregt, was ihn persönlich berührte. Und natürlicherweise sah er nicht nur auf seine jüdischen Zeitgenossen, sondern wandte sich auch den anderen zu, von denen er Unterstützung erwartete. Jene, die an dem ökumenischen Dialog und interkonfessionellen Bestrebungen beteiligt waren, wandten sich erwartungsvoll den Nichtjuden zu, mit denen sie zu tun gehabt hatten. Und zu ihrer schockierenden Überraschung war die allgemeine Antwort: Schweigen.

Dieses Schweigen rief öffentliche Reaktionen der führenden amerikanischen Juden hervor, die an der Förderung der christlich-jüdischen Beziehung besonders beteiligt gewesen waren. Rabbiner Marc H. Tannenbaum, der Direktor für interkonfessionelle Angelegenheiten des „American Jewish Committee“ kommentierte, daß „die grundlegende Verschiedenheit in den jeweiligen Reaktionen von Juden und Christen auf die Zwangslage, in der sich Israel in den Tagen befand, in denen jene jüdische Gemeinschaft von der Auslöschung bedroht war, offenbart, daß Christen und Juden noch immer durch einen tiefen Abgrund von Mangel an gegenseitiger Kenntnis und gegenseitigem Verständnis getrennt sind . . . In künftigen interkonfessionellen Dialogen müssen die Christen die grundlegende historische, religiöse und liturgische Bedeutung verstehen, die das Land Israel und Jerusalem für das jüdische Volk hat.“ Nachdem Rabbiner Tannenbaum kommentierte, daß viele einzelne Christen – sowohl Katholiken wie Protestanten – eine feste Stellung einnahmen, fügte er hinzu: „Das Versagen der ‚diplomatischen‘ Institutionen der Christenheit, ein eindeutiges Wort zur Verteidigung der Erhaltung des jüdischen Volkes zu sprechen, wird in den Annalen künftiger jüdisch-christlicher Dialoge wahrscheinlich auf Jahre hinaus umgehen . . .“

Professor Jacob Neusner von der Brown Universität, ein bekannter rabbinischer Gelehrter, hat dies zu sagen: „Wenige seriöse Juden, wenn überhaupt welche unter ihnen, mit Ausnahme jener, deren berufsmäßige Verantwortung von ihnen eine Beteiligung am Dialog verlangt, sind jetzt bereit, Gespräche zu erneuern, die in der Vergangenheit blühten. Die Kritiker jener Gespräche sind gerechtfertigt worden, und jene wie ich selbst, die sie verteidigten, haben sich durch ihren Optimismus geirrt.“ Und um Rabbiner Brickner, den Direktor der „Union of American Hebrew Congregations“, zu zitieren: „Es ist Zeit, oberflächlichen gemeindlichen, interkonfessionellen Programmen ein für allemal . . . ein Ende zu setzen. An ihre Stelle sollten stattdessen echte Gegenüberstellungen treten – Programme, die Juden und Christen in die Lage versetzen, ihre Brüderlichkeitsmasken abzusetzen und das zu sagen, was sie wirklich denken und fühlen.“

Man könnte sagen, daß die Juden die Schuld an der Enttäuschung tragen, ohne zum Wesentlichen vorzustoßen – die aber die ganze Zeit über zum Mitgehen bereit waren. Da sie solchen Dingen gegenüber blind waren, stellen sie nun überrascht fest, daß den Christen nicht genug an Israel liegt – und wenn, so ist ihnen mehr an dem Schicksal der arabischen Flüchtlinge und an der Internationalisierung Jerusalems gelegen als daran, was mit dem jüdischen Staat geschieht. In ähnlicher Weise sind sehr wenige der „Inter-Faith“-Dialoge zum Wesentlichen vorgedrungen, was die Haltung der Christen mit Bezug auf die Bekehrung von Juden angeht. Die ökumenische Lösung besteht vielfach darin, daß das Ergebnis auf eine am Ende aller Tage zu verwirklichende eschatologische Hoffnung hinausgeschoben wird. Ein realistischer Dialog muß sich auf die Voraussetzung stützen, daß man von der Erkenntnis einer zwischen den beiden Seiten bestehenden unüberbrückbaren Kluft auszugehen hat. Man hat vielleicht, wenigstens unklar, erkannt, daß die Gelegenheit einer letzten Bekehrung der eine Teil der bestehenden Kluft ist, und nun kommt klar zum Vorschein, daß die Haltung dem Staat Israel gegenüber ein anderer Teil dieser Kluft ist. Aber im letzteren Fall ist noch Raum für einen Dialog, der zwar die Lücke nicht schließen wird, aber sie zumindest verkleinern kann.

Es ist für die Juden wesentlich – und auch für Israel –, der Welt draußen ein Bild von dem Wesen des Bandes zwischen den Juden und zwischen Israel und Jerusalem zu entwerfen. Dies ist heute eine der unerläßlichen Forderungen zur Information über Israel. Hierbei können die Juden der Welt ihren Teil beitragen dadurch, daß sie ihren nicht-jüdischen Nachbarn bei jeder Gelegenheit – sogar durch den Dialog – ein Bild von dem Wesen des Bandes zu vermitteln suchen – des Bandes, das die Juden der Welt mit Israel und Jerusalem verbindet¹.

Folgen der Nabostkrise für das jüdisch-christliche Gespräch

Ergebnisse einer Konferenz des Internationalen Konsultativ-Komitees der Organisationen für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Wien vom 6. bis 8. Dezember 1967

Teilnehmer und Thematik lassen die Konferenz des Internationalen Konsultativ-Komitees in Wien, die vom 6. bis 8. Dezember 1967 dauerte, besonders bemerkenswert er-

¹ Vgl. S. 3, S. 50 f.

scheinen. Außer den Delegierten der Mitgliedsorganisationen und der ständigen Gäste aus der Bundesrepublik Deutschland (Deutscher Koordinierungsrat), England, Frankreich, Italien, Luxemburg, Österreich und der Schweiz sowie aus Israel waren Vertreter des American Jewish Committee, des Jüdischen Weltkongresses, des Weltkirchenrates und des von Kardinal Bea geleiteten Sekretariates erschienen. Pastor Anker Gjerding vertritt im Weltkirchenrat das Committee on the Church and the Jewish People, Professor C. A. Rijk kümmert sich innerhalb des ökumenischen Sekretariats im Sinne der Erklärung des Zweiten Vatikanischen Konzils über das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen (die sogenannte Judenerklärung) um die Verbesserung bzw. Neugestaltung des Verhältnisses der Katholischen Kirche zu den Juden.

Die Berichte der Delegierten wie der Verlauf der Diskussionen auf dieser Konferenz zeigten mit aller Deutlichkeit, daß die *Nahostkrise nicht ohne Folgen für das Verhältnis von Juden und Christen zueinander, nicht zuletzt für die Chancen eines christlich-jüdischen Dialoges geblieben ist*. Die antiisraelische Politik des Staatspräsidenten Charles de Gaulle stellt die Amitié Judéo-Chrétienne in Frankreich vor die Frage, ob sie sich allein mit der Diskussion theologischer Probleme begnügen darf oder ob sie sich nicht auch politisch engagieren muß. Die Auffassungen gingen vor allem zwischen der Pariser und der Lyoner Gruppe weit auseinander, wobei letztere den Zusammenhang von theologischer Einsicht und politischer Verantwortung betonte. Schließlich haben sich die Gruppen auf eine Erklärung geeinigt, die in Wien dem Konsultativ-Komitee bekanntgegeben wurde. Darin heißt es, daß nach der Überzeugung der Amitié Judéo-Chrétienne nicht länger über Existenz und Souveränität des Staates Israel debattiert werden kann; daß der freie Zugang zu den Heiligen Stätten in Jerusalem für jeden gesichert bleiben muß; daß es keine theologischen Einwände gegen die Aufsicht dieser Stätten durch die Juden gibt. Nach dem Vorbild des christlich-jüdischen Dialogs möchte die Amitié Judéo-Chrétienne einen israelisch-arabischen Dialog im Nahen Osten entstehen sehen.

Wenn die Nahostpolitik des französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle die Amitié Judéo-Chrétienne zwingt, sich auf die Voraussetzungen ihrer Tätigkeit erneut zu besinnen, so hat die Nahostkrise Juden und Christen in Israel erst recht vor eine neue Situation gestellt. Professor Zwi Werblowsky vom israelischen Inter-Faith-Committee stellte den Konferenzteilnehmern eindringlich vor Augen, daß die Bedingungen für einen christlich-jüdischen Dialog in Israel ganz anders sind als in allen übrigen Ländern. Wenn es darüber noch Zweifel hätte geben können, so sind sie durch die Nahostkrise behoben worden, leider allerdings in einem enttäuschenden Sinn. Professor Werblowsky warf den Kirchen in Israel mangelnde Loyalität vor. Die protestantischen Kirchen hätten sich zwei Tage vor Ausbruch des Sechstagekrieges lediglich zu einer Erklärung bereitgefunden, die das Existenzrecht Israels bestätigte. Die katholische Kirche habe sich in einer besonders komplizierten Lage befunden, weil sie von ihren in Jordanien residierenden Autoritäten abhängig war. Nur der unierte Erzbischof Hakim, jetzt Patriarch Maximos V. (s. u. S. 41. Anm.), habe eine Loyalitätserklärung abgegeben.¹ Die Zurückhaltung der Kirchen ließe sich daraus erklären, daß es eben keine

normalen christlich-jüdischen Beziehungen in Israel gebe; denn dort gehe es nicht nur um Konfessionsgegensätze, sondern um verschiedene Völker. Die meisten Christen in Israel sind Araber und fühlen als Araber. Christlich-jüdischer Dialog sei daher in Israel im wesentlichen ein Gespräch zwischen Juden israelischer Staatsangehörigkeit und Ausländern, die für eine kürzere oder längere Zeit im Lande zu Gast seien. Die arabischen Christen könnten sich um so schwerer zu einem Gespräch mit den Juden bereitfinden, als die Christen im Nahen Osten eine Minderheit innerhalb einer militant islamischen Umwelt seien. Aus Enttäuschung über die zögernde und ablehnende Haltung so vieler Christen propagierten nun manche Juden in Israel und in der übrigen Welt einen jüdisch-islamischen Dialog. Diese Forderung hält Professor Werblowsky für unsinnig; denn erst wenn der Untergrund des praktischen Zusammenlebens gelegt ist, darf man an einen Überbau theologischer Art denken. Die Enttäuschung vieler Juden, die einen christlich-jüdischen Dialog befürwortet hatten, über das Schweigen der Kirchen angesichts der Nahostkrise sollte nicht zu einem Abbruch des Gesprächs wohl aber zu einer Neubesinnung auf seine Grundlagen führen.

Aus seinen Erfahrungen in den USA konnte Professor Rijk einen interessanten und hörenswerten Diskussionsbeitrag vorlegen. Vor dem Sechstagekrieg seien sich viele Juden in Amerika über ihre Beziehungen zu Israel nicht klar gewesen. Erst der Krieg habe ihnen ihre Identität zum Bewußtsein gebracht. Daher waren sie sowohl über ihre eigentliche Position überrascht als auch über die Haltung der Christen, die sich so sehr zurückhielten, enttäuscht. Diese Beobachtungen zwingen zu einer Neubesinnung auf Bedingungen und Grenzen eines christlich-jüdischen Dialogs. Mehr als bisher müsse ergründet werden, worin jüdische Identität bestehe. Zu häufig habe sich das Gespräch um zweitrangige Probleme gedreht. Die Illusion einer inneren Übereinstimmung mußte daher einer grausamen Enttäuschung weichen. Erst wenn die Christen die Identität der Juden entdecken, kann ein fruchtbarer Dialog beginnen. Was unter Identität zu verstehen ist, erklärte dann noch einmal Professor Werblowsky, in dem er das Ringen um das jüdische Selbstverständnis schilderte. Was Jerusalem für das jüdische Selbstverständnis bedeutet, zeigt nicht zuletzt der Name der jüdischen nationalen Bewegung, Zionismus; denn Zion wird als das Herzstück mit der Stadt Jerusalem gleichgesetzt. An diese Grunderfahrungen muß jedes Gespräch zwischen Christen und Juden anknüpfen. Besonders allergisch sind Juden gegen scheintheologische Argumente, die in den Dienst politischer Ziele gestellt werden und sich dann gegen Israel richten. Die Anklage, die Kirchen hätten aus politischen Gründen während der Nahostkrise geschwiegen, wiesen einige Teilnehmer der Konferenz nachdrücklich in den Gesprächen zurück. Sie machten auf den Unterschied zur Hitlerzeit aufmerksam. Damals waren die Juden wehrlos dem Vernichtungswillen der Nationalsozialisten ausgeliefert, diesmal war Israel gegen den Vernichtungswillen der arabischen Umwelt gewappnet. Zugegeben, daß die Dinge damals anders lagen als heute, so ist doch die Enttäuschung über die mangelnde Solidarität nicht unbegreiflich. Dabei sollte man freilich nicht übersehen, wieviel Christen aller Konfessionen es gegeben hat, die sich für Israel engagiert haben.

Die Tatsache der Enttäuschung vieler Juden über ihre christliche Umwelt während der Nahostkrise, insbesondere

¹ s. o. S. 41. Anm. 1.

kurz vor und während des Sechstagekrieges, aber nötigt zu einem Neuverständnis des christlich-jüdischen Dialoges, der den Gegenwartsfragen ebenso wenig ausweichen darf wie dem Bemühen um das jüdische Selbstverständnis. Das Internationale Konsultativ-Komitee hat daher einen Aufruf an seine nationalen Mitgliedsorganisationen erlassen:

„Das Komitee glaubt, daß es von entscheidender Bedeutung ist, im Licht der verwickelten und verschiedenartigen Reaktionen im Nahostkonflikt die christlich-jüdischen Beziehungen von Grund auf zu überprüfen. Dabei geht es vor allem um die Frage, wie die Juden sowohl in Israel als auch in der Welt überhaupt den Sinn und die Bedeutung ihres Volkseins und ihrer jüdischen Identität verstehen, ferner um die Bande, die die Juden in allen Ländern miteinander und mit dem Land ihrer Väter verbinden, sowie um die Beziehungen zwischen den Juden in Israel und den anderen Völkern in Nahost. Die gegenwärtige Lage wirft ähnliche Fragen für die Christen auf, wenn sie versuchen, die Stellung der Juden in Israel und ihr Verhältnis zu den Nichtjuden im allgemeinen und den Christen im besonderen zu verstehen. Sie dürfen ihre Augen nicht vor der Tatsache verschließen, daß Juden betroffen sind, weil so viele führende Kirchenmänner und christliche Organisationen angesichts des offen angedrohten Genocids schwiegen. Das Komitee weist daher alle angeschlossenen Mitgliedsorganisationen auf die Notwendigkeit des gemeinsamen Studiums dieser Fragen hin. Dabei soll sich die Aufmerksamkeit besonders auf den Zusammenhang der Fakten und ihre richtige Perspektive konzentrieren. Daher müssen die Ereignisse, die den Krieg im Juni 1967 auslösten, sein politisches Nachspiel, die aus ihnen folgenden Leiden von Arabern und Juden in ihren

Auswirkungen auf den Nahen Osten und die ganze Welt studiert werden. Ferner sollte die Öffentlichkeit vor Versuchen gewarnt werden, die die Situation zu deuten suchen, aber dabei von den eben erwähnten Tatsachen absehen. Besonders aber muß vor Bestrebungen gewarnt werden, die politische Ziele mit solchen theologischen Argumenten zu erreichen suchen, die noch weiterer Klärung und Erforschung bedürfen. Das Komitee ist überzeugt, daß das gemeinsame Studium eine Vertiefung eines vertrauensvollen Verhältnisses und eines Verständnisses zwischen Juden und Christen herbeiführen wird.“

Die Teilnehmer an der Konferenz erfuhren beim Besuch der Aufführung des „Kaufmann von Venedig“ durch das Wiener Burgtheater, dank der Verkörperung der tragischen Rolle des Shylock durch Ernst Deutsch, wie tief vergiftet die Beziehungen von Juden und Christen waren, wie Unverständnis und Haß der Umwelt einen ohnmächtigen Zorn erwecken, aber sie wurden auch der Menschlichkeit dieser Stimme gerade in der Unmenschlichkeit inne. Mit Recht spricht Friedrich Heer vom Verstummen des Shylocks in der Wiedergabe durch Ernst Deutsch „in einer Sprachlosigkeit, wie sie den Menschen überfällt, wenn er wirklich des Ungeheuren gewahr wird“, des Ungeheuren, das ihm durch Gott oder durch Menschen zukommen kann, des Ungeheuren aber auch, das in seiner eigenen Brust wohnt. Den Shylock auf die Bühne zu bringen, ein Wagnis. Nach Reaktionen aus dem Publikum zu schließen, gibt es noch immer Zuschauer, die die Anklage, die in dieser Gestalt liegt, nicht wahrnehmen. Dennoch scheint mir das Experiment gerechtfertigt zu sein, und zwar nicht nur wegen der großartigen Interpretation durch Ernst Deutsch, sondern weil wir uns nicht der Last der Geschichte entziehen dürfen, wenn unser Gespräch glaubhaft sein soll.

Pater Dr. Willehad Paul Eckert

B Aus der Hauschronik der Dominikaner des Hauses St. Isaias in West-Jerusalem für ihre Freunde vom 22. Juni 1967

... Wir haben ein Volk gesehen, das seine prophetische Berufung wiederfand: Es hatte gebetet und gefastet¹, um den Frieden zu erleben und weinte vor Rührung und Dankbarkeit an der Klagemauer; ein Volk, das nicht stolz wurde, nachdem es den außerordentlichsten Sieg unserer Zeit errang; das für jene, die seine Feinde waren, keinen Haß hat, sondern Worte des Friedens: Es ist, als sei ein neues Volk aus der Prüfung hervorgegangen.

Wir möchten Ihnen kurz das Tagebuch dieser Kriegstage geben sowie das der schrecklichen Wochen, die ihnen vorausgingen. Die Spannung wuchs von Tag zu Tag; von ganzem Herzen wünschte man Frieden, doch verstand man gleichzeitig immer besser, daß er unmöglich wurde; die Existenz des Landes selbst stand auf dem Spiel. Die wilden Reden Nassers, die Sendungen des Kairoer Fernsehens, die man hier sehen kann², zeigten uns grausam

deutlich, daß Nasser mit Methoden, die ihn Hitlers „Mein Kampf“ gelehrt hatte, einen Völkermord vorbereitete und alle arabischen Staaten dazu aufrief, den Völkermord an jenen zu verüben, die den Gaskammern Hitlers entronnen waren. Und die Großmächte schlossen ihre Augen und gingen nur ihren eigenen Interessen nach. Vergeblich warteten wir auf einen Aufschrei der Empörung.³ In der Tat, man muß den gegenwärtigen Sieg vergessen, um die Ereignisse in ihrem wahren Zusammenhang zu sehen: ein Volk von 2 Millionen 500 000 Einwohnern hatte sich gegen die arabischen Staaten mit mehr als 100 Millionen Einwohnern zu verteidigen, mit unwahrscheinlichen Grenzen und an vier Fronten. Doch jeder Mann, jede Frau, jedes Kind wußte, daß man siegen mußte oder untergehen, jeder war für diese Wahl gerüstet, und mit ruhiger Entschiedenheit ging alles ans Werk.

Die jungen Leute von 18 Jahren aufwärts wurden mobilisiert, auch viele Mädchen; Burschen zwischen 13 und 17 Jahren versahen den Postdienst, die Milchverteilung, lernten Erste Hilfe in Notfällen, vertraten die Älteren in den Kibbuzim. Es gab sehr wenige öffentliche Transportmittel (Autobusse und Fahrer waren mobilisiert), aber

¹ s. u. S. 22, Anm. 1. – Fasten: es handelt sich um das jüdische Fasten: kein einziges Krümchen Nahrung, keinen Tropfen Wasser 24 Stunden lang. An einem Chamsin-Tag (Wüstenwind), der gerade herrschte, ist das gar kein Vergnügen.

² Z. B. er brachte Schulsendungen für Kinder von drei Jahren aufwärts: Karikaturen von Juden, Männchen: Das Kind muß sie schlagen; jedes Männchen, das fällt, ist ein Jude weniger. In einer anderen Sendung: Fotos von Vernichtungslagern und von Geretteten; Kommentar: Wir werden ein Gleiches mit Israels Einwohnern machen.

³ Vgl. o. S. 19 ff. Anm. d. Red. d. FR.

jeder Autofahrer stellte sich zum freiwilligen Fahrdienst zur Verfügung. Man rief zu Blutspenden auf: es kamen so viele, daß sie stundenlang Schlange stehen mußten, und schließlich wußte man nicht mehr wohin mit so viel Blut.

Jeder leerte seinen Keller, um einen Unterstand vorzubereiten, man fuhr Sandsäcke an, legte sich einen Vorrat an Wasser, an Lebensmitteln usw. an. Wie alle haben auch wir einen Unterstand vorbereitet, haben an Lehrgängen über Erste Hilfe teilgenommen, uns freiwillig zu verschiedenen Diensten gemeldet. Insbesondere wollten wir uns mit innigem Gebet und Fasten mit unseren jüdischen Brüdern vereinen. Als wir erfuhren, daß das Rabbinat Donnerstag, den 1. Juni, als Buß- und Betttag angesetzt hatte¹, haben wir schnell die meisten israelischen Klöster und auch einige befreundete Klöster in Frankreich verständigt; hochherzig und bereitwillig antworteten alle dem Appell, und ein inständiger Flehruf stieg 24 Stunden lang ohne Unterlaß zu Gott empor und rief um „Frieden für Jerusalem“.

Wir waren die Wächter, von denen Isaiaß spricht (62, 6): „Über deine Mauern, Jerusalem, habe ich Wächter bestellt, den ganzen Tag und die ganze Nacht sollen sie nicht verstummen!“ Dieser Solidaritätsbeweis hat unsere israelischen Freunde tief berührt: „Es ist wohl zum ersten Mal im Laufe der Geschichte“, sagten sie mir, „daß Juden und Christen zusammen fasten.“

Montag, den 5. Juni: 8 Uhr morgens: Das Gellen der Sirenen; nichts hatte am Vorabend eine Verschlechterung der Lage angezeigt, im Gegenteil; vielleicht handelt es sich um eine Übung, einen Probealarm? Man steckt die Nase hinaus, alles scheint normal: der Himmel ist ganz blau, die Sonne strahlt, die Vögel singen vor Lebensfreude, nichts scheint den Frieden des Augenblicks zu bedrohen. Rina tritt aus ihrem Häuschen heraus, um in die Kapelle zu gehen, wie gewöhnlich verweilt sie im Garten, begießt die Blumen. Bei dieser poetischen Beschäftigung wird sie von dem etwas bestürzten Verantwortlichen der passiven Verteidigung überrascht: „Achtung, Madame, Sie scheinen nicht zu ahnen, daß wir im Kriege sind; heute morgen haben die Ägypter einen Großangriff im Negev unternommen; verstehen Sie wohl, beim ersten Schuß gehen Sie herein!“

In wenigen Minuten war der ruhige Himmel Jerusalems von Getöse erfüllt. Die erschrockenen Vögel entflohen eiligst mit schrillum Geschrei. Der Ausbruch geschah so heftig und plötzlich, daß viele Menschen zwei oder drei Tage lang voneinander getrennt waren, da sie dort unter-schlupften, wo sie sich gerade befanden: im Büro, in der Schule usw. . . . Jerusalem war 55 Stunden im Alarmzustand.

Man muß die außerordentliche Zerschneidung der Stadt kennen, um zu verstehen, was ein Kampf mit Jordanien bedeutete, die Grenze ist überall (man spricht vom Korri-

dor von Jerusalem); die Zivilbevölkerung war nicht evakuiert worden, sie befand sich also mitten im Kampf: wir hörten das Getöse der Panzer, der Mörser, das Prasseln der Fliegerabwehr und der Maschinengewehre, alles vom Lärm der Flugzeuge beherrscht; die Granaten pfften über unsere Köpfe weg, rissen die Wipfel der Bäume ab; wir hörten die Granaten fallen, und man sagte sich: diese war nicht für uns bestimmt! Man konnte nichts unterscheiden, wußte nicht, wer gerade schoß, wem die Flugzeuge gehörten . . .

Dienstag, den 6. Juni: Die Nacht war schrecklich, sie schien endlos zu sein; die Schlacht steigerte sich bis zum Wahnsinn. Man hörte entsetzliches Krachen, blitzende Raketen beleuchteten den Himmel wie am hellen Tage, die Flugzeuge stießen am Himmel zusammen, doch glücklicherweise blieben uns Bombardierungen erspart. Der Rundfunk meldete, daß die berühmten ägyptischen Flugzeuge sowie die Raketen, die nach den Drohungen Nassers alle unsere Städte hätten vernichten sollen, auf ihren Basen zerstört worden waren, noch bevor sie selbst auffliegen konnten.

Mittwoch, 7. Juni: Der Kampf schien jetzt ein wenig entfernter: unter dem Schutz der göttlichen Vorsehung hat keine Granate, kein Splitter unser Haus getroffen. Unsere Nachbarn hatten weniger Glück: einer von ihnen zählte 60 zerschlagene Scheiben, dazu noch die Granatlöcher. Wir wußten jetzt, daß der Kampf um die Altstadt ging, um die Heilige Stadt; man sah, wie sich ihre Türme gegen den himmelblauen Horizont abzeichneten, hörte das dumpfe Hämmern der Panzer, dann Stille, die noch unheimlicher war: es waren die Nahkämpfe in den engen Gassen. Man betete mit beklommenem Herzen, man dachte gewiß an die Heiligen Stätten, aber doch noch viel mehr an alle die Menschen, die getötet wurden und von denen jeder einzige ein Tempel Gottes ist. Die israelischen Geschütze schießen zielgenau, „mit Zartheit“, wenn man so sagen darf; nachts beleuchteten blitzende Raketen die Zielpunkte. Israel hatte versprochen, die Heiligen Stätten zu schonen; diese waren aber nun voller Soldaten, sie waren in Festungen verwandelt. Dennoch muß vor der ganzen Welt dieses Zeugnis erbracht werden. Herr Chouraqui, stellvertretender Bürgermeister von Jerusalem, sagte uns, diese Vorsichtsmaßnahmen hätten die Eroberung der Stadt um einige Stunden verzögert und hundert israelischen Soldaten das Leben gekostet [s. o. S. 7. Anm. 1]. Das muß die Welt wissen und es nicht zu schnell vergessen. Allzu viele falsche Gerüchte sind schon im Umlauf.

Wir sind im Prinzip immer noch im Alarmzustand mit Ausgangsverbot. Aber im Flüsterton, von Mund zu Mund, dringt noch vor der amtlichen Bekanntmachung die Nachricht durch: Jerusalem, die kostbarste unter allen Städten, ist in unseren Händen. Man erfährt, daß um 13 Uhr Mosche Dajan dem Minha-Gebet (Nachmittagsgebet) an der Klagemauer beiwohnte. Oberrabbiner Goren, der Militärggeistliche, der an allen Gefechten mit den Thorarollen als Waffe in der Hand teilnahm, war dabei. Noch wird von allen Seiten geschossen, aber eine riesige Menge Soldaten betet und weint: ein Traum von zweitausend Jahren wird innerhalb von drei Tagen auf einmal zur Wirklichkeit! . . .

Bei dieser Nachricht wurde der Alarmzustand vergessen, alles lief auf die Straße; wir eilten zum Mandelbaumtor in der Hoffnung, es passieren zu können . . . Wir waren nicht die einzigen. Eine Flut von Menschen brach in dieser Richtung auf, zum ersten Mal haben sich die „Frommen“ von Mea Shearim mit den anderen vereint. Sie weinen

¹ Jedioth Chadashot, 2. 6. 67, schreibt dazu: „Tausende Einwohner von Tel Aviv nahmen gestern früh und gestern abend an den Sondergottesdiensten anläßlich des Fast- und Bußtages teil, der vom Ober-rabbiner in Anbetracht der gegenwärtigen Lage angesetzt worden war.“

In den Vormittagsstunden nahmen etwa 500 Rabbiner, Dajanim und Mitglieder des Tel-Aviver religiösen Rates an einer Notstands-sitzung im Beisein von Religionsminister Wahrhaftig teil.

Tausende Einwohner von Bnei Brak [nahe Tel Aviv] versammelten sich gestern Nachmittag zusammen mit den Rabbinern der Stadt in den Synagogen zu Selicoh- und Tehillim-Gebeten [besondere Buß- und Psalmengebete]. Bei den Sondergottesdiensten wurde auch der Schofar geblasen. [Der Schofar ist ein Widderhorn. Das Schofarblasen ist eine bei besonderen Anlässen gefeierte Liturgie.] Anm. d. Red. d. FR.

und sagen: „Seit acht Tagen fasten und beten wir ohne Unterlaß, jetzt, da wir Jerusalem haben, wird der Messias kommen“; und in der Tat, es war etwas wie eine messianische Freude, die wir erlebten. Aber es war noch nicht erlaubt, auf „die andere Seite“ zu gehen, überall lagen Minen, und in einigen Bezirken wurde noch geschossen. Was wir sahen, war die Rückkehr der Soldaten: eine endlose Schlange von Fahrzeugen aller Art, voll von glücklichen, aber erschöpften Soldaten, denen die Menge jubelte und dankte.

Donnerstag, den 8. Juni: Der Waffenstillstand mit Jordanien ist Wirklichkeit geworden; wir erfahren, daß Sichein, Jericho, Bethlehem, Hebron erobert sind, jeder dieser Namen so reich an Inhalt! Sehr blutige Schlachten in Syrien und auf der Sinai-Halbinsel.

Freitag, den 9. Juni: ... Ein Besuch folgte dem anderen: endlich konnte man sich rühren. Man kam, um sich zu erkundigen, um gemeinsam das Brot der Freude zu brechen. Jeder hatte den Eindruck, als sei er auferstanden; es war, als hätte uns Gott ein zweites Mal ins Leben gerufen. Dennoch war es keine ungemischte Freude; man dachte an alle Gefallenen, an die Familien in Trauer, an die von ihren Führern irreführten und in die Katastrophe hineingetriebenen arabischen Volksmassen, an all diese armen, gedemütigten Menschen in Not und Elend. Wir hofften, Israel würde die Wunden mit zarter Hand verbinden, die es, sehr gegen seinen Willen, geschlagen hatte; wir hofften, Isaak und Ismael werden sich in Erinnerung an ihren gemeinsamen Vater Abraham versöhnen.

Ägypten und Syrien haben den Waffenstillstand angenommen; der Blitzkrieg ist zu Ende! Jetzt muß der Friede gewonnen werden!

Samstag, 10. Juni: Fünf Tage nach dem Beginn der Feindseligkeiten: das Siegeskonzert im prächtigen Auditorium des Volkspalastes in Jerusalem: Das Philharmonische Orchester Israels unter der Leitung des Dirigenten Zubin Mehta (Inder), Solisten: Jacqueline Du-Pré (Cello), David Barenboim (Klavier); alle drei sagten nach Bekanntwerden des Krieges alle anderen Verpflichtungen ab und eilten nach Israel. Auf dem Programm war die V. Symphonie von Beethoven, aber zuvor, als Präsident Shazar kam, spielte das Orchester die Nationalhymne. Aus dreitausend Kehlen erscholl der Gesang der Hoffnung „ha Tikwa“ ... Zweitausend Jahre Hoffnung, ein freies Volk zu sein auf unserer Erde, der Erde Zions, Jerusalem ... Mit Dynamit sprengt man die gräßlichen Betonmauern, die Jerusalem in zwei Teile getrennt hatten, diese Stadt, die als *eine* Stadt gebaut worden ist. Man legte den Weg frei, Mittwoch war Schavuoeth (das jüdische Pfingst-

fest), und zum ersten Mal konnte alles Volk beten gehen zur „Mauer der Tränen“ ... Freudentränen!

Mittwoch, 14. Juni: Ein Gedenktag in Israels Geschichte. Schon um vier Uhr in der Frühe begann der „Aufstieg“; an diesem Tage wurden 200 000 Pilger gezählt (fast 10 Prozent der Bevölkerung); durchaus kein Triumphzug, eine vor innerer Bewegung fast schweigende Menge. An der Mauer wird lange gebetet, dann plötzlich tanzen hier und dort „Chassidim“ (die Frommen)¹, ein außerordentliches Schauspiel: orthodoxe Juden mit ihrem Kaftan, ihrem Pelzhut und dem Talith (Gebetsschal) führen Schulter an Schulter mit Soldaten mit Maschinengewehren eine Art Weihetanz auf. Mittendrin ein Soldat, anscheinend ein Offizier; er hält die Thora in seinen Armen, er springt, singt, reißt alle anderen mit: der tanzende David vor der Bundeslade: „Ich frohlockte, da man mir sagte, wir gehen zum Hause des Herrn!“

Aber diese Mauer ist die des zerstörten Tempels, was soll nun werden, wird man ihn wieder aufbauen? Man fragte, man macht sich Sorgen. Das Rabbinat hat klar geantwortet: Es kann keine Rede davon sein, der Messias allein wird den Tempel wiedererrichten². Eine Frau sagt uns inbrünstig: „Wir können den Kult nicht wieder einsetzen und den Tempel nicht wiederaufbauen, denn wir haben keine Kohen-ha-gadol (Hohepriester) mehr, aber der Messias wird kommen. Er ist der Hohepriester, und er wird alles wiederherstellen.“ Wir kehren ganz ergriffen nach Hause zurück, wir nehmen diese messianische Vision in unseren Herzen mit. Welch wunderbares Sinnbild für unsere christliche Hoffnung.

Liebe Freunde, beten Sie weiter mit uns, auf daß endlich in diesem Erdenwinkel ein gerechter Friede herrsche; damit Israel dem Geiste der Propheten treu bleibe und damit nicht durch die Hinterlist der Diplomatie und das eigene Interesse die sich jetzt bietenden außerordentlichen Möglichkeiten verpaßt werden mögen.

Schalom! Mit allem, was dieses Wort im Hebräischen in sich schließt: Nicht nur Friede, sondern auch: vollständiger, vollendeter, vollkommener Friede. Und weil man sich bewußt ist, daß solche Überfülle nur von Oben kommen kann, sagt man: „Schalom alejchem, Friede *über Euch*“. Dieses Wort, das hier täglich so oft ausgesprochen wird – als Gruß und auch um Neuigkeiten zu erfahren –, hat plötzlich seinen wahren Sinn bekommen. Ihr alle, die Ihr Jerusalem liebt, und alles, was es an Verheißungen in sich birgt – wünschet Jerusalem Frieden! – (Psalm 122).

¹ Chassidismus, eine religiös-mystische Bewegung, die Mitte des 18. Jh. in Podolien (Ukraine) entstand.

² s. u. S. 39.

Zum Fest der Zelte sagt dir die Heilige Schrift dreimal, daß du dich freuen sollst. Aber zu Ostern wird von Freude nicht ein einziges Mal gesprochen. Warum? Weil an diesem Tage die Ägypter starben. Während wir beim Fest der Zelte sieben Tage lang den Hallel lesen³, lesen wir ihn zu Ostern nur am ersten Feiertag.

Warum?

Weil es im Buche der Sprüche Salomos geschrieben steht (24, 17):

*Fällt dein Feind, so freue dich nicht,
nicht juble dein Herz, wenn er hinstürzt.*

(Auszug aus dem Midrash Yalkut Shimoni)

³ Psalmenreihe, die in den Festtagsgottesdienst eingeschaltet wird.

C Drei Reden zur Situation und Atmosphäre in Israel

Abba Eban: Leben oder Untergehen!

Die Rede des Außenministers von Israel vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 19. Juni 1967¹

Wir bringen diese bedeutende Rede im vollen Wortlaut. Sie läßt die Zusammenhänge im Nahen Osten aufleuchten und gewährt einen Ausblick, der einen gemeinsamen Weg der Staaten im Nahen Osten zu einem Leben weist, „das Denken und die Handelsbeziehungen in dieser gesamten Ara in unvorhergesehenem Maße befruchten könnte“, Verbindungen schafft, so daß statt der Aufwendungen von zwei Milliarden Dollar auf arabischer Seite für den Sechstagekrieg künftig „unter voller Achtung der Verschiedenheit der einzelnen Teile dieses Gebiets ein völlig neuer Abschnitt in der Geschichte des östlichen Mittelmeerbeckens eröffnet werden“ könnte.

Außerdem geben wir eine Rede von Golda Meir, der ehemaligen Außenministerin, wieder sowie die bemerkenswerte Rede von Generalstabschef Rabin anlässlich der ersten offiziellen Veranstaltung zur Rückkehr der Hebräischen Universität auf dem Skopus.

Die Rede von Abba Eban lautet:

Der Gegenstand unserer Debatte ist der Nahe Osten, seine Leiden in der Vergangenheit und seine Hoffnungen für die Zukunft. Wir sprechen über eine Region der Welt, deren Geschick die ganze Menschheit tief beeinflußt hat. Im Herzen dieser Region, direkt in ihrem geographischen und historischen Zentrum, lebt eine kleine Nation – Israel. Diese Nation brachte Geistesströmungen hervor, die das Leben im ganzen Mittelmeerraum – und weit darüber hinaus – beeinflussten. Der Staat dieses Volkes wurde nun von neuem errichtet, als Heim und Schutzstätte für ein Volk, das sechs Millionen seiner Brüder in der größten Katastrophe, die je irgendeines der Völker dieser Erde betroffen hat, verlor.

In den letzten Jahren hat der Nahe Osten eine Krise durchgemacht, die ihren Schatten über die ganze Welt warf. Diese Krise hat viele Auswirkungen, aber nur *eine* Ursache. Israels Recht auf Frieden, Sicherheit, staatliche Souveränität, wirtschaftliche Entwicklung und Freiheit der Schifffahrt – alles in allem: sein Existenzrecht – wurde durch Gewaltpolitik in Abrede gestellt und mit physischer Gewalt angegriffen. Dies ist die wirkliche Quelle der Spannung, die den Nahen Osten nicht zur Ruhe kommen läßt. Alle anderen Elemente dieses Konfliktes sind Auswirkungen dieser einzigen Ursache. Der Nahe Osten lebte und lebt in Gefahr, weil Israels Existenz, seine Souveränität und Lebensinteressen aufs heftigste bedroht und angegriffen wurden und werden.

Die Bedrohung von Israels Existenz als Staat, die Bedrohung seines Friedens, seiner Souveränität und seiner wirtschaftlichen Entwicklung ging zuerst von den arabischen Nachbarstaaten aus. Aber all die Voraussetzungen zur ständigen Spannung, alle Versuche der Aggression im Nahen Osten wurden zu unserem tiefen Bedauern durch die einseitige Politik einer der Großmächte verstärkt, die nach unserer Charta vor allen anderen die Verantwortung für die Aufrechterhaltung von Frieden und internationaler Sicherheit tragen sollten. Ich werde zeigen, wie die Sowjetunion im Verlaufe von fünfzehn Jahren diese Treuhänderschaft verletzt hat. Die Verantwortung dafür belastet sie schwer. Ihr maßloses Auftreten heute zeigt deutlich den Mangel an gerechtem Maß und Objektivität,

der soviel zu der Spannung und all ihren leidvollen Folgen beitrug.

Ich spreche von diesem Forum aus im Namen einer geeinten Nation, die angesichts der Bedrohung ihrer nationalen Existenz unerschütterlich entschlossen ist, sich jeder Entwicklung zu widersetzen, die die Gefahren zu erneuern droht, denen sie soeben entronnen ist.

Die Generalversammlung hat sich vor allem mit der Situation zu befassen, gegen die sich Israel am Morgen des 5. Juni zur Wehr setzte. Ich möchte jeden friedliebenden Staat, der hier vertreten ist, ersuchen, sich selbst zu fragen, wie er an diesem Tag reagiert hätte, wäre er ähnlichen Gefahren gegenübergestanden. Aber wenn unsere Debatte hier irgendein Gewicht und eine Bedeutung haben soll, so müssen wir verstehen, daß sich große Ereignisse nicht in einem einzigen Augenblick vollziehen. Es kann nicht der leiseste Zweifel darüber bestehen, daß die arabischen Regierungen, angeführt und geleitet von Präsident Nasser, zwischen dem 14. Mai und dem 5. Juni systematisch eine Angriffshandlung vorbereiteten und durchführten, die auf Israels sofortige und totale Zerstörung hinzielte. Meine Beweisstücke für diese meine Überzeugung sind die Verlautbarungen und Handlungen der arabischen Regierungen selbst. Man hat allen Grund zu glauben, was sie sagen, und zu beachten, was sie tun.

Das Schema der Aggression 1957–1967

Schon während des ersten Jahrzehntes des Staates Israel blieb die Absicht, seine Zerstörung durch physische Gewalt herbeizuführen, ständig ein Teil der offiziellen Doktrin und der praktischen Politik von arabischen Staaten. Aber manche Mitglieder der Vereinten Nationen hofften, und einige glaubten sogar daran, daß die Regelungen, die in der Generalversammlung vom März 1957 besprochen worden waren, zu einer relativen Stabilisierung der Situation führen würden. Es war damals der Versuch gemacht worden, eine Periode von Nicht-Kriegszustand und Ko-Existenz in den Beziehungen zwischen Ägypten und Israel einzuleiten. Eine UNO-Notfalltruppe sollte die Armeen im Sinai und am Gazastreifen trennen. Die Seemächte sollten die freie und harmlose Durchfahrt im Golf von Akaba und der Straße von Tiran durchführen. Terrorüberfälle gegen Israel sollten aufhören. Der Suezkanal sollte der israelischen Schifffahrt geöffnet werden, wie es der Sicherheitsrat sechs Jahre vorher beschlossen hatte.

Im März 1957 wurde diesen Hoffnungen und Erwartungen in der Generalversammlung von den Vereinigten Staaten, Frankreich, Großbritannien, Kanada und weiteren Staaten in Europa, Amerika, Afrika und Australien beigegeben. Diese Zusicherungen, besonders feierlich zum Ausdruck gebracht durch die obenerwähnten vier Regierungen, veranlaßten Israel, seine Stellungen in Gaza, am Eingang der Straße von Tiran und im Sinai aufzugeben. Nicht-Kriegszustand, Freiheit der Schifffahrt und Sicherheit vor Terrorangriffen sollten in Zukunft nicht durch den Druck Israels, sondern durch den koordinierten Willen der internationalen Gemeinschaft sichergestellt werden. Ägypten erhob keinen Einspruch gegen diese Regelungen. Eine ausgesprochen zuversichtliche Stimmung herrschte vor zehn Jahren hier, in diesem Saal.

Es gab Zeitabschnitte im letzten Jahrzehnt, in denen tatsächlich eine gewisse Stabilität erreicht zu sein schien.

¹ Die Übersetzung wurde entnommen: „Das neue Israel“, Zeitschrift für Politik, Kultur und Wirtschaft (Sonderdruck 1967), Zürich.

Aber rückblickend wird uns klar, daß die arabischen Regierungen die Regelungen von 1957 nur als eine Atempause betrachteten, die ihnen ermöglichen sollte, Kräfte für einen zukünftigen Angriff zu sammeln. Am Ende des Jahres 1962 begann Präsident Nasser, die arabische Öffentlichkeit auf einen bewaffneten Angriff vorzubereiten, der in wenigen Jahren zur Ausführung kommen sollte. In dem Maße, in dem seine Rüstungen wuchsen, kamen auch seine aggressiven Pläne großsprecherisch zum Ausdruck. Am 23. Dezember 1962 sagte Nasser:

„Wir fühlen, daß die Erde Palästinas ägyptische Erde, arabische Erde ist. Warum rüsten wir alle? Weil wir fühlen, daß der Boden von Palästina ein Teil unseres Bodens ist, und weil wir bereit sind, uns für ihn zu opfern.“

Der gegenwärtige Außenminister Ägyptens, Machmud Riad, echote der Stimme seines Herrn:

„Der geheiligte arabische Kampf wird zu keinem Ende kommen, bis Palästina seinen Eigentümern zurückgegeben ist.“

Im März 1963 setzte das offizielle Kairoer Radio die Drohkampagne fort:

„Die arabische Einheit setzt sich ein großes Ziel: die siegreiche Rückkehr nach Palästina, das wehende Banner der Einheit hoch über dem heiligen arabischen Vormarsch.“

Die Zeitung „Al-Gumhuriya“ veröffentlichte am selben Tag eine amtliche Verlautbarung:

„Die Schlinge um den Hals Israels zieht sich immer enger zusammen . . . Israel ist nicht stärker als all die Reiche, die von den Arabern im Osten und im Westen besiegt worden sind . . . Das arabische Volk wird zu Recht sein vereinigt Heimatland wieder in Besitz nehmen!“

Ägypten gehört nicht zu den Ländern, in denen die Presse Meinungen und Ansichten wiedergibt, die unabhängig von der offiziellen Stellungnahme sind. So kommt der Erklärung von „Al-Akhbar“ vom 4. April 1963 wesentliche Bedeutung zu:

„Die Beseitigung Israels wird nicht durch eine Kriegserklärung der arabischen Staaten gegen Israel erfolgen, sondern die arabische Einheit und die interarabische Verständigung werden als Henkerstrick für Israel dienen.“

Die Generalversammlung wird beobachtet haben, daß der Ausdruck „Henkerstrick“ oder „die Schlinge zu ziehen“ häufig in dem gruselige Wörterbuch des Nasserismus vorkommt. Er sieht sich ständig als Befehlshaber über einem Galgen. Im Juni 1967, in der Stunde der Isoliertheit und der Gefahr für Israel, kamen die Bilder der Einkreisung und des Abwürgens wieder zu vollem Ausdruck.

Im Februar 1964 verkündete Nasser mit unverhüllten Worten die Politik seines Landes in der Zeit der Aufrüstung:

„Die Aussicht für die Zukunft ist der Krieg mit Israel. Den Zeitpunkt werden wir diktieren und auch das Schlachtfeld.“

Ein ähnlicher Chor von Drohungen ließ sich während dieser Periode aus anderen arabischen Hauptstädten vernehmen. Präsident Aref von Irak und Präsident Ben-Bella von Algerien waren besonders beredt und erlahmten nicht in ihren Drohungen, Israel zu liquidieren. Sie waren damals weit vom Schuß. Die syrische Haltung war bedenklicher, denn hier ging es um die Grenze eines Nachbarstaates. Die syrische Kriegspropaganda verstärkte sich besonders in den letzten Jahren. Im Jahre 1964 verkündete der syrische Verteidigungsminister, General Abdullah Ziada:

„Die syrische Armee steht da wie ein Berg, um Israel zu zerschmettern und zu zerstören. Diese Armee verfügt über die Mittel, ihre Feinde zu zerschmettern.“

Zu Beginn des letzten Jahres begann Syrien, zu proklamieren und durchzuführen, was es einen „Volkskrieg“ gegen Israel nannte. Das war eine Terroristenaktion, die in der Entsendung von ausgebildeten Terrorgruppen zum Ausdruck kam, welche auf israelischem Gebiet Verkehrswege und andere Einrichtungen verminen und friedliche Einwohner in Häusern und Farmen töten, verletzen, zu Krüppeln machen und ständig in Furcht und Schrecken halten sollten.

Die Terroristen, in Syrien ausgebildet, wurden oft von der jordanischen oder libanesischen Grenze aus eingesetzt. Dieser Terrorkrieg wurde durch Präsident Al-Atassi am 22. Mai 1966 in aller Form erklärt, als er zu Truppen an der syrisch-israelischen Front sprach:

„Wir verkünden die Parole des Volkskrieges zur Befreiung. Wir wollen den totalen Krieg ohne Einschränkung, einen Krieg, der die zionistische Basis zerstören wird.“

Es ist ein eigenartiges Gefühl, in dieser Halle des Friedens mit einem Delegierten zusammensitzen, dessen Philosophie lautet: „Wir wollen unbegrenzten, totalen Krieg.“ Der syrische Verteidigungsminister, Hafiz Asad, sagte zwei Tage später:

„Wir erklären: Niemals werden wir um Frieden bitten oder Frieden annehmen. Für uns gibt es nur Krieg und die Wiederbesitznahme des geraubten Landes. Wir sind entschlossen, dieses Land mit unserem Blut zu tränken, euch Eindringlinge auszutreiben und endgültig ins Meer zu werfen.“

„Es muß so bald als möglich zum Kampf kommen, und wir werden in unserem gesamten Gebiet einen einzigen großen Befreiungskrieg gegen Israel, den Imperialismus und alle Feinde des Volkes führen.“

Von da an verging keine Woche, in der Repräsentanten Syriens nicht einen Wortschwall von Schmähungen und Haß gegen Israel ausgestoßen hätten, kein einziger Monat ohne Terrorakte gegen israelische Bürger und israelisches Gebiet, jedem menschlichen Gefühl und internationalem Recht zuwider. Es würde mir nicht schwerfallen, die Berichte der Vereinten Nationen mit tausend Erklärungen von arabischen Führern aus den letzten zwei Jahren anzufüllen, die ihre Absicht bekunden, Israel durch verschiedene Formen physischer Gewalt zu vernichten. Die arabischen Völker wurden von ihren Führern auf einen totalen Krieg vorbereitet, dem die Zermürbung des Opfers vorangehen sollte.

Die israelische Politik 1957–1967

Von 1948 bis heute gab es keine einzige Erklärung eines Repräsentanten eines arabischen Nachbarstaates, die eine Bereitschaft zur Anerkennung bestehender Abkommen und den dauernden Verzicht auf Gewaltanwendung erkennen ließe, die Israels Existenzrecht oder die Anwendung der Grundrechte der Charta auf Israel zum Ausdruck brächte.

Eine Zeitlang zeigte Israel in seiner Reaktion auf diese Drohungen stoische Geduld. Denn diese Drohungen entbehrten damals der Fähigkeit, sie in die Tat umzusetzen. Aber die unvermeidliche Folge dieser Hetzkampagne war die schwere Last des Rüstungswettlaufs. Wir waren bemüht, militärisch entsprechend stark zu bleiben, um dadurch abzuschrecken. Und nicht nur Maßnahmen für

die Sicherheit beherrschten das Jahrzehnt, das 1957 begann. Außer der Errichtung einer starken Abwehrmacht, verbunden mit steter Wachsamkeit an den gefährdeten Grenzen, begannen wir auch mit der Durchführung von Plänen zur Erweiterung unserer Volkswirtschaft. Es waren Jahre rascher Entwicklung in Landwirtschaft und Industrie, bemerkenswerter Fortschritte in Wissenschaft und Kunst, Jahre der Erweiterung unserer internationalen Aufgaben, die in der Stärkung unserer Verbindungen mit Entwicklungsländern zum Ausdruck kamen. Am Ende seines ersten Jahrzehnts hatte Israel diplomatische, kulturelle und Handelsbeziehungen mit allen amerikanischen Staaten und mit den meisten Ländern West-, Mittel- und Osteuropas angeknüpft; im zweiten Jahrzehnt konstruktive Beziehungen mit den neuen Ländern der in Entwicklung befindlichen Welt, mit denen uns das Anliegen verbindet, nationale Freiheit in schöpferischem wirtschaftlichem Wachstum und sozialem Fortschritt auszuleben. Israels Werk ging weiter, gestärkt durch freundschaftliche Beziehungen in fünf Kontinenten, stolz auf seine Beitragsmöglichkeit in dem großen Prozeß der Entwicklungshilfe, intensiv befaßt mit den Aufgaben geistiger Zusammenarbeit mit jüdischen Gemeinschaften in allen Teilen der Welt und der Sicherung jüdischer Existenz nach dem unheilvollen Schicksalsschlag der Nazi Herrschaft und ihren Folgen, und bewegt von starken Impulsen in dem Bereich der Entwicklung eigenständiger sozialer Ideen. Wir konnten uns nicht ausschließlich mit dem Strom von Haß befassen, den arabische Regierungen gegen uns lenkten. Im Zeitalter moderner Kommunikationen ist eine Nation nicht ausschließlich von ihrer unmittelbaren Umgebung abhängig. Die Welt steht der Stimme der Freundschaft offen. Arabische Feindseligkeit gegen Israel sah sich mehr und mehr isoliert, während unsere Stellung in der internationalen Gesellschaft sich verstärkte und vertiefte. Viele in der Welt schöpften Zuversicht aus der Tatsache, daß ein so kleines Volk sich durch eigene Bemühung und Kraft auf eine geachtete Stufe sozialen Fortschritts, wissenschaftlicher Forschung und kultureller Entwicklung emporzuarbeiten vermag. Unsere Politik bestand also darin, zu versuchen, die Aggression unserer Nachbarn passiv abzuschrecken, solange sie erträglich war, unsererseits nur dann auf sie zu reagieren, wenn das Ausbleiben einer solchen Reaktion die verstärkte Wiederholung dieser Angriffe ermutigt hätte; der arabischen Gewalttätigkeit Widerstand zu leisten, ohne von diesem Problem völlig besessen zu sein; und sogar mit großer Geduld hier und dort jedem Schimmer von Mäßigung und Realismus in der arabischen Mentalität nachzuforschen. Wir hofften auch, die Großmächte zu einer harmonischen Politik der Unterstützung von Sicherheit und Unabhängigkeit der nahöstlichen Staaten zu bringen.

Auswirkungen der Intensivierung arabischer Gewaltakte

Es war nicht leicht, eine solche Politik durchzuführen. Die Opfer, die unserer Bevölkerung durch die arabischen Gewaltakte auferlegt wurden, mehrten sich. Und als sich die Angriffe von Monat zu Monat steigerten, lasteten Tod und Leid immer schwerer. In den letzten Jahren wurde es eindeutig klar, daß dieser organisierte Mord von zentraler Stelle geleitet wurde.

Solange diese Aggression begrenzt erschien, konnten wir unsere Antwort darauf in bestimmten Grenzen halten. Präsident Nasser wollte wohl einige Jahre hindurch

Brennstoff anhäufen, ohne sofort ein Feuer zu entfachen. Er war anderweitig mit Herrschaft und Eroberung beschäftigt. Seine Reden wendeten sich heftig gegen Israel. Aber seine Munition, seine Kanonen und sein Giftgas wurden vorläufig gebraucht, um andere arabische Staaten einzuschüchtern und einen Kolonialkrieg gegen Dörfler im Jemen und die Volksgruppen der arabischen Halbinsel zu führen.

Doch die Gefahr für Israel wuchs. Die ägyptische Aufrüstung machte immer raschere Fortschritte. Sie war darauf abgestellt, die Kriegspläne gegen Israel vorwärtszutreiben, ohne die Gewaltabenteuer anderswo abzubrechen. Angesichts dieser Entwicklung war Israel gezwungen, einen immer größeren Teil seiner Mittel für Verteidigungszwecke zu verwenden. Mit der syrischen Ankündigung einer Politik „täglicher militärischer Zusammenstöße“ Anfang 1965 wurde die Situation im Nahen Osten immer bedrohlicher. Die Palästinensische Befreiungsorganisation, die Palästinensische Befreiungsarmee, das arabische Oberkommando, die verstärkte Massierung von militärischen Kräften und Waffen in Ägypten, Syrien, Libanon, Jordanien und entfernteren Teilen des arabischen Raumes – all das waren die Sturmsignale einer wachsenden Gefahr, vor der wir Einsicht und Gewissen der Welt zu warnen versuchten.

Die Araber suchten Vorwände für den Krieg

In den drei spannungsreichen Wochen zwischen dem 14. Mai und dem 5. Juni legten sich Ägypten, Syrien und Jordanien, unterstützt und angefeuert von entfernter liegenden arabischen Staaten, auf eine Politik unmittelbarer und totaler Aggression fest.

Der Juni 1967 sollte der Monat der Entscheidung werden. Die „Endlösung“ schien unmittelbar bevorzustehen.

Es gab kein überzeugendes Motiv für den Angriffsplan, der nun augenfällig wurde. Ägyptische und sowjetische Quellen haben behauptet, daß ein israelischer Großangriff auf Syrien für die zweite oder dritte Maiwoche zu erwarten war. Keine Behauptung ist leichtfertiger, ist mehr aus der Luft gegriffen als diese. Es stimmt, daß Syrien Terroristen auf israelisches Gebiet schickte, um Minen auf Autostraßen zu legen, und in einem Fall, um die israelische Siedlung Manara von der libanesischen Grenze aus mit Mörsern zu bombardieren. Die Massierung solcher Terrorakte führte zuweilen zu israelischen Gegenaktionen, die aber in Umfang und Zeit begrenzt blieben. Alles was Syrien zu tun gehabt hätte, um völlige Ruhe an seiner israelischen Grenze zu garantieren, wäre Nichtunterstützung der Terrorkampfhandlungen gewesen. Jedoch Syrien unterband sie nicht, sondern begünstigte sie vielmehr. Es gab ihnen jede erdenkliche moralische und praktische Unterstützung. Die Behauptung von starken israelischen Truppenkonzentrationen zwecks Einfall in Syrien war nichts als ein ungeheuerliches Phantasiegebilde. Zweimal weigerte sich Syrien, Vorschläge der UNO-Vertretung anzunehmen, die von Israel gutgeheißen worden waren und eine gleichzeitige, beiderseitige Kontrolle der israelisch-syrischen Grenze vorsahen. Als sich der sowjetische Botschafter bei meinem Ministerpräsidenten über starke Truppenkonzentrationen im Norden beklagte, wurde er unverzüglich eingeladen, den Ministerpräsidenten beim Besuch irgendeines Teils von Israel, den der Botschafter zu sehen wünsche, zu begleiten, lehnte dies aber rundweg ab. Die Aussicht, die Wahrheit aus erster Quelle zu

erfahren, schien ihn aufs äußerste zu bestürzen. Am 9. Mai jedoch bestätigte der Generalsekretär der Vereinten Nationen auf Grund eigener Informationen, die er an Ort und Stelle hatte einholen lassen, daß keine israelischen Truppenkonzentrationen existierten. Diese Tatsache wurde der syrischen und der ägyptischen Regierung direkt mitgeteilt. Der Vorwand hatte sich als nichtig erwiesen, aber die Behauptungen wurden nichtsdestoweniger aufrechterhalten. Die Schritte, die ich nun beschreiben werde, können durch israelische Truppenkonzentrationen durchaus nicht begründet oder gerechtfertigt werden; denn Ägypten und Syrien wußten, daß nichts dergleichen existierte. Und tatsächlich wurde der ägyptische Aufmarsch weiterhin nicht mehr als die Folge irgendeiner Bedrohung Syriens dargestellt.

Der Kriegsplan 1967

Am 14. Mai begannen ägyptische Streitkräfte, in das Sinaigebiet einzumarschieren.

Am 16. Mai forderte das ägyptische Oberkommando die UNO-Notstandstruppe auf, die Grenzpositionen zu verlassen. Der Grund dafür wurde am nächsten Morgen offenkundig. Denn am 17. Mai 1967, um 6 Uhr morgens, teilte Radio Kairo mit, daß Feldmarschall Amer die Alarmstufe für die ägyptischen bewaffneten Kräfte angeordnet habe. Syrien wurde nicht als Vorwand erwähnt.

Diese Bekanntmachung lautete folgendermaßen:

- „1. Die Bereitschaftsstufe der ägyptischen bewaffneten Kräfte, welche ab 14.30 Uhr am vorigen Sonntag bestand, wird zu voller Kriegsbereitschaft erhöht.
2. Verbände und Einheiten, die in den Rahmen der Operationspläne gehören, haben in die ihnen bestimmten Stellungen vorzurücken.
3. Die bewaffneten Kräfte haben sich in vollem Bereitschaftszustand zu befinden, um jegliche Kampfaufgabe an der israelischen Front durchzuführen, entsprechend den Entwicklungen.“

Am 18. Mai verlangte Ägypten den völligen Abzug der UNO-Notfalltruppen. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen nahm diese Forderung an und erfüllte sie, ohne jegliche Befragung des Sicherheitsrates oder der Generalversammlung; ohne die Maßnahmen zu ergreifen, die Generalsekretär Hammerskjöld für den Fall, daß ein solches Abzugsverlangen gestellt würde, vorgesehen hatte; ohne Rücksicht auf die Einsprüche einiger permanenter Mitglieder des Sicherheitsrates und der Regierungen, auf deren Initiative hin die Notstandstruppe aufgestellt worden war; ohne sich mit Israel wegen der vor auszusehenden Folgen für dessen militärische Sicherheit und wegen der lebenswichtigen Freiheit der Schifffahrt ins Einvernehmen zu setzen und ohne jeglichen Versuch einer Verzögerung, durch die vielleicht Alternativmaßnahmen möglich gewesen wären, um Kriegshandlungen zur See ebenso wie die gefährliche Gegenüberstellung von Landstreitkräften zu verhindern.

Man sagt oft, das Vorgehen der Vereinten Nationen vollziehe sich mit peinlicher Langsamkeit. Diese Entscheidung wurde nach unserer Ansicht mit unheilvoller Schnelligkeit getroffen. Die Folge davon war, daß der Sinaibezirk von Norden und Süden für ungestörte Kriegshandlungen frei wurde; diese Entscheidung untergrub sofort das regionale Gleichgewicht der Kräfte und setzte die internationalen Seerechte einer so gut wie sicheren Bedrohung aus. Ich habe schon erwähnt, daß Israels Einstellung zu den Funk-

tionen der Vereinten Nationen, die auf Friedenssicherung ausgehen sollten, durch diese Erfahrung auf das schmerzlichste erschüttert wurde. Was nützt eine Feuerwehr, die beim ersten Rauchzeichen und Züngeln von Flammen vom Brandplatz verschwindet? Ist es zu verwundern, daß wir fest entschlossen sind, nie wieder vitale Interessen Israels und die Vorsorge für unsere Sicherheit auf so gebrechlicher Grundlage beruhen zu lassen?

Die Wolken zogen sich nun immer heftiger und schneller zusammen. Zwischen dem 14. und 23. Mai wurden die ägyptischen Konzentrationen im Sinaigebiet täglich verstärkt. Israel ergriff entsprechende Sicherheitsmaßnahmen. Solange kein gegenteiliges Abkommen besteht, ist jeder Staat berechtigt, seine bewaffneten Kräfte an allen ihm wichtig erscheinenden Stellen innerhalb seines Hoheitsgebietes zu postieren. Aber es ist gleicherweise richtig, daß nichts der Friedenshaltung abträglicher sein kann, als wenn zwei große Armeen einander nahe gegenüberstehen, deren eine zu baldigem Losschlagen entschlossen ist. Denn über die Absicht dieser Truppenkonzentration blieb kein Zweifel. Am 18. Mai, um 24 Uhr, sendete die Kairoer Radiostation Saut El Arab den folgenden Tagesbefehl von Abdul Mushin Murtagi, dem Kommandeur der Sinaifront:

„Die ägyptischen Kräfte haben ihre Stellungen, einem bestimmten Plan entsprechend, bezogen.

Unsere Kräfte sind absolut bereit, den Krieg über die Grenze von Ägypten zu tragen.

Die Kampfmoral unserer Soldaten ist auf ihrer höchsten Stufe, denn dies ist der Tag, auf den sie gewartet haben – auf den Heiligen Krieg, der das geraubte Land seinen rechtmäßigen Besitzern zurückgeben wird. In vielen Zusammenkünften von Armeeeingehörigen wurde die Frage gestellt: Wann beginnt der Heilige Krieg? Jetzt ist die Zeit gekommen, ihren Wunsch zu erfüllen.“

Am 21. Mai gab General Amer den Befehl zur Einberufung der Reserven.

Nun kam der entscheidende Schritt. Kein Zweifel mehr, daß Ägypten zu sofortigem oder baldigem Krieg entschlossen war: Präsident Nasser erschien um 6 Uhr morgens an einem Stützpunkt der Luftwaffe, kündigte an, daß er den Golf von Akaba für israelische Schiffe sperren werde und fügte hinzu: „Die Juden drohen mit Krieg, und wir sagen mit aller Deutlichkeit, wir sind bereit für den Krieg.“

Am 25. Mai verkündete Radio Kairo:

„Das arabische Volk ist fest entschlossen, Israel von der Landkarte auszulöschen und die Ehre der Araber Palästinas wiederherzustellen.“

Am nächsten Tag, am 26. Mai, hielt Nasser wieder eine Rede:

„Das arabische Volk will den Kampf. Wir haben auf den richtigen Zeitpunkt gewartet, bis wir vollständig gerüstet sind. Jetzt fühlen wir, daß unsere Kräfte genügen und daß wir, wenn wir mit Israel kämpfen, mit Gottes Hilfe siegen werden. Sharm el-Sheik bedeutet eine Konfrontation mit Israel. Dieser Schritt macht es unerlässlich, daß wir zu einem Totalkrieg mit Israel bereit sind.“

Am 26. Mai schrieb Nassers Sprachrohr, Hasanein Heykal, in „Al Ahram“ mit bemerkenswertem Realismus:

„Mir scheint, es gibt keinen anderen Weg als den bewaffneten Konflikt zwischen der VAR und dem israelischen Feind. Zum ersten Mal zielt eine arabische Herausforderung an Israel darauf hin, eine bestehende Tatsache zu ändern, um eine neue Tatsache an ihre Stelle zu setzen.“

Am 28. Mai hielt Nasser eine Pressekonferenz ab, wie nun jeden Tag. Er sagte:

„Wir werden keinerlei Möglichkeit von Ko-Existenz mit Israel annehmen.“

Und am folgenden Tag:

„Wenn es uns gelungen ist, die Situation von vor 1956 wiederherzustellen, so kann kein Zweifel bestehen, daß Gott uns helfen und uns anspornen wird, auch die Situation von vor 1948 wiederherzustellen.“

Es gibt verschiedene Wege, die Drohung gegen Israels Existenz auszudrücken. Keine könnte klarer sein als die Bekundung der Absicht, die Uhr der Geschichte auf 1948 zurückzustellen.

Zu den Truppenkonzentrationen und der Blockade gesellten sich nun Einkreisungsmaßnahmen. Die Schlinge sollte nun um den Hals des Opfers zugezogen werden. Zusätzliche arabische Staaten schlossen sich der Einkreisung an. Am 30. Mai unterzeichnete Nasser das Verteidigungsabkommen mit Jordanien und beschrieb seinen Zweck mit folgenden Erklärungen:

„Die Armeen Ägyptens, Jordaniens, Syriens und des Libanon sind an den Grenzen aufmarschiert, um die Herausforderung anzunehmen. Hinter ihnen stehen die Armeen des Irak, Algeriens, Kuweits, des Sudan und der ganzen arabischen Nation.“

„Diese Tatsache wird der Welt den Atem rauben. Sie wird jetzt wissen, daß die Araber für die Auseinandersetzung bereit sind. Die Stunde der Entscheidung ist gekommen.“

Am 4. Juni gab Nasser eine Erklärung im Radio Kairo ab, nachdem der Vertrag über den Anschluß Iraks an das ägyptisch-jordanische Verteidigungsabkommen unterschrieben war.

Hier seine Worte:

„Wir stehen euch im Kampf gegenüber, und in uns brennt der Wunsch, ihn zu beginnen und Rache zu nehmen. Das wird der Welt zeigen, was die Araber sind und was Israel ist...“

Nichts wirkte während der letzten Wochen verblüffender als die Diskussionen über die Frage: Wer hat diesen Krieg geplant, wer hat ihn organisiert, wer ist sein Initiant, wer wollte ihn – und wer begann diesen Krieg?

Wir haben hier die übergroße Mehrheit aller ägyptischen bewaffneten Kräfte im Sinai, sieben Infanterie- und Panzerdivisionen, die größte Streitmacht, die je auf der Sinaihalbinsel konzentriert war. Hier haben wir 40 000 reguläre syrische Soldaten, in ihren begünstigten Hügelstellungen massiert und bereit, gegen das Jordantal loszuschlagen. Hier stehen die mobilisierten Kräfte Jordaniens, ihre Kanonen und Mörser gegen die bevölkerten Viertel des israelischen Jerusalem gerichtet und entlang der verwundbaren schmalen Küstenebene. Truppenformationen aus dem Irak, von Kuwait und Algerien rücken zu den Frontlinien vor, auf Ägyptens Geheiß. 900 Tanks stehen an der israelischen Grenze im nördlichen Sinai, 200 weitere stehen bereit, um Eilat, Israels isolierte südlichste Stadt, anzugreifen. Die militärischen Anordnungen sprechen für sich. Der südliche Teil des Negev sollte in einem schnellen, entscheidenden Schlag abgetrennt werden. Der nördliche Teil des Negev sollte vom Sinai her durch Panzerverbände besetzt und vom Gazastreifen her bombardiert werden. Vom 27. Mai an hatten die ägyptischen Flugstaffeln Operationsbefehle, die nun in unseren Händen sind, mit detaillierten Anweisungen, wie die erschütternd wenigen

israelischen Flugfelder bombardiert werden sollten, um Israels dichtbevölkerte Städte mühe- und erbarmungslosen Luftangriffen auszuliefern. Ägyptische Erkundungsflugzeuge verletzten den israelischen Luftraum für Aufklärungszwecke und zur Vorbereitung des Angriffs. Eine gesetzwidrige Blockade hatte Israel von all seinen Handelsverbindungen mit dem östlichen Teil der Welt abgeschnitten.

Jede zukünftige Geschichtsschreibung dieser Ereignisse wird mit besonderem Nachdruck von der marktschreierischen Entscheidung Nassers berichten, die Meerenge von Tiran für Israel zu sperren. Es ist nicht schwer zu begreifen, warum dieser eklatante Rechtsbruch eine so starke Wirkung hatte. Die Seemächte arbeiteten im Jahre 1957 im Rahmen der Generalversammlung der Vereinten Nationen eine genaue Doktrin über die freie und friedlichen Zwecken dienende harmlose Durchfahrt durch diese Meerenge aus. Als diese Doktrin veröffentlicht wurde – zu der Zeit übrigens unangefochten von dem ägyptischen Repräsentanten –, war sie wenig mehr als ein abstraktes Prinzip für die seefahrenden Nationen. Für Israel bedeutete sie eine große Hoffnung, auch wenn sie sich nicht sofort erfüllte; sie war damals noch keine Realität. Aber in den zehn Jahren, in denen wir und andere Seemächte uns auf diese Doktrin und auf das aus ihr resultierende Gewohnheitsrecht stützten, wurde aus diesem Prinzip eine Realität, bezeugt durch Hunderte von Durchfahrten unter Dutzenden von Flaggen und durch ein neues Netz von Handel, Industrie und Verkehrswegen. So konnte Israel eine Brücke zu den ihm freundlich gesinnten Staaten in Asien und Afrika schlagen und ein neues Netz von Beziehungen entwickeln, auf welches Israel im zweiten Jahrzehnt seines Bestehens mit Stolz blickt und auf dem seine wirtschaftliche Zukunft beruht.

All dies entstand als wirksamer Usus unter der Flagge der Vereinten Nationen. Denkt Nasser wirklich, er brauche nur auf der Bildfläche zu erscheinen, um in zehn Minuten den zehnjährigen gesetzlichen Brauch und die darauf begründeten Interessen zunichte zu machen?

Dieser gesetzwidrige Akt trägt den Charakter purer Bosheit. Denn die Schließung der Meerenge von Tiran gab Ägypten keinerlei praktische Vorteile außer dem perversen Vergnügen, anderen Unrecht zu tun. Es war ein Akt der Anarchie, denn es bedeutete absolute Nichtachtung des Völkerrechts, dessen Anwendung in dieser konkreten Sache zehn Jahre lang nicht beanstandet worden war. Und es war, im wörtlichen Sinn, ein Akt der Überheblichkeit, denn es gibt auch andere Nationen in Asien und Afrika, die Handelsbeziehungen mit Eilat unterhalten und mit vollem Recht die Straße von Tiran und den Golf von Akaba passieren. Andere souveräne Staaten, von Japan bis Äthiopien, von Thailand bis Uganda, von Kambodscha bis Madagaskar, haben das uneingeschränkte Recht, selbst zu entscheiden, ob sie Handelsbeziehungen mit Israel unterhalten wollen oder nicht. Diese Staaten sind keine ägyptischen Kolonien. Sie können über ihre Handelsbeziehungen nach eigenem Gutdünken beschließen, und Präsident Nasser ist nicht der Polizist anderer afrikanischer und asiatischer Staaten.

Wenn wir die politische Bedeutung dieses Aktes prüfen, so werden wir über die Größe des Schocks in internationalen Kreisen nicht erstaunt sein. Es gab aber dafür noch einen zusätzlichen Grund. Blockaden wurden üblicherweise, noch in den Zeiten vor der Charta, als Kriegsakte angesehen. Blockade ist schließlich der Versuch einer Er-

drosselung, und ein souveräner Staat hat das Recht, seinen Handel nicht erdrosseln zu lassen.

Die Blockade gilt als Kriegsakt, verfügt und durchgeführt durch bewaffnete Gewalt. Nie in der Geschichte haben Blockade und Friede Seite an Seite bestanden.

Vom 24. Mai an wurde die Frage, wer den Krieg begann und wer den ersten Schuß auslöste, absolut unwichtig. Im bürgerlichen Recht gibt es keinen Unterschied zwischen Mord durch langsames Erwürgen oder durch einen Kopfschuß. Von dem Moment an, in dem die Blockade verhängt wurde, hatte die aktive Feindseligkeit begonnen, und Israel war Ägypten auf Grund der Charta-Rechte nicht mehr verpflichtet. Was würde geschehen, wenn eine fremde Macht versuchte, gewaltsam den Hafen von Odessa oder Kopenhagen oder Marseille oder New York zu sperren? Würde dann irgend jemand auf die Idee kommen, die Frage aufzuwerfen, wer den ersten Schuß abgefeuert habe? Würde irgend jemand noch fragen, ob eine Aggression vorlag?

Vor weniger als zehn Jahren unterbreitete die Sowjetunion der Generalversammlung einen Resolutionsentwurf, der „Aggression“ definieren sollte. Die Resolution lautet:

„Im Falle eines internationalen Konflikts soll als Angreifer erklärt werden, wer zuerst eine der folgenden Handlungen begeht: Seeblockade der Küsten oder Häfen eines anderen Staates.“

Diese Handlung stellte also nach sowjetischer Ansicht direkte Aggression dar – zum Unterschied von indirekter Aggression, die ebenso in diesem Entwurf definiert wird. In diesem speziellen Fall waren die Folgen von Nassers Vorgehen klar vorausgesagt worden. Am 1. März 1957 erklärte Außenminister Golda Meir:

„Bewaffnete Eingriffe gegen Schiffe, die unter israelischer Flagge die freie und harmlose Schifffahrt im Golf von Akaba und durch die Straße von Tiran ausüben, werden von Israel als Angriff angesehen, der Israel das natürliche Recht zur Selbstverteidigung nach Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen gibt und ihm erlaubt, all die Maßnahmen zu treffen, die ihm notwendig erscheinen, um die freie und harmlose Durchfahrt seiner Schiffe im Golf von Akaba und in der Meerenge von Tiran zu sichern.“

Der Vertreter Frankreichs erklärte, daß jegliche Behinderung der freien Durchfahrt in diesem Golf oder in der Meerenge internationalem Recht widerspreche und „die mögliche Ausübung der Maßnahmen, die im Artikel 51 der Charta bestätigt sind, nach sich ziehen würde“.

Die Vereinigten Staaten bestätigten in den Vereinten Nationen und außerhalb derselben Israels natürliches Recht auf Selbstverteidigung gegen jeden Versuch einer Blockade in diesem Golf. Nasser sprach also mit scharfer Präzision, als er feststellte, Israel habe nun die Wahl, an seinen südlichen Meerzugängen zutodegewürgt zu werden oder den tödlichen Schlag vom nördlichen Sinai her zu erwarten.

Niemand, der in diesen Tagen zwischen dem 23. Mai und dem 5. Juni in Israel lebte, wird je die Atmosphäre düsteren Vorgefühls vergessen können, die schwer über unserem Land lag. Eingekeilt zwischen schlagbereiten feindlichen Armeen, bedrängt und umzingelt durch einen schamlosen Kriegsakt, Tag und Nacht den Voraussagen unserer baldigen Vernichtung ausgesetzt, zu einer Totalmobilmachung all seiner Menschenreserven gezwungen, das Pulsieren von Wirtschaft und Handel geschwächt, die lebenswichtige Treibstoffversorgung durch einen Kriegsakt gedrosselt – so hatte Israel der größten Gefahr ins Auge zu sehen, die

ihm seit 19 Jahren, seit seinem Widerstand gegen die Invasion in seiner Geburtsstunde, drohte. Gefahr drohte von allen Seiten, und die Isolierung wurde immer stärker. Am 24. Mai und in den folgenden Tagen fand im Sicherheitsrat eine oberflächliche Debatte statt, die manchmal geradezu an Leichtfertigkeit grenzte. Russische und orientalische Scherzworte wurden ausgetauscht. Der Sowjetdelegierte verkündete, daß er überhaupt keinen Grund für eine Debatte über den Nahen Osten sähe, und der ehrenwerte bulgarische Delegierte gab folgende, im wahrsten Sinn unglaubliche Äußerung von sich: „Im gegenwärtigen Moment besteht wirklich keinerlei Grund für eine Sondersitzung des Sicherheitsrates.“

Das war am Tage nach der Verhängung der Blockade.

Eine schwerlastende Einkreisung schien uns auferlegt. Viele in der ganzen Welt begannen um Israels Schicksal zu bangen. Der einzige Trost lag in dem Aufwallen der öffentlichen Meinung, die für die Verteidigung Israels eintrat. Von Paris bis Montevideo, von New York bis Amsterdam marschierten Zehntausende aller Altersschichten, Parteien und Vereinigungen, um entsetzt gegen die drohende Phase eines politischen Massenmordes, den Mord eines Staates, zu protestieren. Schriftsteller, Wissenschaftler, religiöse Führer, Gewerkschaften und sogar die kommunistischen Parteien in Frankreich, Holland, der Schweiz, Norwegen, Österreich und Finnland gaben ihrer Meinung Ausdruck, daß Israel ein friedlicher Staat sei, dessen friedliche Existenz böswillig verneint werde. In unserer Generation hat es wohl kaum eine Stunde gegeben, in der sich die fortschrittliche Weltanschauung in solch innerer Spannung und Erregung mit einer Sache identifiziert hat.

Man muß die volle Bedeutung der Gefahr für Israel erfassen, um die Tiefe und Stärke dieses Schocks zu begreifen. Ein kleiner selbständiger Staat sah sich durch gesetzbare Gewalt in seinem Lebensrecht bedroht. Die Bedrohung Israels bedeutete zugleich die Bedrohung aller Grundlagen einer internationalen Ordnung. Der gefährdete Staat trägt einen Namen, der Erinnerungsquellen der ganzen zivilisierten Menschheit weckt, und die Bevölkerung dieses bedrohten Staates sind die Überreste von Millionen, deren Vernichtung durch eine Diktatur, die stärker war als Nassers Ägypten, aber kaum bösartiger, noch in lebendiger Erinnerung ist. Was Nasser vorausgesagt, woran er mit unermüdlicher Energie gearbeitet hatte, stand bevor – die Schlinge war zugezogen.

An diesem schicksalsschweren Morgen des 5. Juni, als ägyptische Kräfte zu Land und in der Luft sich gegen Israels Westküste und südliche Gebiete in Bewegung setzten, war die Wahl für unser Land einfach: Sein oder Nicht-Sein – die nationale Existenz zu verteidigen oder sie für immer zu verlieren.

Aus dieser schreckenerregenden Perspektive rang sich Israel in fünf heroischen Tagen von tödlicher Gefahr zu erfolgreichem und ruhmvollen Widerstand durch. Allein, ohne Hilfe, die sie weder erwartet noch erhalten hat, kämpfte unsere Nation und verteidigte ihr Lebensrecht. Solange es freiheitsliebende Menschen gibt und kleine Staaten um ehrenhafte staatliche Existenz ringen, solange wird man noch in Generationen mit Ehrfurcht und Stolz von den Leistungen der israelischen Armee sprechen. Die Sowjetunion hat unseren Widerstand als Aggression deklariert und verlangt unsere Verurteilung. Wir widersetzen uns dieser Anschuldigung mit unserer ganzen Kraft. Hier wurden die Waffen für eine gerechte Sache eingesetzt – so gerecht wie die Verteidigung der Freiheit in Valley

Forge; so gerechtfertigt wie die Vertreibung der Nazibomber aus dem englischen Luftraum; so gerecht war auch die Verteidigung von Israels Sicherheit und nackter Existenz gegen alle, die sich die Zerstörung unseres Volkes zum Ziel gemacht hatten. Verurteilt sollte nicht das werden, was Israel tat, sondern der Versuch, es zu verurteilen. Noch nie sind Freiheit, Ehre, Gerechtigkeit, nationales Interesse und internationale Moral so rechtmäßig verteidigt worden.

Während schon die Kämpfe an der ägyptisch-israelischen Grenze und an der syrischen Front tobten, hofften wir noch, den Konflikt eindämmen zu können. Jordanien wurde die volle Möglichkeit gegeben, sich außerhalb der Kämpfe zu halten. Sogar nachdem Jordanien schon israelisches Gebiet an verschiedenen Stellen mit Artillerie und von der Luft aus angegriffen hatte, schlugen wir dem jordanischen Monarchen vor, er solle auf der ganzen Frontlinie von Feindseligkeiten Abstand nehmen. Eine Botschaft dieses Inhalts wurde ihm am 5. Juni, einige Stunden nach Ausbruch der Kämpfe an der Südfront, übermittelt¹.

Tragischerweise antwortete Jordanien nicht mit Worten, sondern mit Granaten. Heftiges Artilleriefeuer wurde an der ganzen Front eröffnet, mit besonderer Stärke in Jerusalem. So ist Jordaniens Verantwortlichkeit für die zweite Phase der koordinierten Aggression außer allem Zweifel bewiesen. Diese Verantwortlichkeit wird nicht ohne Folgen bei der Friedensregelung bleiben. Als dieser Regen von Tod und Vernichtung über das israelische Jerusalem niederging, war Jordanien der Ursprung dieser schweren Prüfung der Stadt. Die Einwohner Jerusalems werden diese Tatsache nie vergessen, und sie werden nicht verfehlen, ihre Schlüsse zu ziehen.

Die Rolle der Sowjetunion in der Nahostkrise

Ich sprach von Israels Abwehrkampf gegen die Angriffe von Nachbarstaaten. Das ist aber nicht der ganze Hergang der Geschichte. Was immer sich im Nahen Osten zutragen mag, gut oder schlecht, Friede oder Konflikt, ist aufs stärkste von dem bestimmt, was die großen Mächte tun oder zu tun unterlassen. Wenn die Sowjetunion hier eine Diskussion hervorgerufen hat, so richtet sich unser Blick unwillkürlich auf die Geschichte ihrer eigenen Rolle bei den gegenwärtigen Geschehnissen im Nahen Osten. Es ist eine traurige und erschütternde Geschichte, aber sie muß mit aller Offenheit berichtet werden.

Es gab in der Sowjetpolitik eine kurze, aber wichtige Episode von abgewogener Freundschaft. 1948 verurteilte die Sowjetunion noch, was sie selbst „arabische Aggression“ nannte.

Das Wettrüsten

Seit 1955 hat die Sowjetunion die arabischen Staaten mit 2000 Tanks beliefert, davon gingen an Ägypten mehr als 1000; mit 700 modernen Kampfflugzeugen und Bombern; neuerdings mit Bodenraketen. Ägypten allein bekam von der Sowjetunion 540 Feldgeschütze, 130 Medium-Geschütze, 200 100-mm-Mörser, 695 Luftabwehrgeschütze, 175 Raketenwerfer, 650 Antitankgeschütze, 7 Zerstörer,

eine Anzahl von Luna-M- und Sopka-2-Boden-zu-Boden-Raketen, 15 U-Boote und 46 Torpedoboote verschiedener Typen, darunter solche mit Raketenbestückung. Die ägyptische Armee wurde von Sowjetexperten trainiert. Dies wurde von ägyptischen Offizieren, die in israelische Kriegsgefangenschaft gerieten, bestätigt. Der größere Teil dieses Kriegsmaterials wurde den arabischen Staaten nach der Kairoer arabischen Gipfelkonferenz von 1964 geliefert, die einen speziellen Plan für die Vernichtung Israels angenommen hatte, und nachdem die arabischen Staaten diesen Plan öffentlich angekündigt hatten und sich bemühten, seine Durchführung durch Beschleunigung ihrer Waffenkäufe von der Sowjetunion zu fördern. Die Ausmaße der Sowjethilfe sind gekennzeichnet durch die überraschende Tatsache, daß allein das von den Ägyptern im Sinai zurückgelassene Kriegsmaterial sowjetischer Herkunft einen Wert von etwa 2 Milliarden Dollar darstellt.

Mit der Lieferung von Angriffswaffen hat die Sowjetunion die militärischen Vorbereitungen der arabischen Staaten ermutigt.

Seit 1961 haben die Sowjetwaffen Ägyptens Absicht unterstützt, Israel zu erobern. Die große Menge von Offensivwaffen, die an die arabischen Staaten geliefert wurden, bestätigt diese Einschätzung.

So hat eine Großmacht, die ständig ihre Bereitschaft zu friedlicher Regelung und zur Wahrung der Rechte anderer Staaten betont, den Nahen Osten in einen rasenden Rüstungswettlauf gestürzt; hat die Vereinten Nationen als ein Instrument der Friedenssicherung lahmgelegt, hat sich blindlings mit Kräften identifiziert, die den Frieden bedrohen – und hat Stellung bezogen gegen jene, die ihn verteidigen.

Die ständige Zunahme und Steigerung sowjetischer Waffenlieferungen hat Israel zu einem entsprechenden, allerdings viel beschränkteren Rüstungsprogramm gezwungen. Israels Waffenerwerb wurde genau den jeweiligen Phasen der arabischen und insbesondere der ägyptischen Wiederbewaffnung angepaßt. Bei vielen Gelegenheiten in den letzten Monaten haben wir und andere vergeblich versucht, die Zustimmung der Sowjetunion für eine beiderseitige Beschränkung im Rüstungswettlauf für die Region des Nahen Ostens zu erlangen. Diese Bemühungen blieben fruchtlos. Die Hälfte der Summe für Waffenkäufe von den Sowjets hätte genügt, wenn sie für sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt verwendet worden wäre, um Ägypten von seinen sozialen und wirtschaftlichen Misere zu befreien. Eine entsprechende Überleitung von militärischen zu sozialen Ausgaben hätte in Israel stattfinden können. Ein dauerhaftes Gleichgewicht der Kräfte hätte auf einer niederen Stufe der Rüstung erreicht werden können, und unsere ganze Region hätte zu einer höheren Stufe menschlicher und gesellschaftlicher Entwicklung kommen können. Denn Israels Einstellung ist klar. Wir sind für Herabsetzung des Rüstungswettlaufs. Aber wenn er dennoch stattfindet, so werden wir dafür sorgen, ihn nicht zu verlieren. Eine schreckenerregende Vergeudung wirtschaftlicher Energie im Nahen Osten ist die direkte Folge der sowjetischen Politik ständiger Rüstungssteigerung.

Aus arabischen Quellen wird klar, daß die Sowjetunion bei den arabischen Regierungen eine provokative Rolle gespielt hat durch Verbreitung von alarmierenden und aufwiegenden Berichten über die Absichten Israels.

Am 9. Juni sagte Präsident Nasser:

„Unsere Freunde in der Sowjetunion warnten die parlamentarische Delegation bei ihrem Besuch in Moskau am

¹ s. u. S. 45, Anm. 2. – Anm. d. Red. d. FR.

Beginn des letzten Monats, es bestehe ein Plan, Syrien anzugreifen.“

Ähnlich stellt eine Verlautbarung der Agentur TASS vom 23. Mai fest:

„Die Knesset-Kommission für auswärtige Angelegenheiten und Sicherheit hat am 9. Mai dem Kabinett spezielle Vollmachten erteilt, kriegsrische Handlungen gegen Syrien durchzuführen. Israelische Streitkräfte, die an der syrischen Grenze konzentriert sind, wurden in Alarmzustand versetzt. Die allgemeine Mobilmachung im Lande wurde verfügt...“

An dieser Geschichte ist kein wahres Wort. Aber ihre Verbreitung in arabischen Ländern konnte nur einen aufhetzenden Effekt haben.

Radio Kairo sendete am 28. Mai um 5 Uhr morgens eine Rede von Marschall Gretchko bei der Abschiedsfeier für den früheren ägyptischen Verteidigungsminister Shams-ed-Din Badran:

„Die Sowjetunion, ihre bewaffneten Kräfte, ihr Volk und ihre Regierung wird den Arabern beistehen und wird sie auch weiterhin ermutigen und unterstützen. Wir sind Eure treuen Freunde und werden Euch auch in Zukunft helfen, denn dies ist die politische Linie der Sowjetunion, der Partei und der Regierung. Im Namen des Verteidigungsministeriums und im Namen der sowjetischen Nation wünschen wir Euch Erfolg und Sieg.“

Dieses Versprechen militärischer Hilfe kam weniger als eine Woche nach der illegalen Sperrung der Meerenge von Tiran, ein Akt, den die Sowjetunion in keiner Form verurteilt hat.

Die Sowjetunion hat ihr Vetorecht im Sicherheitsrat fünfmal ausgeübt. Jedesmal wurde eine gerechte und konstruktive Rechtsprechung vereitelt. Am 22. Januar 1954 legten Frankreich, Großbritannien und die USA einen Resolutionsentwurf vor, der die Arbeit auf dem Westufer des Jordans bei dem Benot-Jaakov-Projekt erleichtern sollte. Das sowjetische Veto legte die regionale Wasserentwicklung für mehrere Jahre lahm. Am 29. März 1954 wurde ein neuseeländischer Antrag, der nur die Einstellung der UNO zur Blockade des Suezkanals wiederholte, durch sowjetischen Einspruch abgelehnt. Am 19. August 1963 wurde eine englisch-amerikanische Resolution, den Mord an zwei Israelis betreffend, durch sowjetischen Einspruch abgelehnt. Am 21. Dezember 1964 legte die Sowjetunion ihr Veto ein gegen einen englisch-amerikanischen Antrag über die Zwischenfälle bei Tel Dan, einschließlich Artilleriebeschuß von Dan, Dafne, Shaar Jischuv. Am 2. November 1966 brachten Argentinien, Japan, die Niederlande, Neuseeland und Nigeria gemeinsam ihr Bedauern zum Ausdruck über die „Infiltration aus Syrien und den Verlust von Menschenleben, der durch Zwischenfälle im Oktober und November 1966 verursacht wurde“. Das war eine der wenigen Resolutionen, die von Mitgliedsstaaten von fünf Kontinenten unterstützt wurde.

Der sowjetische Gebrauch des Vetos hatte eine doppelte Wirkung: Er verhinderte die Annahme jeder Resolution im Sicherheitsrat, die einem arabischen Staat nicht genehm war. Ferner nahm es dem Sicherheitsrat jede Möglichkeit, in Streitfällen zwischen einem arabischen Staat und Israel konstruktive Maßnahmen zu ergreifen, da mit Sicherheit zu erwarten stand, daß das Veto darauf abzielte, das zu wahren, was als arabisches Interesse galt. Die Folgen der sowjetischen Ausübung des Vetorechts beraubten Israel jeder Möglichkeit, im Sicherheitsrat gerecht und objektiv behandelt zu werden und schalteten den Sicherheitsrat

als konstruktives Element in den Angelegenheiten des Nahen Ostens aus.

Trägt all dies wirklich zu einer konstruktiven Einflusnahme der Sowjetunion auf die arabisch-israelische Spannung bei? Die Situation wird noch ernster, wenn wir an die zügellose Schmähung erinnern, welcher der Ständige Vertreter Israels im Sicherheitsrat ausgesetzt war. In mündlichen Äußerungen und in einem Schreiben an die israelische Regierung hat die Sowjetunion einen schamlosen Vergleich zwischen der Israelischen Verteidigungsarmee und den Hitlerhorden, die Europa im Zweiten Weltkrieg überrannten, gezogen. Dieser Vergleich bedeutet einen schändlichen Bruch jeder internationalen Moral, jedes menschlichen Anstands. Unser Volk hat nie Kompromisse mit Hitlerdeutschland geschlossen wie die Sowjetunion im Jahre 1939. Den Namen Israel in einem Atem zu nennen mit jenem des fluchwürdigen Tyrannen, der einen großen Teil des jüdischen Volkes hinschlachtete – das schlägt dem primitivsten Taktgefühl, dem elementarsten Sinn für Wahrheit ins Gesicht.

Im Licht dieser geschichtlichen Tatsachen wird die Generalversammlung gewiß Israels Reaktion auf die Sowjetinitiative begreifen, diese Sondertagung einzuberufen, um unser Land zu verurteilen und den Rückzug zu den Ausgangspositionen vom 5. Juni zu empfehlen.

Klare Antwort an den Vertreter der Sowjetunion

In Hinblick auf die Forderung, uns zu verurteilen, gebe ich dem Vertreter der Sowjetunion eine klare Antwort: All die Maßnahmen Ihrer Regierung zur Steigerung des Rüstungswettlaufs, zur Erweckung von unbegründetem Mißtrauen in der arabischen Welt gegenüber Israels Absichten, Ihre fortgesetzte Weigerung, zu irgendeinem Zeitpunkt auch nur ein einziges Wort der Kritik an den Erklärungen zu üben, die mit der gewaltsamen Vernichtung von Israels Unabhängigkeit und von Israels physischer Existenz drohten – all dies unterhöhlt aufs bedenklichste ihren Anspruch auf Objektivität. In unseren Augen stehen Sie hier nicht als Richter oder Ankläger, sondern als legitimes Objekt internationaler Kritik wegen der Rolle, die Sie bei den düsteren Ereignissen gespielt haben, die die Spannung im Nahen Osten zum Siedepunkt brachten. Hätte die Sowjetunion ihre Freundschaft den Völkern des Nahen Ostens gleichmäßig entgegengebracht, hätte sie von Schritten Abstand genommen, deren Ziel es war, regionale Streitereien und Spannungen für ihre eigene Weltpolitik auszunützen, hätte sie in unparteiischer Bemühung sich für die rechtmäßigen Interessen aller Staaten eingesetzt, so wäre die Krise, die jetzt unsere Aufmerksamkeit und Sorge beansprucht, nie entstanden. Was die Beschuldigung der Aggression angeht, so erwidere ich, daß Israels Widerstand in der schwersten Stunde seiner Existenz, ebenso wie der Aufstand der letzten Überlebenden im Ghetto von Warschau als ein triumphaler Beweis menschlicher Freiheit in der Geschichte fortleben wird. Von Anbeginn seiner Geschichte hat dieses Volk, das nun seinen Staat in Israel wieder aufbaut, oft unter den hoffnungslosesten Bedingungen gegen Tyrannei und Aggression gekämpft. Unser Verhalten am 5. Juni reiht sich würdig dieser Überlieferung an. Wir haben zu zeigen versucht, daß auch ein kleiner Staat und ein kleines Volk Lebensrecht besitzen. Ich glaube daran, daß wir in der Bekräftigung dieses Rechts, das den eigentlichen Gehalt der Charta der Vereinten Nationen bildet, nicht allein stehen.

Der Vorschlag, alles solle auf den Stand vor dem 5. Juni zurückgebracht werden, ist gleichermaßen durchaus unannehmbar. Die Generalversammlung kann die Tatsache nicht außer acht lassen, daß der Sicherheitsrat, der in erster Linie verantwortlich ist, eine solche Politik ausdrücklich abgelehnt hat. Nicht Israel, sondern Syrien, Ägypten und Jordanien haben gewaltsam die gesamte Struktur zwischenstaatlicher Beziehungen zerstört, wie sie ein Jahrzehnt lang, seit 1957, existierte. Diese Struktur ist in Brüche geschlagen worden und ist nicht wiederherzustellen. Es ist ein technologisches Faktum, daß es leichter ist, zum Mond zu fliegen, als ein zerbrochenes Ei ganz zu machen. Der Sicherheitsrat handelte mit Vernunft, als er den Weg zurück ablehnte, den die Sowjetunion nun hier vertritt. Die Situation wiederherzustellen, die den Konflikt hervorrief, würde bedeuten, alle Voraussetzungen für erneute Feindseligkeiten wieder zusammenzutragen. Ich wiederhole, was ich im Sicherheitsrat aussprach: Unsere Parole ist nicht „zurück zum Kriegszustand“ – sondern „vorwärts zum Frieden“.

Was die Versammlung verschreiben sollte, ist nicht ein Rezept für erneute Feindseligkeiten, sondern eine Reihe von Grundsätzen zum Aufbau einer neuen Zukunft für den Nahen Osten. Wenn die Waffenruhe gesichert ist, müssen wir vorwärts gehen, nicht zurück zu einem Waffenstillstandssystem, das unter der Last der Jahre und durch die Erschütterungen von Kriegshandlungen zusammengebrochen ist. Die Geschichte verlangt von uns den Schritt vorwärts zu einem dauerhaften Frieden, und der Friede, den wir anstreben, kann nur in offenen und freien Zwiegesprächen zwischen Israel und jedem der Staaten geführt werden, die an dem Versuch teilnahmen, Israels Souveränität zu zerstören und seine nackte Existenz zu untergraben. Wir können es uns nicht leisten, uns mit Zwischenlösungen zufriedenzugeben, die weder Krieg noch Frieden sind. Solches Flickwerk trägt schon den Keim zukünftiger Tragödie in sich. Frei von äußerem Druck und Einmischung, getragen von der gemeinsamen Bindung an diesen geographischen Raum, den zu teilen das Schicksal ihnen bestimmt hat, sollten die arabischen Staaten und Israel nun ihren Konflikt in gemeinsame Bemühung für eine Neugestaltung des Nahen Ostens überleiten, in Zusammenklang mit einem wiederauflebenden Europa und Afrika und Asien, die nun ihre selbständigen Rollen auf der Weltbühne eingenommen haben.

Die Vision des Friedens

In freien Unterhandlungen mit unseren Nachbarn werden wir dauerhafte und gerechte Lösungen vorschlagen, die unserem gemeinsamen Fortschritt und der Ehre aller Beteiligten entsprechen. Den arabischen Staaten kann nicht erlaubt werden, Israels Existenz nur zu dem einzigen Zweck anzuerkennen, um Pläne zu seiner Ausmerzung schmieden zu können. Sie standen uns Angesicht zu Angesicht im Kampf gegenüber. Mögen sie jetzt, Angesicht zu Angesicht, mit uns zum Frieden kommen.

Unter Voraussetzung des Friedens können wir uns direkte Verbindungen von Haifa nach Beirut und Damaskus im Norden vorstellen; nach Amman und darüber hinaus im Osten; nach Kairo im Süden. Die Öffnung dieser verstopften Lebenslinien würde das Leben, das Denken und die Handelsbeziehungen in dieser gesamten Ära in unvorhergesehenem Maße befruchten. Verbindungen durch den

südlichen Negev zwischen dem Niltal und dem Fruchtbaren Halbmond könnten wieder aufgenommen werden, ohne jeden Wechsel in den politischen Rechtstiteln. Was jetzt so oft als hindernde Barrikade zwischen den arabischen Staaten dargestellt wird, könnte zur Brücke zwischen ihnen werden. Das Königreich Jordanien, jetzt von seinem natürlichen Zugang zum Meer abgeschnitten, könnte seine Einfuhr und Ausfuhr frei über israelische Häfen bewerkstelligen. Im Roten Meer könnten gemeinsame Maßnahmen ergriffen werden zum Ausbau der Häfen Eilat und Akaba, die Israel und Jordanien in Kontakt mit den Aufbauländern Ostafrikas und Asiens bringen.

Der Nahe Osten, der drei Kontinente verbindet, könnte ein rühriges Zentrum von Luftverbindungen sein, die jetzt durch Boykotte und die Notwendigkeit von Umleitungen behindert sind. Radio, Telefon- und Postverbindungen, die jetzt irgendwo abbrechen, könnten einen künstlich geteilten geographischen Raum zueinanderbringen. Der Nahe Osten mit seinen historischen Bauten und seinen landschaftlichen Schönheiten kann einen riesigen Touristen- und Pilgerstrom anziehen, wenn die bestehenden Hindernisse einmal aus dem Weg geräumt sind. Naturschätze, die nationale Grenzen durchbrechen, wie die Mineralschätze des Toten Meers und die Phosphate des Negev und der Aravasteppe, könnten unter Austausch technischen Wissens ausgenutzt werden.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit in landwirtschaftlichen und industriellen Entwicklungsprojekten könnte zu übernationaler Zusammenarbeit führen, ähnlich den Entwicklungen in Europa. Die Vereinten Nationen könnten eine Wirtschaftskommission für den Nahen Osten bilden, ähnlich denen, die heute in Europa, Südamerika und dem Fernen Osten tätig sind. Die speziellen Organisationen könnten ihre Hilfe auf dem Gebiet der Gesundheitspflege und der Erziehung mit viel größerer Wirkung leisten, wenn der Geist der Zusammenarbeit sich in unserer Region ausbreitete. Fruchtbarmachung der Wüste, Entsalzung von Meerwasser, Kampf gegen tropische Krankheiten sind gemeinsame Anliegen der gesamten Zone, verlangen Austausch von Wissen und Erfahrung.

In wissenschaftlichen Forschungsinstituten und Hochschulen zu beiden Seiten der Grenzen könnten junge Israelis und junge Araber gemeinsam studieren. Alte Vorurteile könnten durch gegenseitiges Verständnis und Achtung ersetzt werden, die sich durch gemeinsames Lernen und Gedankenaustausch ergeben. In solch einem Nahen Osten würden Rüstungsbudgets spontan auf einer viel niedrigeren Basis ins Gleichgewicht kommen. Ungeheure Summen, die heute für Sicherheitszwecke ausgegeben werden, könnten Entwicklungsprojekten zugeleitet werden.

Auf solche Weise könnte, unter voller Achtung der Verschiedenheit der einzelnen Teile dieser Region, ein völlig neuer Abschnitt in der Geschichte des östlichen Mittelmeerbeckens eröffnet werden. Zum erstenmal in der Geschichte ist kein Volk dieser Region mehr abhängig. Jedes erhielt seine staatliche Unabhängigkeit. Nun steht die Aufgabe vor allen, diese Freiheit zu schöpferischer Entwicklung zu nutzen. Es gibt nur einen Weg in dieser Richtung. Es ist der Weg der gegenseitigen Anerkennung, direkter Fühlungnahme, ehrlicher Zusammenarbeit. Es ist der Weg zu friedlicher Ko-Existenz. Dieser Weg führt nach Israel, wie es die Propheten Israels verkündeten.

Jerusalem, nach tragischer Teilung jetzt wiedervereintigt, ist nicht länger ein Revier für Geschützbastionen und Stacheldrahtverhaue. In der langen Geschichte unseres

Volkes gab es wenige Stunden, die so herzbewegend waren wie unsere Wiedervereinigung mit der Klagemauer. Ein Volk kehrte zurück zur Stätte seiner Geburt. Es erneuerte seine Verbindung mit dem Mysterium seiner Volkwerdung und seines Überlebens als Volk. Wie alt und wie tief sind die Erinnerungen, die sich an diese Wiedervereinigung knüpfen!

Zwanzig Jahre lang existierte kein freier Zugang für Menschen aller Konfessionen zu den Heiligen Stätten ihres Glaubens. Dieser Zugang besteht jetzt. Israel ist entschlossen, in Zusammenarbeit mit den großen Weltreligionen, die Unverletzlichkeit und Heiligkeit aller geheiligten Stätten wirkungsvoll zu garantieren.

Die Aussicht auf einen frei ausgehandelten Frieden ist nicht so fern wie es scheinen mag. Israel führte seinen Verteidigungskampf mit zwei Zielen – Friede und Sicherheit. Friede und Sicherheit, mit all ihren rechtlichen, territorialen, wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten, können nur auf Grund freier Verhandlungen erreicht werden, die der wesentliche Ausdruck souveräner staatlicher Verantwortlichkeit sind. Ein Aufruf an die heutigen Gegner, über die Grundlagen ihres künftigen Zusammenlebens zu verhandeln, das ist die einzige konstruktive Linie, die diese Versammlung verfolgen kann.

Wir rufen die Großmächte dazu auf, unsere gemarterte Region aus dem Bereich globaler Interessenkämpfe herauszuhalten; den Regierungen in dieser Region anzuraten, ihre gemeinsame Zukunft selbst zu bauen; ihnen zu helfen, wenn sie es wollen, soziale und kulturelle Errungenschaften wiederzuerlangen, die ihrer Vergangenheit würdig sind.

Wir wenden uns an die Entwicklungsländer mit der Aufforderung, eine dynamische und vorwärtsgerichtete Politik zu unterstützen und die Zukunft nicht in die überlebte Vergangenheit zurückzuzerren.

Den kleinen Nationen, die das Hauptkontingent in der Familie der Völker bilden, können wir unsere Erfahrung mitteilen, die lehrt, daß kleine Gemeinwesen ihre Interessen am besten wahren, wenn sie sich weitgehend auf sich selbst verlassen. Wir wenden uns an die kleinen Nationen, sie mögen in Solidarität mit unserer eigenen Kleinheit uns helfen, standzuhalten gegen die Einschüchterungen und Drohungen, die jetzt gegen uns gerichtet werden.

Wir bitten die öffentliche Meinung in der Welt, die uns soviel Hilfe in unserem Ringen zuteil werden ließ, uns getreulich auf dem Weg zu neuen Möglichkeiten zu begleiten.

Wir wenden uns an die Vereinten Nationen, die uns in der gegenwärtigen Gefahr keinen Schutz geben konnten, und ersuchen sie, unsere unabhängige und eigenständige Forderung nach Frieden und Sicherheit zu respektieren, denn dies bedeutet den eigentlichen Inhalt der Charta. Wir werden die Entschließung des Sicherheitsrates befolgen und lehnen den Weg ab, den der Sicherheitsrat ausdrücklich und mit gutem Grund abgelehnt hat.

Es mag so aussehen, als ob Israel allein gegen viele und mächtige Widersacher stehe, aber wir glauben an die unvergänglichen Kräfte, die so oft in unserer Geschichte den endgültigen Sieg dem Geist über die Materie, der inneren Wahrheit über geballte Kraft verliehen haben. Wir glauben an die schützende und bewahrende Kraft der Geschichte, die unsere Schritte geleitet hat.

Der Nahe Osten ist kriegsmüde. Er ist reif für einen neuen Aufschwung des Lebenswillens. Die Gelegenheit ist da. Laßt sie unseren Händen nicht wieder entgleiten.

Israel wünscht nichts als den Frieden

Rede von Golda Meir vor der Generalkonferenz der sozialistischen Internationale in Zürich

Wir entnehmen diese Rede dem „Israelitischen Wochenblatt“ (67/45), Zürich, 10. 11. 1967, S. 19 ff.

Wir sind ein kleines Land, ein kleines Volk, das während seiner kurzen, weniger als zwanzig Jahre dauernden Existenz als unabhängiges Land von einem dritten Krieg zu berichten hat. Wir waren Sieger in allen drei Kriegen, aber wir bezahlten den Preis für jeden Sieg mit drei Generationen unserer Söhne. Diejenigen, die 1948 ihr Leben für die Unabhängigkeit des Landes gaben, hinterließen Brüder, Schwestern und Waisen. 1956 zogen die jüngeren Brüder der Opfer in den Krieg, und sie kamen nicht alle zurück. Einige der Waisen gaben jetzt ihr Leben, und neue Waisen blieben zurück. Diese Opfer entstanden aus dem einzigen tragischen Grund, daß unsere arabischen Nachbarn *uns das Existenzrecht verweigern*. Hätten die Araber diesen Krieg gewonnen, wäre kein Israeli am Leben geblieben, um die Geschichte dieses Krieges zu erzählen. Der Ruf von Radio Kairo ertönte: „*Tötet die Juden!*“ Er erklang damals im Mai, als die arabischen Armeen in der Wüste Sinai aufmarschierten. Das Signal der syrischen Nachbarn aus ihren Befestigungen war: „*In wenigen Stunden werden wir in Tel Aviv sein, und niemand wird dort überleben.*“

Zwanzig Jahre lang bitten wir um Frieden, direkt bei unsern Nachbarn und über die UNO. Vor zehn Jahren war es meine Pflicht, als Außenminister vor der Generalversammlung der UNO aufzutreten. Wie es jetzt mein Nachfolger tut, bat ich die Nationen der Welt: „Sagt etwas vom Forum der Vereinten Nationen aus, sagt den Arabern, sie müßten mit Israel Frieden schließen!“ Drei Jahre lang versuchte ich, Unterschriften zu bekommen zu einer Resolution, die – ohne ein einziges Wort gegen die arabischen Nationen zu sagen – die Araber hätte aufordern sollen, die Differenzen mit Israel *in direkten Verhandlungen beizulegen*, einschließlich des Flüchtlingsproblems. Ich erhielt eine einzige Unterschrift für diese für den Weltfrieden wichtige Resolution. Selbst sozialistische, an Regierungen beteiligte Vertreter gaben ihre Unterschrift nicht, nicht weil sie gegen Israel, den Frieden oder direkte Verhandlungen waren, sondern weil sie dem Willen der Araber widerspreche und darum nicht durchführbar sei. Die Resolution erhielt keine Mehrheit im Ausschuß und kam deshalb auch nicht vor das Plenum der UNO.

Es gibt nicht nur arabische Flüchtlinge. *Auch Israel hat große Probleme*. In weniger als zwanzig Jahren kamen über eine Million Flüchtlinge nach Israel. Die Überlebenden der sechs Millionen europäischer Juden, die 1948 in elendem Zustand in deutschen, italienischen und österreichischen Flüchtlingslagern lebten, wollte niemand. Von 1946 bis 1948 stand ihnen die einzige Möglichkeit, illegal nach Israel zu kommen, offen. Nur die toten Juden waren gute Juden; den illegalen Einwanderern war die Welt nicht gut gesinnt. 1948 gab es ihrer über 40 000 hinter Stacheldraht auf Zypern. Geistig und körperlich gebrochen, kamen über 300 000 Juden aus den Lagern nach Israel, die heute in Kibbuzim, Moschawim, Fabriken und neuen Städten im Negev leben, weil wir für unsere Leute sorgten. Wenn es heute noch arabische Flüchtlinge gibt, so weil die Araber *nicht für sie sorgten*. Um das zu sehen,

muß man heute nach Gaza gehen. Es wurde den Flüchtlingen nicht erlaubt, nach Ägypten oder anderswohin zu gehen. Während neunzehn Jahren ägyptischer Administration fanden jede Nacht Kontrollen statt. Um etwas für diese Menschen zu tun, braucht Israel nicht zerstört zu werden. Die arabischen Regierungen wollen nicht, daß etwas für diese Flüchtlinge getan wird, sagte mir der Generaldirektor der UNRWA, Davis.

Die UNO tat nichts, als wir während 19 Jahren Unabhängigkeit drei Kriege, Terroranschläge, Infiltrationen erlebten, Menschen getötet wurden. Russische Vetos verhinderten selbst gemäßigt formulierte Resolutionen zur Verurteilung von Mördern, ohne daß Nationalitäten genannt worden wären.

Im Mai 1967 hörten wir die Marschritte der arabischen Armeen durch die Sinai-Wüste. Viele glaubten, es handle sich um eine „Show“. Aber dank unserem guten Geheimdienst wußten wir, daß dies keine „Show“ war. Jetzt noch, vier Monate nach dem Krieg, sammeln wir *russisches Ausrüstungsmaterial* in der Wüste ein. Neben der Mapai besteht in Israel die linksgerichtete Mapam, die sich von der ersteren ideologisch dadurch unterscheidet, daß sie an die Verwirklichung des Sozialismus in der Sowjetunion glaubt. Junge Idealisten, in Kibbuzim aufgewachsen, kamen jetzt aus dem Krieg zurück mit der Frage an ihre politischen Führer: *„Ihr habt uns gelehrt, die Sowjetunion zu lieben und zu respektieren. Jetzt wurden wir konfrontiert mit russischen Tanks und Gewehren, Freunde fielen durch russische Kugeln. Erklärt uns diesen Sozialismus!“*

In den Augen der Russen, der Polen, der Tschechen sind wir jetzt die Nazis. Polen, das die Vergasung von drei Millionen Juden durch die Nazis sah, bezeichnet jetzt uns als Nazis. Dafür gibt es nur einen Ausdruck, den Abba Eban in der UNO verwendete: „abstrus“.

Ursache des arabischen Hasses sind unsere grünen Wiesen, unsere glücklichen Kinder. Weshalb taten die sogenannten *progressiven Regierungen* nichts, um in ihren eigenen Ländern unseren Aufbau, unsere Dörfer zu kopieren? Die syrischen Dörfer wurden ausnahmslos in ihrem Elend belassen.

Jetzt gratulieren uns Freunde, selbst Sozialisten, zu unserem Sieg und raten uns gleichzeitig, uns aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen. Wir aber fragen: „Was ist mit dem Frieden? Sollen wir uns zurückziehen, damit die Strecke zwischen dem Meer und der Ostgrenze unseres Landes wieder 13 Meilen beträgt und Tel Aviv von Jordanien aus beschossen werden kann?“ Nationaler Selbstmord ist keine internationale Verpflichtung, nationaler Selbstmord ist auch kein sozialistisches Prinzip. Man weist auf die *Heiligen Stätten* in Jerusalem hin. Wurden diese unter jordanischer Herrschaft geschützt? 1948 wurden alle Juden aus der Altstadt Jerusalems ausgewiesen, nachdem dort Juden während Generationen gelebt hatten. Die Juden konnten in den letzten zwanzig Jahren nicht zu ihren Heiligen Stätten gelangen. Wir offerieren die Verwaltung der Heiligen Stätten unter der Verwaltung aller Interessenten des Judentums, der Christenheit und der Moslems¹. Aber

wir werden uns nicht zurückziehen, damit jordanische Soldaten in Jerusalem wieder schießen können, wenn sie wollen, damit die Bunker auf den syrischen Höhen wieder mit russischen Waffen besetzt werden, mit russischen Konstruktionen, die wir fanden, damit den arabischen Kin-

dern aus Schulbüchern wieder der Haß gegen Israelis gelehrt werden kann.

Solange wir leben, gibt es keinen Zoll Rückzug, bevor sich nicht die arabischen Staaten mit uns an einen Tisch setzen zu direkten Verhandlungen, unser Existenzrecht anerkennen, Friedensbedingungen mit uns unterzeichnen und in friedlichen nachbarlichen Beziehungen mit uns leben. Wir verlangen unser Recht auf freie Schifffahrt auf den internationalen Seewegen.

Israel ist ein Opfer des Kalten Krieges. Die Sowjetunion hat beschlossen, über Nasser im Nahen Osten Fuß zu fassen, womit ein alter russischer Traum realisiert werden könnte. Die Sowjetunion fand ein anderes Medium als Nasser, der lange Zeit Moskau und Washington gegeneinander ausspielte und daraus Nutzen zog. Jetzt beginnt *Hussein*, dieses Spiel zu spielen. Dreimal haben die Russen die arabischen Staaten bis zu den Zähnen bewaffnet. Sie kündigen an, Ägypten alles zu ersetzen, was es im letzten Krieg verlor. Es kann von vorne beginnen. Soweit es von uns abhängt, soll es der letzte Krieg gewesen sein. Es wäre möglich, einen Druck auf die arabischen Staaten auszuüben, damit sie, ohne etwas zugunsten von Israel aufzugeben, Frieden mit uns schließen. Wir werden die Hand bieten, das Friedensproblem zu lösen.

Als nach Kriegsschluß ein junger Jordanier durch die Straßen Tel Avivs spazierte, war er überrascht, keinen Haß gegen die Araber festzustellen. Er sagte, die Araber würden während Monaten Tag und Nacht in den Straßen tanzen, hätten sie nur ein Zehntel des israelischen Sieges errungen. Aber es gab nach dem Sieg in Tel Aviv weder Tanz noch Feiern. Die Jungen, die aus dem Krieg zurückgekommen sind, feiern nicht, sprechen nicht. Sie verstummen, weil Kameraden fielen, weil sie selbst schießen und töten mußten. Es gibt nur die Entschlossenheit, daß so etwas nicht mehr vorkommen darf. Wir danken für die Unterstützung, die wir erhielten, als wir in Gefahr waren. Wir bitten jetzt um Unterstützung, um ein Friedensprogramm für den Nahen Osten auszuarbeiten, damit weder wir noch die Araber die traurigen Erfahrungen nochmals machen müssen.

Macht und Geist

Ansprache von Generalstabchef Itzhak Rabin anlässlich der Entgegennahme des Ehrendoktorats der Hebräischen Universität, auf dem Skopusberg, 18. Juni 1967

Die Hebräische Universität kehrte am 18. Juni 1967 mit einem eindrucksvollen Festakt offiziell auf den Skopus zurück, von dem sie vor 19 Jahren abgeschnitten worden war².

Der Festakt fand im Amphitheater statt. Der Ministerpräsident und fast das ganze Kabinett waren anwesend sowie führende Persönlichkeiten aus dem In- und Ausland. Der Präsident der Universität, Eljahu Ejath, führte in seiner Eröffnungsansprache u. a. aus:

„Vor 42 Jahren wurde hier die Hebräische Universität gegründet, und anwesend waren u. a. Raw Kook³, Achad Haam und Professor Weizmann. Damals betonte Lord Balfour, daß das kleine jüdische Volk dieses Land Israel zur Wiege der Weltreligion gemacht hat.“ Der Präsident gedachte der Männer, die den Plan der Hebräischen Universität entworfen haben: Hermann Schapira, Martin Buber, Berthold Feiwel, Chaim Weizmann und der erste Präsident der Universität, Dr. Magnes. Ehrendoktorate erhielten: der Staatspräsident Salman Shazar, der amerikanische Philantrop Lou Boyar, der Dermatologe Professor

¹ s. u. S. 44, 47 ff. Anm. d. Red. d. FR.

² s. u. S. 49, Anm. 1.

³ vgl. FR Nr. 49, S. 3.

Dostrowski, der Präsident der Staatsbank, David *Horowitz*, die Ärztin Dr. *Helena Kagan*, der Altmeister der Bibelwissenschaft Professor *M. Z. Segal* und der ehemalige Justizminister *Pinchas Rosen*. Die Reihe beschloß der Generalstabschef *Raw-Aluf Itzhak Rabin*. Seine Ansprache lautete:

Ich betrachte mich hier als Vertreter der gesamten israelischen Verteidigungskräfte, jener Gesamtheit von Soldaten, welche dem Staate Israel seinen Sieg im 6-Tage-Krieg gebracht hat. Man könnte sich fragen, warum es einer Universität angemessen erscheinen kann, einem Soldaten ein Ehrendoktorat zu verleihen. Was haben militärische Tätigkeit und die akademische Welt der Zivilisation und Kultur gemeinsam? Welche Gemeinsamkeit besteht zwischen jenen, deren Beruf die Gewalt ist, und jenen, die sich um die geistigen Werte bemühen? Ich fühle mich jedoch geehrt, daß Sie durch mich Ihre hohe Anerkennung für meine Kameraden ausdrücken und gegenüber diesem Bereich des unteilbaren Geistes des gesamten jüdischen Volkes, den israelischen Verteidigungskräften.

Die Welt hat erkannt, daß die israelischen Verteidigungskräfte anders sind als die Armeen. Obgleich ihre erste Aufgabe militärischer Natur ist, nämlich die Aufrechterhaltung der Sicherheit, haben sie zahlreiche Friedensaufgaben, nicht Aufgaben der Zerstörung, sondern des Aufbaus und der Stärkung der nationalen, kulturellen und moralischen Kräfte.

Unser Erziehungswerk hat 1961 allgemeine Würdigung und nationale Anerkennung gefunden, als uns der Israelpreis für Erziehung zuerkannt wurde. Die Nachal-Organisation, welche militärische Ausbildung und landwirtschaftliche Siedlung verbindet, sowie die Bereitstellung von Lehrkräften für Grenzsiedlungen sind nur zwei Beispiele für die Rolle, welche unsere Armee in diesem Bereich spielt.

Die Universität hat diesen Ehrentitel verliehen in Anerkennung der Überlegenheit unserer Armee auf dem Gebiete des Geistes, wie sie sich im Laufe des Krieges manifestiert hat. Wir alle sind hier, an dieser Stelle, lediglich im Gefolge eines Krieges, welcher, obschon uns aufgezwungen, in einen Sieg umgeformt wurde, der die Welt in Staunen versetzt hat. Krieg ist unvermeidlicherweise rau, grausam und blutig. Aber dieser Krieg hat einmalige und prächtige Beispiele des Heldentums hervorgebracht, zusammen mit den humanen Ausprägungen der Brüderlichkeit, der Kameradschaft und der geistigen Größe.

Wer nicht gesehen hat, wie eine Tankmannschaft ihren Angriff fortsetzte, obgleich ihr Kommandant gefallen und ihr Fahrzeug schwer beschädigt war; wer nicht gesehen hat, wie die Pioniere unter Lebensgefahr ihre verwundeten Kameraden aus einem Minenfeld herausholten; wer nicht erlebt hat, was die gesamte Luftwaffe mit größter Hingabe unternahm, um einen auf feindlichem Territorium niedergegangenen Piloten zu retten – der weiß nicht, was Hingabe unter Waffenkameraden bedeutet.

Für die ganze Nation bedeutete es ein Gefühl der Erhebung, als sie von der Einnahme der Altstadt hörte. Unsere Sabrejugend und besonders unsere Soldaten erheben keinen Anspruch, sentimental genannt zu werden, und scheuen sich vor jeder Zurschaustellung von Gefühlen. Jedoch die Anspannung des Kampfes, die Besorgnisse, welche ihm vorausgegangen waren, und das Gefühl der direkten Teilnahme jedes Soldaten an der Erringung des Zutritts zum Herzen jüdischer Geschichte brachen die Kruste von Härte und Scheu und legten Quellen der Erregung und geistiger Bewegung frei. Die Fallschirmsolda-

ten, welche die Klagemauer befreiten, lehnten sich an deren Quadern und weinten. Diese Vorgänge von symbolhafter Bedeutung sind wohl ohne Parallele in der menschlichen Geschichte. Solche Ausdrucksweise oder Redensarten sind in unserer Armee sonst nicht gebräuchlich, aber diese Szene auf dem Tempelberg, mit Worten nicht zu beschreiben, offenbarte wie das Aufleuchten eines Blitzes tiefe Wahrheiten. Und mehr als dies: die Freude über den Triumph ergriff die ganze Nation.

Dabei kann jedoch ein eigenartiges Phänomen beobachtet werden. Die Freude unserer Soldaten ist keine vollständige, ihre Feiern sind getrübt durch Leid und Erschütterung. Manche halten sich von allen Festlichkeiten fern. Die Männer an der Front waren Zeugen nicht nur des Siegesruhms, sondern auch des Preises für den Sieg: ihre Kameraden fielen an ihrer Seite. Der schreckliche Preis, den unsere Feinde zahlen mußten, rührte gleichfalls die Herzen. Das jüdische Volk hat sich nie daran gewöhnt, den Triumph des Sieges und der Eroberung zu empfinden, und wir empfanden ihn nun mit gemischten Gefühlen.

Der 6-Tage-Krieg wies viele Züge von Heroismus auf, ganz abgesehen von den einzelnen Attacken, welche uns in unvorhergesehener Weise vorwärtstrugen. An manchen Orten wüteten verzweifelte und lange Schlachten. In Rafiah, in El-Arish, in Um Kataf, in Jerusalem und auf den Golan-Hügeln, aber auch an vielen anderen Orten erwiesen sich die Soldaten als heroisch im Geiste und groß in ihrem Mut.

Es wurde viel von den „Wenigen gegen die Vielen“ gesprochen. Vielleicht erstmals seit dem Frühjahr 1948 und den Kämpfen bei Negba und Degania standen in diesem Krieg Einheiten der israelischen Verteidigungsarmee an allen Frontabschnitten als Wenige gegen Viele. Verhältnismäßig kleine Einheiten drangen in nahezu endlose Netze von Verteidigungsanlagen ein, umgeben von Hunderten und Tausenden von feindlichen Truppen. Vor die Aufgabe gestellt, ihren Weg zu erzwingen, drängten sie in diesem Dschungel von Gefahren weiter, auch als der Antrieb der ersten Attacke verloren war, indem sie alle ihre seelischen Kräfte aufboten, um den Kampf bis zum eigentlichen Ende durchzustehen. So brachen unsere Panzerkräfte an allen Fronten durch, so erkämpften sich auch unsere Fallschirmtruppen den Weg nach Rafiah und Jerusalem hinein, so säuberten unsere Pioniere die Minenfelder unter feindlichem Beschuß. Die Einheiten, welche die feindlichen Linien durchbrachen und ihre Ziele nach Stunden und Stunden des Kampfes erreichten, auch dann weiterkämpfend, wenn sie ihre Kameraden an ihrer Seite fallen sehen mußten, waren weit mehr durch ihre innere Haltung getragen als durch die Waffe oder die eingeübte militärische Taktik.

Wir haben immer die Besten aus unserer Jugend für die israelischen Verteidigungskräfte gefordert. Wir haben den Ausdruck „*Hatowim Letajis*“ (Nur die Besten für die Luftwaffe) geprägt, und dies wurde zu einer bedeutungsvollen Formulierung. Wir dachten dabei nicht nur an technische und manuelle Fertigkeit. Wir meinten vielmehr, daß unsere Piloten, vor die Aufgabe gestellt, in wenigen kurzen Stunden die Kräfte von vier feindlichen Staaten zu zerschlagen, von hohen moralischen und menschlichen Werten durchdrungen sein mußten. Diese Piloten griffen die gegnerischen Maschinen mit solch exakter Genauigkeit an, daß die Welt nicht verstehen konnte, wie das gemacht wurde, und daß Experten es durch den Einsatz von Geheimwaffen zu erklären such-

ten. Unsere Panzertruppen hielten den Feind auf und schlugen ihn, auch wenn ihre Ausrüstung derjenigen der Gegner unterlegen war. Soldaten aller Waffengattungen und Dienstzweige überwandten ihre Gegner, obgleich jene an Zahl und Befestigungsanlagen überlegen waren. Sie zeigten nicht nur kühles Blut und Mut im Gefecht, sondern einen brennenden Glauben an die Gerechtigkeit ihrer Sache, und sie wußten mit Gewißheit, daß die Alternative zu ihrem Sieg nur der Untergang sein konnte. Auf allen Gebieten übertrafen unsere Kommandanten aller Ränge die Gegner. Ihr Verstand, ihr Wille, ihre Improvisationsfähigkeit, ihre Sorge um die Soldaten und vor allem die Tatsache, daß sie an der Spitze ihrer Truppen in die Schlacht zogen, sind keine Sache des Materials oder der Technik. Dafür gibt es keine vernunftmäßige Erklärung. All dies entspringt aus dem Geist und führt zu dem Geist. Unsere Krieger gewannen die Oberhand

nicht durch ihre Waffen, sondern durch das Bewußtsein einer Mission, durch das Bewußtsein von ihrem Recht, durch eine tiefe Liebe für ihr Heimatland und durch ihr Verständnis für die Schwierigkeit der ihnen übertragenen Aufgabe: die Existenz ihres Volkes in seinem Lande zu sichern, selbst um den Preis ihres eigenen Lebens das Recht Israels auf ein Leben in seinem eigenen, freien, unabhängigen und friedlichen Staate zu schützen.

Die Armee, welche ich während dieser Schlacht zu führen das Privileg hatte, kommt aus dem Volke und kehrt zum Volke zurück, zu jenem Volke, das in den Stunden der Bedrängnis über sich hinauswächst und das in der Stunde der Not alle Feinde durch die Kraft seiner moralischen Werte und seiner geistigen Bereitschaft überwindet.

Als Vertreter der israelischen Verteidigungskräfte und im Namen jedes einzelnen ihrer Soldaten nehme ich Ihre Anerkennung mit Stolz entgegen.

D Jerusalem und die Heiligen Stätten

1 Aus Ansprachen und Botschaften Papst Pauls VI.

Zur Frage „Jerusalem und die Heiligen Stätten“ bringen wir die sich seit dem Nahost-Konflikt im Juni 1967 darauf beziehenden Äußerungen *Papst Pauls VI.* sowie einen Beitrag der Dominikaner des *Hauses St. Isaías* in West-Jerusalem. Wir ergänzen diese mit offiziellen *israelischen Stellungnahmen und anderen Äußerungen zur Lage*.

Die Worte des Papstes entnehmen wir dem „Osservatore Romano“ vom 26.–27. Mai 1967, vom 5.–6. Juni, vom 8. Juni und vom 26.–27. Juni 1967.

Am Fronleichnamstag, den 25. Mai 1967, richtete der Heilige Vater um 12 Uhr am Fenster seines Studierzimmers vor dem Gebet „Der Engel des Herrn“ an die zu Tausenden auf dem Petersplatz Versammelten die folgenden ermahnenen Worte:

„Wir wollten heute zu Euch nur vom Fronleichnamsfest sprechen, das Wir heute nachmittag im volkstümlichen und feierlichen Ritus zelebrieren werden bei der Gemeinde San Giovanni Bosco und wohin Wir alle einladen. Die Messe wird auf dem Platz vor der Kirche heute abend um 18.30 Uhr gehalten werden.

Aber es sind auch andere Motive, derentwillen Wir Euch zum Gebet auffordern, und Ihr wißt, welche.

Es erweitert sich der Konflikt im Fernen Osten, und ein Gewitterwind weht auch im Nahen Osten. Es ist ein tiefer Schmerz für Uns! Das Land Jesu droht zu einem Kriegsschauplatz zu werden. Dort, wo die christliche Religion in engem Kontakt mit den beiden anderen monotheistischen Religionen steht, die ihren gemeinsamen Ursprung von Abraham herleiten, entstehen die wildesten Gegensätze.

Jetzt schickt das Kriegsgeschrei sein trauriges Echo in die Welt. Und der Friede? So ersehnt? So notwendig?

Wir wollen beten, damit der Friede in den Herzen der Menschen bleibe und sie fähig mache zu guten Taten und Aktionen, damit die Geißel neuer Konflikte abgewendet werde.“¹

¹ Osservatore Romano N. 121, 25.–26. 5. 1967.

Über den Ernst der Ereignisse im Nahen Osten informiert, hat der Heilige Vater um des Friedens willen Botschaften an den Generalsekretär der UNO, U Thant, gesandt und über die Vertreter des Heiligen Stuhles an die Regierungen der VAR und Israels².

Wir bringen das Telegramm von dem Kardinal-Staatssekretär an den Apostolischen Delegaten für Jerusalem und Palästina, Erzbischof Sepinsky, vom 5. Juni 1967 sowie das Antworttelegramm von dem israelischen Staatspräsidenten an Papst Paul VI.

Aus dem Osservatore Romano Nr. 129 vom 5./6. Juni 1967:

*Botschaft an Monsignore Sepinsky, Apostolische Delegation in Jerusalem:*³

Der Heilige Vater ist tief betrübt und verstört durch die Nachrichten von den Kämpfen, die sich an den dortigen Grenzen ereignet haben; er ist ebenfalls in großer Sorge wegen der daraus resultierenden möglichen Rückwirkungen und Konsequenzen. Er richtet einen neuen ersten Appell an die menschlichen Gefühle und die Verantwortlichkeit der israelischen Regierung, damit ein Weg gefunden würde, in Ehren und Gerechtigkeit für alle, den bewaffneten Konflikt am Anfang aufzuhalten, um den dortigen Menschen die Leiden und Schmerzen zu ersparen und die Welt von der Gefahr einer neuen blutigen Geißel zu befreien.

Seine Heiligkeit beschwört die Parteien, sie möchten die Ressentiments und das Mißtrauen zum Schweigen bringen, sie sollten sich anstrengen, eine Lösung der Krise zu finden mit Hilfe internationaler Organe. Seine Heiligkeit selbst will darauf vertrauen, daß alle es als ihre heilige Pflicht ansehen, die Unverletzlichkeit der Heiligen Stätten zu

² Osservatore Romano N. 129 vom 5.–6. 6. 1967.

³ „Jedioth Chadashot“, Tel Aviv, 2. 6. 1967, vermerkt dazu: „Die Regierung Israels war über den plötzlichen Besuch des Vertreters des Papstes im Außenministerium überrascht. Der Vertreter kam aus der Jerusalemer Altstadt herüber und nahm keinen Anstoß daran, daß er mit Außenminister Eban in Jerusalem verhandeln mußte.“ Dies war bisher nicht üblich, der Vatikan „hatte sämtliche Handlungen vermieden, die auf Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt hindeuten könnten“ [Anm. d. Red. d. FR.].

schützen, indem Jerusalem zur „offenen Stadt“ erklärt wird, auf die die ganze Christenheit und die zivilisierte Welt sieht.

Der ehrwürdige Pontifex richtet sein vertrauensvolles Gebet an den Allmächtigen, damit das kostbare Geschenk des Friedens nicht unwiederbringlich zerstört würde.

Eure Exzellenz wird um dieselbe Mitteilung an den König von Jordanien gebeten.

Die päpstlichen Repräsentanten vom Libanon, Syrien und Irak sind beauftragt, die entsprechenden Schritte bei den jeweiligen Regierungen zu unternehmen.

Card. Cicognani

Antwort von Staatspräsident Shazar an Papst Paul VI.¹

Am 8. Juni kablete Staatspräsident Shazar die folgende Antwort:

Ich bin dankbar für das Anliegen, das in Ihrem Telegramm vom 5. Juni zum Ausdruck kommt, und ich möchte Ihnen versichern, daß ich, meine Regierung und mein Volk sowohl Ihre Teilnahme an dem Leid wie auch Ihren Wunsch nach Frieden teilen. Wir wären glücklich, alle militärische Aktivität zu beenden, sobald die andere Seite ihre Bereitschaft erklärt, dasselbe zu tun, und mein Außenminister hat dies bereits ausdrücklich vor dem Sicherheitsrat erklärt.

In der Tat, sogleich nachdem der Aufruf der Vereinten Nationen angenommen wurde, haben wir alle kriegesischen Handlungen gegen Jordanien eingestellt, und seit 10 Uhr abends am 7. Juni ist der Waffenstillstand am Westufer des Jordans wirksam geworden, so wie er es auch an allen unseren Grenzen bei Einwilligung unserer Nachbarn auf den Aufruf der UNO werden wird. Zu unserem Leidwesen dauern die Angriffe von Syrien und Ägypten bis zu dieser Stunde an, aber das Gebet in unser aller Herzen ist für das schnelle Kommen des Friedens. Ich würdige zutiefst Ihre Hoffnung, daß sogleich nach Einstellung der Feindseligkeiten vernünftige und ehrenhafte Verhandlungen an die Stelle von Gemetzel und Vernichtung treten werden. Wir vertrauen darauf, daß Ihre dringenden Bitten an die Häupter der anderen betroffenen Länder Frucht tragen werden und daß der Herr des Friedens uns allen Seine Gnade gewähren wird.

Der Papst sagte in seiner Rede vor der General-Audienz vom 8. Juni² unter anderem:

„... Noch ein Wort fügen Wir hinzu, indem Wir Unsere Stimme erheben für die Unverletzlichkeit der Heiligen Stätten. In der Tat ist es von höchstem Interesse für alle Nachkommen des geistigen Stammes von Abraham, den Juden, Mohammedanern und Christen, daß Jerusalem zur ‚offenen Stadt‘ erklärt würde und verschont von jeder

militärischen Operation bliebe, daß Jerusalem immun bliebe gegen die Kriegsursachen, von denen sie schon geschlagen wurde und leicht noch bedroht werden kann.

Wir richten einen flehentlichen Appell im Namen der ganzen Christenheit – ja, Wir machen uns zu diesem Zweck zum Sprecher der ganzen zivilisierten Menschheit – an die Regierenden, der sich im Konflikt befindenden Nationen samt ihrer militärischen Führer: Jerusalem sei von der Gewalt des Krieges zu verschonen, Jerusalem soll bleiben die Heilige Stadt als Zuflucht der Wehrlosen und Verwundeten, Symbol der Hoffnung und des Friedens für alle ...“

Am 26. Juni 1967 sprach Papst Paul VI. in der Konsistorialansprache an die Kardinäle u. a. von dem Konflikt im Mittleren Osten und von den damit verbundenen komplexen Problemen³:

„... Es bleibe Jerusalem die Stadt Gottes

Bei den ersten Anzeichen des Konfliktes beschworen Wir die Regierungen durch Vermittlung Unserer Vertreter, daß sie alles vermeiden sollten, was die Situation erschweren könnte. Nachdem die Feindseligkeiten ausgebrochen waren, haben Wir das Mögliche getan, leider umsonst, um der Bevölkerung Verderben und Not zu ersparen und wenigstens für Jerusalem die Leiden und Schäden des Krieges zu verhindern. Wir haben alle daran interessierten Nationen gebeten, sie mögen der Forderung der Vereinten Nationen auf Einstellung des Feuers zustimmen.

Nach dem Konflikt haben Wir Uns dafür verwendet, den vielen Verwundeten ein wenig Linderung zu bringen. Wir erneuern Unsere Appelle; schwere Fragen harren ihrer Lösung; die Lage der palästinensischen Flüchtlinge insbesondere betrübt Uns tief und erwartet die Abhilfe einer billigen und hochherzigen Lösung; die schwierigen und komplexen Gebietsprobleme, die seit langem schon einer vernünftigen Lösung harren und die der bewaffnete Konflikt nun tragisch ins Licht gestellt hat, müssen, um des Wohls der Menschheit selber willen, unverzüglich angegangen werden; die Heilige Stadt Jerusalem muß für immer das bleiben, was sie verkörpert: Stadt Gottes, eine freie Oase des Friedens und des Gebetes, eine Stätte der Begegnung, der Erhebung und Eintracht für alle, vermöge eines international garantierten Eigenstatus.

Aber jetzt, indem Wir Unsere flüchtige Umschau über das Weltgeschehen beenden, denken Wir, daß es Illusion wäre, für ein Gebiet Frieden zu schließen, der sich nicht auf Gerechtigkeit gründet, auf Anerkennung der menschlichen Rechte, auf Anerkennung des Rechts anderer, ebenso wie des eigenen Rechtes. Eintracht und Frieden dürfen nicht getrennt werden von Gerechtigkeit und Wahrheit. Diese Werte wünschen Wir der Menschheit, und Wir erbitten sie durch die immerwährende Güte Gottes ...“

¹ In: „Christian News from Israel“ (XVIII/1–2) July 1967, p. 12.

² Osservatore Romano CVII/131.

³ s. Osservatore Romano N. 147 vom 26.–27. 6. 1967.

2 Internationalisierung Jerusalems oder Schutz der Heiligen Stätten?

Von den Dominikanern des Hauses St. Isaias in West-Jerusalem^{1a}

Mit Genehmigung der Dominikaner des Hauses St. Isaias in West-Jerusalem bringen wir den vom 11. Juli 1967 in französischer Sprache veröffentlichten folgenden Beitrag und geben ihn in Übersetzung wieder^{1b}.

Die folgenden Erwägungen sind von Mönchen angestellt worden. Ihre Berechtigung, das Wort zu ergreifen, erblicken sie ausschließlich in der Tatsache, daß sie, im Namen der Kirche, der jüdischen Wirklichkeit ihre Aufmerksamkeit schenken und seit mehr als vierzehn Jahren im Herzen Israels leben und in ständiger Verbindung mit den verschiedensten Bevölkerungsschichten Israels, sowohl an der Universität wie in Stadt und Staat, stehen.

Es geht hier weniger darum, ein fest umrissenes Programm vorzutragen, da ein solches eingehende geschichtliche und juristische Referenzen und Erörterungen erfordern würde, vielmehr soll angedeutet werden, von welchem Geiste unseres Erachtens die Maßnahmen inspiriert werden müssen, die zu ergreifen sind, wenn sie der nun einmal gegebenen Wirklichkeit gerecht werden sollen.

In der Tat ist zu befürchten, daß ein Beobachter aus der Ferne diese Wirklichkeit völlig verkennt. Wer die Dinge von Rom, von New York oder von Paris aus betrachtet, kann leicht den Eindruck gewinnen, die beste Lösung zur Sicherung des Friedens in Jerusalem und zur Wahrung des heiligen Charakters der Stadt jenseits aller Differenzen und Streitigkeiten sei die Internationalisierung in dem 1947 festgelegten Rahmen. Eine solche „Lösung“ erscheint jedoch jedem, der den menschlichen, gesellschaftlichen und politischen Rahmen der Stadt, die Mentalität der Bevölkerung kennt, heute als absolut unreal und unrealisierbar. Man würde wünschen, daß die Christen der ganzen Welt, die Vertreter der Kirche und die führenden Persönlichkeiten der internationalen Behörden nach Jerusalem kommen und die dortigen heutigen Verhältnisse, vor allem seit der Wiedervereinigung der beiden Teile der Stadt, studieren können.

Vergegenwärtigt man sich lediglich die durch den Krieg und den Sieg Israels entstandenen Verhältnisse, so wird man offensichtlich zu der Feststellung gezwungen, daß es geradezu undenkbar zu sein scheint, die Wiedervereinigung der Stadt erneut in Frage zu stellen. Sie ist von der israelischen Regierung raschestens vollzogen worden. Man kann, wenn man will, diese Politik des *Fait accompli* bedauern. Die Tatsachen beweisen jedoch weitgehend, daß sie der Stadt zum Besten dient und voll den Erwartungen der Einwohnerschaft entspricht. Die Maßnahmen, mit denen die israelischen Behörden die Zweiteilung der Stadt beseitigt und die beiden Teile der Bevölkerung, die seit neunzehn Jahren getrennt waren, den Zugang ermöglicht haben, waren in jeder Hinsicht ein Erfolg.

Bezüglich der Heiligen Stätten scheint es letzten Endes nur zwei einander gegenüberstehende Theorien zu geben: die der *Internationalisierung Jerusalems*, insbesondere mit dem berühmten *Corpus separatum*-Plan und die des *Schutzes der Heiligen Stätten*, die als religiöse Enklaven innerhalb des Territorialstaates betrachtet werden (so war im großen ganzen seit 1948 die Situation beiderseits der Grenzen).

^{1a} Dieser Beitrag ist eine Gemeinschaftsarbeit der Dominikaner und einer Gruppe anderer Ordensleute in West-Jerusalem.

^{1b} Übersetzt von Dr. Herbert Schaad

Jedem, der an Ort und Stelle lebt, erscheint unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein Rückgriff auf den 1947 aufgestellten Plan undenkbar. Der Plan einer Internationalisierung war stets sowohl auf den Widerstand Jordaniens wie auch auf den Israels gestoßen: unseres Erachtens wäre Israel heute noch weniger als je mit einer solchen Internationalisierung einverstanden. Um das verstehen zu können, muß man sich vergegenwärtigen, was Jerusalem für die Juden bedeutet, die Rolle kennen, die diese Stadt in ihrem Glauben, ihrem Gebet und ihrer Hoffnung spielt. Die Juden hängen an dieser Stadt nicht nur als einem geistigen Faktor, sondern auch als materiellem Faktor. Diese uralte Stadt¹ mit dem Hügel von Moria, auf dem Abraham bereit war, seinen einzigen Sohn Isaak zu opfern² – wurde unter David die politische und religiöse Hauptstadt Israels³. Sie war die Wohnstätte Gottes⁴ und die Stätte des Tempels und der Gottesverehrung; hier wird sich nach jüdischem Glauben der Messias an seinem Tag offenbaren⁵; von dort wird des Herrn Wort ausgehen⁶ und dorthin werden alle Völker kommen, um den wahren Gott in der vollkommenen Einheit anzubeten⁷. Aber auch auf heutiger, nicht mehr eschatologischer Ebene gilt Jerusalem als das Haupt des jüdischen Volkes, der geographische Ort, der seine Einheit zugleich verwirklicht und symbolisiert⁸, dem stets sein ganzes Verlangen, seine Hoffnung und seine Treue galt⁹. Jerusalem ist die einzige Stätte auf der Welt, an der ein Jude voll und ganz das Gesetz Gottes üben, also Jude in der ganzen Fülle sein kann [vgl. o. S. 3].

Deshalb durchzog die jüdische Liturgie in all den Jahrhunderten der Verbannung der heimwehgeladene Sehnsuchtsruf: „Nächstes Jahr in Jerusalem!“

So mußte das jüdische Volk nach seiner Rückkehr ins Land der Väter einfach im Namen der allerheiligsten Treue Jerusalem zur Hauptstadt des Staates erklären – obwohl die Stadt in zwei Teile zerrissen war und obwohl die anderen Völker sich dem widersetzten. Und im Namen eben dieser Treue strebte Israel unter riesigen Opfern danach, die ganze Stadt zu erobern und wieder zu vereinigen¹⁰.

Zum Schutz der Heiligen Stätten und dem Problem des freien Zutritts zu ihnen für alle Gläubigen, Juden, Christen und Muselmanen, ist zu sagen: die Garantien, die

¹ Diese uralte Stadt identifizierten die jüdische Überlieferung und zahlreiche Kirchenväter mit der Stadt Salem, deren König Melchisedech war – Gen 14, 18.

² Gen 22, 2; 2 Chr 3, 1.

³ 2 Sam 5, 9; 2 Sam 6.

⁴ Soph 3, 14–18.

⁵ Mal 3, 1–3.

⁶ Is 2, 3.

⁷ Is 2, 2–5; Is 60; Soph 3, 9: dieser Text wurde in der Erklärung des Zweiten Vaticanums über das Verhältnis der Kirche zu den nicht-christlichen Religionen „NOSTRA AETATE“ zitiert, um die Hoffnung der Kirche zum Ausdruck zu bringen.

⁸ Ps 112, 3.

⁹ Ps 137.

¹⁰ Aus der Wurzel SLM, die im Namen Jerusalem enthalten ist, sind zwei Worte abgeleitet: Salom = Friede und Salem = voll, ganz, vollständig. Erst wenn ein Wesen seine Fülle, seine Ganzheit erreicht, kann es den wahren Frieden kennen. Das geteilte Jerusalem mußte wieder eins und ganz werden, um wieder die Stadt des Friedens werden zu können, wie sein Name bedeutet.

Israel im Grundgesetz der Unabhängigkeitserklärung, in seiner späteren Gesetzgebung, in formellen Regierungserklärungen – in der Haltung des Heeres während der Kämpfe um Jerusalem – und dem vollkommen freien Zugang zu den Heiligen Stätten in Galiläa, vor allem in Nazareth, während der letzten 19 Jahre gegeben hat, können alle, die irgendwie besorgt sind, völlig beruhigen. Wir sind – auf Grund der im Absatz 2 der anschließenden Erläuterungen dargelegten Gründe – überzeugt, daß die Regierung Israels, ganz gleich, wie sie in Zukunft aussehen mag, den Schutz der Heiligen Stätten und den freien Zugang zu ihnen ständig gewährleisten will und kann.

Als die gebotene Lösung erscheint somit die Entscheidung für den *Schutz der Heiligen Stätten* ohne die Schaffung eines Reservatterritoriums nach dem *Corpus separatum*-Plan.

Zwei wichtige Punkte müssen einwandfrei geregelt werden:

a) Das Sonderstatut der Heiligen Stätten in ihrer Eigenschaft von Besitztümern und Grundstücken. Vielleicht kann man sich von ähnlichen Fällen inspirieren lassen: den Botschaften, den Hauptkirchen Roms.

b) Die Organisation des Schutzes und der Unterhaltung der Heiligen Stätten. Eine Lösung kündigt sich an in der Versicherung der israelischen Regierung, daß die Heiligen Stätten in Eigenverantwortlichkeit der Religionen selbst verwaltet werden sollen – beispielsweise durch die Schaffung von gemischten Kommissionen, die aus Mitgliedern der interessierten Religionen bestehen.

Es ist zu hoffen, daß die derzeitigen Gespräche zwischen der israelischen Regierung und den Vertretern der verschiedenen religiösen Interessenten zu einer in der Praxis funktionierenden und harmonischen Lösung des Problems des Schutzes der Heiligen Stätten führen.

Die bisherigen Ausführungen bedürfen noch einiger zusätzlicher Bemerkungen und Ergänzungen:

Der Staat Israel, die christliche Welt und die Heiligen Stätten

Demütig müssen wir, der Wahrheit zuliebe, einräumen, daß die christliche Welt dem Staat Israel gegenüber seit seiner Gründung im Jahre 1949 stets Befürchtungen gehegt und Vorbehalte gemacht hat.

1. Vorbehalte theologischer Art

Die meisten dieser Vorbehalte, die Erbe oder Folgeerscheinungen einer langen Geschichte von Beleidigungen und Auseinandersetzungen waren, wurden durch die Erklärung des Zweiten Vaticanums über das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen „*nostra aetate*“ ausgeräumt. Hier wollen wir uns näher mit einem theologischen Vorbehalt befassen, den man folgendermaßen formulieren kann: nehmen wir an, die Juden besetzen Jerusalem und bauen den Tempel wieder auf, sie führen den Kult wieder ein und greifen das alte Opferritual wieder auf, verstößt das dann nicht gegen den christlichen Glauben, wie er im Kapitel 9 des Hebräerbriefs formuliert wird, wonach Christus, der Hohepriester des Neuen Bundes, durch sein Opfer am Kreuz, in einem nicht von Menschenhand geschaffenen Tempel ein- für allemal alle alttestamentlichen Opfer ersetzt hat?

Um diese Befürchtung auf der theologischen Ebene, auf der sie vorgebracht wird, auszuräumen, braucht man nur darauf hinzuweisen, daß gerade der Hebräerbrief hierauf

ein- für allemal geantwortet hat: sein Ziel ist ja gerade, den aus dem Judentum gekommenen Christen zu erklären, wie Christus eine neue Ordnung geschaffen hat, die an die Stelle der alten Ordnung tritt, die nur ihr Schatten und ihr Abbild war. Selbst bei einem Wiederaufleben des alten Rituals in einem wiederaufgebauten Tempel hätte der Christ die Gewißheit der Einmaligkeit des Opfers Christi, das von nun an jedes heilige Meßopfer und jede Liturgie zusammenfaßt und transzendiert.

Man kann es sich ersparen, hier weiter auf diese theologische Auseinandersetzung einzugehen. Vielleicht ist es zweckmäßiger, darauf hinzuweisen, wie eitel offenbar die Befürchtung ist, die Juden könnten den Tempel wieder aufbauen. Bereits am 9. Juni 1967 hat der Rat des Großrabbinats von Jerusalem in einer außerordentlichen Sitzung daran erinnert, daß es den Juden verboten ist, die Esplanade des Tempels zu betreten, da man nicht weiß, wo sich das Allerheiligste befand und es verboten ist, diesen unbekannten Platz zu betreten. Am Mittwoch, den 7. Juni 1967, unmittelbar nach der Einnahme Jerusalems, begab sich der Religionsminister Dr. Wahrhaftig in die Altstadt, um an der Klagemauer zu beten; als er an der Esplanade des Tempels vorüberkam, bedeckte er sein Antlitz mit dem Arm, um seinen Blick ja nicht auf die allerheiligste Stätte zu richten. Bezüglich eines Wiederaufbaus des Tempels glauben aber auch die frömmsten Juden – die einzigen, die an einer Wiedereinführung des alten Kults interessiert sind –, daß ein solcher lediglich das Werk des Messias nach seinem – noch immer erwarteten – Kommen sein kann¹.

Auf noch konkreterer Ebene beweisen die kürzlichen Beschlüsse der israelischen Regierung, die den Muslimen den freien Zugang zu den beiden auf der Esplanade des Tempels gelegenen Moscheen garantieren, daß Israel durchaus nicht vorhat, diese Stätte religiös oder kultisch mit Beschlag zu belegen.

2. Vorbehalte mehr politischer Natur bezüglich der Heiligen Stätten

Ein anderes Widerstreben wird von der Befürchtung genährt, Israel sichere den Schutz der Heiligen Stätten nicht in genügendem Maße und gestatte keinen hinreichend freien Zugang.

Seltsamerweise wird diese Befürchtung gerade in dem Augenblick so nachdrücklich geäußert, in dem erstmals seit 19 Jahren *alle* Gläubigen freien Zugang zu ihren Heiligen Stätten erhalten. Die jordanische Regierung hatte den Juden der ganzen Welt stets verboten, ihre eigenen Heiligen Stätten aufzusuchen. Dieses Verbot galt auch für die in Israel wohnenden Moslems – obwohl die christlichen Araber Israels die Möglichkeit erhielten, die Grenze zu einer Wallfahrt anlässlich der großen Feste zu überschreiten. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß keine maßgebliche christliche Autorität in dieser Zeit Einspruch gegen diese schwerwiegende Verletzung der Menschenrechte und der internationalen Abkommen erhoben hat. Heute ist die israelische Regierung entschlossen, die Respektierung der geistlichen Interessen aller gläubigen Christen, Muslimen und Juden ausnahmslos zu garantieren.

Andererseits sind viele Israelis höchst erstaunt über das Mißtrauen, das man ihnen entgegenbringt. Neunzehn Jahre lang glich die in zwei Teile zerschnittene Stadt einem Pulverfaß, das jeden Augenblick explodieren konnte. Jerusalem war geradezu ein Sakrament der Zer-

¹ s. u. S. 57.

rissenheit der Welt. Während dieser ganzen Zeit hat man jedoch kaum je gegen einen Sachverhalt protestiert, der die Unversehrtheit der Heiligen Stätten jederzeit gefährden konnte.

Heute dagegen ist Jerusalem wiedervereinigt, und der Schutz der Heiligen Stätten und der freie Zugang aller Gläubigen zu ihnen ist durch bessere Garantien gewährleistet als während der Jahrhunderte muselmanischer Herrschaft. Diese Garantien sind tatsächlich in der Unabhängigkeitserklärung verankert, die das unantastbare Grundgesetz des Staates ist¹. Darüber hinaus hat der israelische Ministerpräsident diesbezüglich eine formelle Erklärung abgegeben, in welcher der Schutz der Heiligen Stätten und der freie Zugang zu ihnen allen drei Religionsgemeinschaften zugesagt wird. Diese Erklärung wurde von der Knesset, dem Parlament, und auch bei einem Zusammensein der Vertreter der Religionsgemeinschaften bei dem Ministerpräsidenten am 27. Juni 1967 bestätigt. Schließlich gab der Außenminister Israels, Abba Eban, in seiner Antwort vom 10. Juli 1967 an den Generalsekretär der UNO zum Status von Jerusalem folgende Präzisionen:

a) Das Parlament Israels hat ein Gesetz verabschiedet, das die Heiligen Stätten unter Androhung schwerer Strafen vor jeder Entweihung, Schändung oder Handlung schützt, die den freien Zutritt der Gläubigen behindern kann. Während der vergangenen 19 Jahre gab es keinen ähnlichen Schutz der Heiligen Stätten.

b) Die Regierung ergreift Maßnahmen, daß die Heiligen Stätten des Judentums, des Christentums und des Islam unter der Verantwortung der Religionen verwaltet werden, für die sie heilig sind [s. u. S. 49]. Unter allen früheren Regimes (ottomanische Herrschaft, englisches Mandat, jordanische Herrschaft) waren die Heiligen Stätten direkt der zivilen Autorität des Landes unterstellt; erstmals werden sie in eigener Verantwortung verwaltet werden.

c) Die Regierung Israels hat konstruktive und eingehende Gespräche mit Vertretern der universellen religiösen Interessen eingeleitet in der Hoffnung, erstmals seit vielen Jahren den universellen Charakter der Heiligen Stätten klar und präzise zum Ausdruck bringen zu können.

Diese Erklärungen sind gewichtig, denn Israel hat durch seine Taten bewiesen, daß es aufrichtig vom Wunsche beseelt ist, die Heiligen Stätten und den freien Zugang zu ihnen zu schützen.

Schon während der Kämpfe hatte das Heer strenge Befehle zur Respektierung der Heiligen Stätten erhalten. Trotz ganz weniger, sehr bedauerlicher Ausnahmen (wie unglücklicherweise bei der Sankt-Anna-Basilika)² wurden diese Anweisungen alles in allem gewissenhaft beachtet. Angesichts der Anwesenheit jordanischer Streitkräfte in unmittelbarer Nähe der Heiligen Stätten war das durchaus nicht einfach. In der Welt im allgemeinen und bei den Christen im besonderen ist es viel zu wenig bekannt, wieviel Menschenleben dem israelischen Heer der Wille gekostet hat, die Unversehrtheit der Heiligtümer und die religiösen Gefühle der Gläubigen der verschiedenen Reli-

gionen zu respektieren³. Ein charakteristischer Vorfall verdient Erwähnung: kurz nach der Eroberung der Altstadt hatte jemand auf der Omar-Moschee auf dem Tempelplatz die Fahne Israels gehißt; der Verteidigungsminister, General Dayan, ließ sie sofort wieder entfernen, um diese heilige Stätte des Islams ja zu respektieren.

In den ganzen 19 Jahren des Bestehens des Staates Israel war der Zugang zu den Heiligen Stätten Galiläas, vor allem nach Nazareth, ständig völlig frei. Grund zu einem Zweifel an der Aufrichtigkeit der Versprechungen der israelischen Regierung dürfte also kaum mehr gegeben sein⁴.

Denen jedoch, die noch immer Zweifel hegen, könnte man noch einen weiteren Grund zur Rechtfertigung des Vertrauens entgegenhalten: Der Staat Israel ist auf das Wohlwollen der öffentlichen Meinung der ganzen Welt, vor allem auch der Christen, angewiesen und wird es immer brauchen; und Israel weiß sehr wohl, daß es mit diesem Wohlwollen nur dann rechnen kann, wenn es getreulich für den freien Zugang zu den Heiligen Stätten sorgt. Jede diesbezügliche Besorgnis scheint letzten Endes unbegründet.

3. Die Lebensmöglichkeiten der Christen in Israel

Mitunter hört man die Behauptung, den Christen werde in Israel das Leben durch die recht engen, für die Gesellschaft maßgeblichen konfessionellen Normen sehr erschwert. Die Christen hätten unter solchen Beschränkungen und Diskriminierungen zu leiden, daß viele junge Menschen das Land verlassen, das ihnen offenbar keine Zukunftsmöglichkeiten biete.

Diese Behauptung erfordert sehr viele Präzisionen. Die arabischen Christen, die weitaus zahlreichsten hier, hatten in diesem Lande allerdings unter gewissen Beschränkungen und Restriktionen zu leiden. Diese wurden jedoch häufig durch Sicherheitserfordernisse bedingt und waren nicht auf den Umstand zurückzuführen, daß sie Christen sind, sondern auf die Tatsache, daß sie eine arabische Minderheit bilden. Faßt man den gesamten Nahen Osten ins Auge, so muß unterstrichen werden, daß diese Minorität lediglich der Bruchteil einer riesigen feindlichen Majorität ist, der gegenüber der Staat Israel noch nicht die richtige Einstellung gefunden hat, was durchaus normal ist. Eine solche befriedigende Haltung wird, wie wir hoffen, die erste Frucht des Friedens sein.

Übrigens sind die Gründe, die viele christliche junge Araber zum Verlassen des Landes getrieben haben, durchaus nicht religiöser, sondern wirtschaftlicher Natur. Genauso verhielt es sich auch in Jordanien, wo seit mehreren Jahren ein ähnlicher Exodus festzustellen ist⁵. Diese Auswanderungen sind auf die Tatsache zurückzuführen, daß eine Minderheit (eine arabische Minderheit unter den Juden in Israel oder eine christliche Minderheit unter den Muselmanen in Jordanien) stets unter gewissen Beschränkungen gegenüber der Mehrheit zu leiden haben wird, vor allem in den Ländern mit einer schwachen wirtschaftlichen Entwicklung.

Wollte man übrigens einen Vergleich anstellen zwischen der tatsächlichen religiösen Freiheit der arabischen Chri-

¹ (Der Staat Israel) „ruht auf den Grundlagen der Freiheit, der Gerechtigkeit und des Friedens, wie sie von den Propheten Israels verstanden wurden. Er wird vollkommene Gleichheit sozialer und politischer Rechte für alle seine Bürger, ohne Unterschied des Glaubens, der Rasse oder des Geschlechts wahren. Er wird Glaubens- und Gewissensfreiheit, Freiheit der Sprache, die Erziehung und Kultur garantieren. Er wird die Heiligen Stätten aller Religionen schützen.“

² Die Regierung hat die Absicht bekundet, die Kriegsschäden voll und ganz zu bezahlen. Anm. d. Red. d. FR.

³ s. o. S. 7.

⁴ Lediglich das Problem des *Coenaculum*s erfordert eine besondere Prüfung. Seine Lage auf dem Sion hatte angesichts der Nähe des „Grabes Davids“ seitens der orthodoxen Juden zu Einschränkungen geführt.

⁵ Die Einwohner Bethlehems beispielsweise zählten vor 10 Jahren 75 Prozent Christen, heute aber nur noch 25 Prozent.

sten in Israel und in Jordanien, so würde dieser Vergleich zweifellos zugunsten von Israel ausfallen. Es sei hier nur auf ein gewichtiges Faktum hingewiesen: Jordanien hatte die christlichen Schulen einer Kontrolle des Lehrprogramms und der Schulbücher unterworfen, in Israel aber gab es in den christlichen Schulen nie eine derartige Kontrolle [vgl. u. S. 51].

Dagegen muß nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß man in Israel den sogenannten „Missions“-Schulen mit immer größerer Reserve begegnet, da man – völlig grundlos – ihren angeblich aufdringlichen Bekehrungseifer fürchtet¹ und ihren angeblichen Nutzen in einem recht guten Schulsystem immer weniger einsieht.

Msgr. G. Hakim, der griechisch-katholische Erzbischof von Galiläa², wies in einer französischen Zeitschrift³ auf die meisten hier verzeichneten Fakten hin und kam zu dem Schluß: „Es kann nirgends von einer Einschränkung der religiösen Freiheit die Rede sein: im ganzen Heiligen Land besteht vollkommene Kultfreiheit.“

Wir leben seit mehr als 14 Jahren in Israel und stehen in Verbindung mit zahlreichen jüdischen, arabischen und christlichen Freunden in einem Haus der Dominikaner, das hier mehr und mehr als israelisch angesehen wird. So können wir ganz persönlich Zeugnis ablegen und feststellen, daß wir einer immer größeren Aufgeschlossenheit von seiten der Regierungskreise und der jüdischen Intellektuellen hinsichtlich der Präsenz der Kirche in Israel begegnen. Wir können erklären, daß uns als Christen und Mönchen seitens der israelischen Juden stets Ehrfurcht und Achtung gezollt wurde.

Das ändert allerdings nichts an der Tatsache, daß die Situation der Christen *jüdischer Abstammung* in Israel nach wie vor äußerst schwierig bleibt. Unsere Christen hebräischer Herkunft werden als Renegaten und als Bedrohung der jüdischen Identität des Landes gewertet. Es handelt sich hierbei um eine schwerwiegende Tatsache, die uns zutiefst betrüben muß. Daher bringen wir unser Er-

¹ Ein solcher aufdringlicher Proselytismus fehlt zumindest vollständig bei den katholischen Schulen und den großen protestantischen Kirchen.

² Erzbischof Hakim, seit 1943 Bischof von Ganz-Galiläa, wurde am 22. 11. 1967 von der melkitischen Synode zum Nachfolger des verstorbenen Patriarchen Maximos IV. Saigh gewählt und hat den Patriarchennamen *Maximos V.* angenommen.

³ Informations Catholiques Internationalis, Paris, 1. Juli 1966.

staunen und unseren Kummer hierüber oft und nachdrücklich den aufgeschlossenen Kreisen des Landes gegenüber zum Ausdruck.

Würden jedoch die derzeitigen Ereignisse zu einigen territorialen Änderungen führen, so könnte gerade die Präsenz einer zahlenmäßig stärkeren und weiterentwickelten christlichen Bevölkerung eine heilsame Herausforderung darstellen und den Staat ermahnen, seinen Horizont zu einem echten Universalismus und zu einer liberaleren Gesetzgebung auszuweiten.

Schlußfolgerung

Israel steht heute vor der schweren Aufgabe, zum Wohle aller Einwohner dieser Gebiete zu einem gerechten Frieden zu kommen. Diesen Frieden gab es seit zwanzig Jahren und noch länger nicht. Dieser Friede ist nur dann möglich, wenn Israelis und Araber die gegenseitigen Beschuldigungen – mögen sie gerechtfertigt sein oder nicht –, die durch die früheren oder kürzlichen Ereignisse ausgelöst wurden, überwinden, es vermeiden, sich in die Interessenskonflikte der Großmächte hineinziehen zu lassen und ihre Aufmerksamkeit auf die wirklichen Interessen dieses Gebietes konzentrieren und zusammenarbeiten, um ihnen zu dienen und sie zu fördern.

Der Heilige Stuhl und die traditionell christlichen Völker können wirksame Hilfe im Dienste eines solchen Friedens leisten.

Begegnen sie Israel mit Vertrauen und Verständnis, so können sie ihm helfen, seinen Grenznachbarn und den religiösen und ethnischen Minderheiten in seinem Innern gegenüber mit der Großherzigkeit zu handeln, die man von Israel erwartet und deren es fähig ist. Zugleich können sie den arabischen Ländern mit freundschaftlichen und verständnisvollen Hinweisen helfen, die Unfruchtbarkeit jeder negativen, auf dem Ressentiment beruhenden Haltung einzusehen und ihnen zu verstehen geben, daß sie gerade ihre wohlverstandenen Interessen bewegen müssen, die derzeitige Situation mutig hinzunehmen und im Wirken für eine friedliche und gerechte Zukunft und das Wohlergehen aller loyal mit Israel zusammenzuarbeiten.

Die ersten Nutznießer einer solchen Haltung sind zweifellos die Christen, die in Israel wohnen.

3 Jerusalem und die Heiligen Stätten in israelischen offiziellen Stellungnahmen, dem Statement des Rektors der Al-Azhar-Universität in Kairo, christlichen und anderen Äußerungen zur Lage

Über Jerusalem und die Heiligen Stätten bringen wir die Dokumente der israelischen Regierung nach dem Sechstagekrieg. Auf ein Kommuniqué vom 27. Juni mit dem Gesetz zum Schutz der Heiligen Stätten folgt die Ansprache des Religionsministers *Dr. Wahrhaftig* vom 27. Juni 1967 vor der Knesset anläßlich der Einbringung des Gesetzesentwurfs sowie die Ansprache des Ministerpräsidenten *Eshkol* zum Empfang der Häupter der religiösen Gemeinschaften vom 27. Juni 1967. Ferner bringen wir Äußerungen des israelischen Außenministers *Abba Eban* und seine Rede über Jerusalem vor der UNO-Vollversammlung vom 12. Juni 1967. Es folgen das Statement des Rektors

der Al-Azhar-Universität und evangelische Äußerungen. Wir geben diese Dokumente, die in diesem Zusammenhang in der deutschen Presse noch nicht erschienen sind, in Übersetzung wieder.

Über die Situation der Heiligen Stätten wie auch der christlichen Gemeinschaften in Jordanien vor dem Sechstagekrieg informiert ein aufschlußreicher Beitrag aus dem Londoner „Jewish Observer“.

Schließlich folgen Meldungen zu den im Gang befindlichen Bestrebungen einer Regelung hinsichtlich der Heiligen Stätten zwischen Israel und dem Heiligen Stuhl.

I Israelische Stellungnahmen

a) Jerusalem: *Kommuniqué der israelischen Regierung vom 27. Juli 1967*⁴

1. Seit Tausenden von Jahren ist Jerusalem für das jüdische Volk die Ewige Stadt, der Mittelpunkt für seinen

Glauben, für seine Tradition und seine Sehnsucht. Dies war nicht weniger wahr, als die Judenheit in ihrem eigenen Lande wohnte, wie auch in den Jahrhunderten der

⁴ Hrsg. vom Government Press Bureau, Jerusalem. Aus dem Englischen übersetzt.

Zerstreuung. Dreimal täglich durch die Jahrhunderte hindurch wandte sich der orthodoxe Jude, wo immer er war, im Gebet der Stadt Jerusalem zu, der Heiligen Stadt, deren Heiligkeit zuerst durch seine Tradition und seinen Glauben bestimmt war. „Vergaße ich dein, Jerusalem?“ wurde in der hebräischen Heiligen Schrift postuliert, nur, um als undenkbar zurückgewiesen zu werden.

2. Die Teilung Jerusalems in den vergangenen zwanzig Jahren war unnatürlich, zum Schaden für ihre Einwohner und zum Nachteil für ihre Entwicklung.

Diese Teilung war von Anfang an immer wieder durch Ausbruch von Feindseligkeiten gekennzeichnet, die im Mai 1948 durch das Bombardement der jüdischen Stadtteile durch die Geschütze der arabischen Legion begonnen haben. Die Verluste an Toten und Verwundeten beliefen sich auf viele Hunderte. Religiöse und andere Gebäude wurden beschädigt oder zerstört.

3. Diese Trennung der Stadt in zwei Teile, wobei der eine von dem anderen durch bewaffnete Posten, durch Minenfelder und Stacheldraht getrennt wurde, wurde allgemein und mit Recht als ein geschichtliches Übel angesehen, das Abhilfe erforderte.

Heute ist die Stadt Jerusalem eine Einheit und ungeteilt. Es ist undenkbar, daß sie wieder das wird, was sie war, eine gegen sich selbst geteilte Stadt.

4. Seit den dreißiger Jahren war der größere Teil der Bevölkerung Jerusalems immer jüdisch. Als die Kämpfe von 1948 beendet waren, blieb die Altstadt mit ihren Heiligtümern und geweihten Stätten in jordanischer Hand. Die jordanischen Autoritäten gingen systematisch vor und zerstörten jede jüdische Synagoge, einschließlich der tausend Jahre alten Hurva-Synagoge. Der Zutritt zu der Westmauer des Tempels, an der Juden seit undenklicher Zeit gebetet hatten, war ihnen verwehrt, trotz der besonderen Bestimmung des israelisch-jordanischen Waffenstillstandsabkommens. Der Friedhof am Ölberg, der seit Jahrhunderten die verehrungswürdigste Begräbnisstätte des jüdischen Volkes war, wurde entweiht und seine Grabsteine zerbrochen und verstreut.¹ Sogar den in Israel lebenden Moslems und Christen wurde – wiederum in Zuwiderhandlung des Waffenstillstandsabkommens – von der jordanischen Regierung gleicherweise der Zugang zu den Heiligen Stätten ihres Glaubens verwehrt.

5. Von dem Augenblick an, seitdem die israelische Regierung für die vereinigte Stadt verantwortlich wurde, war es ihr Anliegen, die Heiligen Stätten zu schützen und zu sichern, so daß jeder, der mit den drei großen monotheistischen Religionen Verbundenen in die Lage versetzt wird, dort in Freiheit beten zu können. Ihr Regierungskurs ist in dieser Beziehung klar und unzweideutig. Sie ist bereit, weiterzugehen, und aus Respekt für die Traditionen anderer wäre sie willens, mit den in Frage kommenden religiösen Vertretern die Modalitäten zu besprechen, durch die deren regelmäßige Interessen am besten gesichert werden könnten.

6. Vor zwanzig Jahren war Israel bereit, mit einem Vorschlag der Vereinten Nationen auf Internationalisierung der Stadt zu kooperieren. Die Undurchführbarkeit jenes Vorschlages wurde rasch offenbar. Nicht nur, daß nie ein Übereinkommen über die Form zustande kam – in der

die Internationalisierung durchgeführt werden sollte –, sondern die internationale Gemeinschaft verhielt sich auch völlig passiv, als der arabische Angriff 1948 auf die jüdische Bevölkerung von Jerusalem in Gang gesetzt wurde. Ohne die verzweifelten und schließlich erfolgreichen Anstrengungen der neugebildeten israelischen Armee, die sich einen Weg durch die belagerte Stadt bahnte, wären ihre jüdischen Bewohner, insoweit sie die Geschütze der arabischen Armeen überlebt hätten, wohl vor Hunger und Durst umgekommen. Es war eine traumatische Erfahrung, die das Volk Israel niemals vergessen wird. Nun, nachdem sich der Traum von Jahrhunderten erfüllt hat und eine vereinigte Stadt wieder ein Teil des neugeborenen Israel ist, ist jeder Vorschlag, der sie wieder von ihm trennen will, gänzlich unrealistisch und ungerechtfertigt. In diesem Zusammenhang ist noch zu sagen, daß andere Bemühungen zur Gründung international kontrollierter Gebietseinheiten sich ohne Ausnahme schließlich als erfolglos erwiesen haben. Diejenigen, die eine kurze Zeit bestanden, sind, ohne eine Spur zu hinterlassen, wieder verschwunden.

7. Das Vorgehen der israelischen Regierung als Wächter der Heiligen Stadt wurde von dem israelischen Außenminister in seinen Ansprachen an die Vollversammlung der Vereinten Nationen am 19. Juni 1967 feierlich bestätigt, als er sagte:

„Israel ist entschlossen, in Zusammenarbeit mit den großen Weltreligionen die Unverletzlichkeit und Heiligkeit aller geheiligten Stätten wirkungsvoll zu garantieren.“

Und am 21. Juni 1967:

„Unsere Politik ist die Erhaltung der Einheit Jerusalems, die Hebung seines moralischen und kulturellen Lebens, freier Zugang zu den Heiligen Stätten aller Religionen und eine vollkommene Achtung der religiösen Interessen.“

b) Zur Geschichte der Heiligen Stätten

1 Die christlichen Heiligen Stätten:

Die christlichen Heiligen Stätten waren – außer einer begrenzten Periode – fast dreizehn Jahrhunderte lang unter moslemischer Herrschaft. Fast während dieser ganzen Zeit war die Geschichte der Heiligen Stätten eine Geschichte offener Feindseligkeiten und oft Ursache internationalen Konflikts. Daraus resultierte das Bedürfnis nach einem Kompromiß zwischen den verschiedenen – sowohl religiösen wie nichtreligiösen – Faktoren, die um die örtliche Vorherrschaft kämpften. Das Resultat dieses Kompromisses war der sogenannte *Status quo*, der sowohl von den Kirchen wie auch von den an den Heiligen Stätten interessierten Großmächten angenommen wurde, die alle Rechte und Vorrechte der verschiedenen christlichen Bekenntnisse in bezug auf die Heiligen Stätten festlegten, so wie diese Rechte und Vorrechte sich im Laufe der Jahrhunderte entwickelt hatten.

In neuerer Zeit wird das von Sultan Abdul Mejid erlassene Edikt (Firman²) als die grundlegende Erklärung angesehen, die den *Status quo* von und in den christlichen Heiligen Stätten definiert (s. u. S. 51). Unter dem Vertrag von Paris (1855) unternahmen es die in den Krimkrieg verwickelten Mächte, den „*Status quo Ante Bellum*“ in den Heiligen Stätten in jeder Beziehung aufrechtzuerhal-

¹ Vgl. Desecration. Hrsg.: Ministry for Foreign Affairs, Information Division. Jerusalem, November 1967 (Englisch, französisch und spanisch).

² Das ist das Edikt eines orientalischen Herrschers.

ten. Zwei aufeinanderfolgende von Sultan Abdul Mejid 1868 und 1869 erlassene Firmans bestätigen den Status quo. Im Wiener Vertrag (1878), der den Russisch-Türkischen Krieg beendete, wurde spezifiziert, daß ohne Zustimmung der unterzeichneten Mächte an dem Status quo nichts geändert werden sollte.

Nach dem Ersten Weltkrieg, der die Heiligen Stätten unter die Kontrolle einer christlichen Macht brachte, wurde die Lage der Heiligen Stätten aufrechterhalten. In das Palästina-Mandat wurde eine Klausel eingefügt, die die Konstitution einer Kommission der Heiligen Stätten vorsah. Die Zusammensetzung der Kommission erwies sich jedoch unter den christlichen Mächten als ein Hindernis, und die Kommission kam niemals zustande (s. u. S. 51).

Die christlichen Heiligen Stätten, die durch den Status quo und seine allgemeinen Grundsätze berührt wurden, sind:

1. Das Heilige Grab mit allem, was dazu gehört. 2. Das Deir al Sultan.¹ 3. Die Himmelfahrtsstätte. 4. Das Grab der Jungfrau Maria. 5. Die Geburtskirche. 6. Die Milchgrotte und das Hirtenfeld bei Bethlehem unterstehen im allgemeinen auch dem Status quo.

2 Die moslemischen Heiligen Stätten:

Die moslemischen Heiligen Stätten waren seit Ende der Kreuzzüge unter der Kontrolle der moslemischen Mächte, und ohne widerstreitende Riten gab ihre Lage zu keinen besonderen Schwierigkeiten oder Konflikten Anlaß. Es ist jedoch zu bemerken, daß israelische Moslems durch die jordanischen Autoritäten von ihren Heiligen Stätten ausgeschlossen waren.

3 Die jüdischen Heiligen Stätten:

Die heiligste aller jüdischen Heiligen Stätten, die Kotel ma'aravi (die Westmauer oder „Klagemauer“) liegt in der Altstadt. Von jeher, seit Zerstörung des Tempels durch die Römer im Jahre 70, hatten Juden im allgemeinen Zutritt zu dieser allerheiligsten Stätte. Jedoch seit 1948 gaben die jordanischen Autoritäten den Juden (und nicht nur den Juden israelischer Nationalität) keine Erlaubnis zum Besuch ihrer Heiligen Stätten. Dies war eine offenkundige Verletzung der Waffenstillstandsbestimmungen, die „freien Zutritt zu den Heiligen Stätten und kulturellen Einrichtungen und die Benutzung des Friedhofes am Ölberg“ zusicherten. Überdies wurden – in der Zeit unter jordanischer Herrschaft – Gebetsstätten (z. B. alle 36 Synagogen – bis auf eine – in dem jüdischen Stadtteil der Altstadt) und der alte jüdische Friedhof am Ölberg zerstört oder erlitten beträchtlichen Schaden sowie absichtliche Entweihung [s. o. S. 42 Anm. 1].

Der israelische Außenminister bestätigte das Vorgehen der israelischen Regierung in seiner Ansprache formell vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 19. Juni 1967, als er sagte:

„Israel ist entschlossen, in Zusammenarbeit mit den großen Weltreligionen die Unverletzlichkeit und Heiligkeit aller Heiligen Stätten wirkungsvoll zu garantieren“ (s. o. S. 33).

Dieses Vorgehen hat jetzt in dem „Gesetz zum Schutz der Heiligen Stätten, 5727 – 1967“ seinen gesetzlichen Ausdruck gefunden. Der Text ist, wie folgt, beigefügt.

¹ Deir al Sultan ist ein Kloster, das sich auf dem Dach der Grabeskirche über der Kapelle der Hl. Helena befindet.

c) Das Gesetz zum Schutz der Heiligen Stätten 1967²

(Von der Knesset angenommen am 27. Juni³)

1. Die Heiligen Stätten sollen vor Schändung und anderen Gewalthandlungen sowie vor allem, was den freien Zugang der Mitglieder verschiedener Religionen zu den Orten, die ihnen oder ihrem Empfinden heilig sind, gefährdet, geschützt werden.
2. a) Wer diese Stätten entheiligt oder in irgendeiner Weise verletzt, wird mit Gefängnis bis zu 7 Jahren bestraft.
b) Jede Person, die irgend etwas tut, was den freien Zugang zu einer Heiligen Stätte beeinträchtigen oder die Gefühle von irgend jemanden verletzen könnte, dem diese Stätte heilig ist, wird mit Gefängnis bis zu 5 Jahren bestraft.
3. Dieses Gesetz soll jedem anderen Gesetz beigefügt werden und nicht von der Regel abgehen.
4. Der Minister für religiöse Angelegenheiten wird mit der Durchführung dieses Gesetzes beauftragt, und nach Beratung mit oder auf Vorschlag von Vertretern der betroffenen Religionen und mit Zustimmung des Justizministers kann er Anordnungen in bezug auf jede Sache geben, die sich auf solche Durchführung bezieht.
5. Dieses Gesetz tritt in Kraft mit dem Datum seiner Annahme durch die Knesset.

d) Ansprache des Ministers für religiöse Angelegenheiten vom 27. Juli 1967 vor der Knesset über das Gesetz zum Schutz der Heiligen Stätten 1967⁴

Diese besondere Gesetzgebung wurde in allen ihren drei Lesungen im israelischen Parlament am 27. Juni 1967 angenommen und trat sofort in Wirkung. Bei der Einbringung des Entwurfs sagte Dr. Wahrhaftig: »„Das Land Israel ist das Heilige Land, ein Land, in dem Stätten sind, die von allen monotheistischen Religionen der Welt verehrt werden. So gibt es in diesem Lande unserer Väter manchen Schrein, der dem Judentum heilig ist; in der Tat ist der Judenheit das ganze Land heilig. Aber für die Judenheit im besonderen gibt es Stätten von unvergleichlicher Heiligkeit. Zehn Heiligtümer, sagt die Mischna, stiegen auf das Land Israel nieder, und Jerusalem ist durch acht solcher Stätten ausgezeichnet. Im Mittelpunkt von Jerusalem ist die Westmauer, und wie unsere Weisen sagen, hat die göttliche Gegenwart diese Mauer nie verlassen. Wie es im Hohelied geschrieben steht: Siehe, Er steht hinter unserer Mauer.“

Im Lande Israel sind Stätten, die der Christenheit nicht weniger heilig sind und auch den Kirchen der Christenheit. Und Stätten heilig dem Islam. Mit den Worten des Propheten Micha: „Mögen denn alle Völker noch gehen jeder im Namen seines Gottes, wir aber gehen in Seinem, unseres Gottes Namen auf Weltzeit und Ewigkeit!“ [Micha 4, 5].

² In: Christian News from Israel (XVIII/1-2), Juli 1967, p. 19 sq.

³ Jedioth Chadashot vom 30. 6. 1967: Zusätzlich zu dem von der Knesset erlassenen Gesetz zum Schutze der Heiligen Stätten werden die Beratungen mit den Vertretern der Religionsgemeinschaften im Lande und in der Welt fortgesetzt, um den religiös-universalen Charakter der Heiligen Stätten sicherzustellen.

⁴ In: „Christian News from Israel“ a. O. p. 18 sq.

Achtung vor den Heiligen Stätten und ihr Schutz sind Eigenschaften jeder zivilisierten Nation. Achtung vor den Heiligen Stätten und ihr Schutz ist vorbildliche und leuchtende Tradition des jüdischen Volkes und des Staates Israel. Es gibt einen Satz im Leviticus, der sagt, „... daß er nicht zu jeder Zeit an den heiligen Ort kommt...“ Oberrabbiner Abraham Isaac Kook, gesegneten Andenkens, hat dies so interpretiert: „Wir werden die Haltung der Ehrerbietigkeit und des Respekts ganz zum Ausdruck bringen, indem wir uns in Abstand halten und auf die Nähe verzichten...“, so daß wir uns einer Heiligen Stätte gegenüber nicht unheilig verhalten, unsere Weisen haben uns davon zurückgehalten, daß wir uns ihr nähern, und seht, wir stehen voller Ehrfurcht weit entfernt und erwarten die Gnade des Allmächtigen. Wer wird unsere Tage voller Erbarmen wiederherstellen und uns mit dem Licht einer vollen Erlösung erleuchten und uns den Segen der vollkommenen Reinigung gewähren?“

Wenn wir die richtige Lehre lernen sollen und den richtigen Schluß aus diesen Worten ziehen, so ist es unsere Pflicht, unsere Öffentlichkeit und uns selbst zu erziehen, daß wir Achtung empfinden und zeigen und voller Ehrfurcht von der jede Heilige Stätte umgebenden Heiligkeit entfernt stehen.

In den 19 Jahren seiner Erneuerung hat der Staat Israel bewiesen, daß er die Heiligen Stätten aller Gläubigen achtet und um ihre Wohlfahrt und ihren Frieden aufs äußerste bemüht ist. Gerade vor vierzehn Tagen hat der Ministerpräsident auf einer Versammlung mit den Häuptern aller Glaubensgemeinschaften angekündigt, daß der Staat die Art und Weise des Schutzes der Heiligen Stätten aufrechterhalten werde und zu vervollkommen sucht. Mit Bezug darauf gründet sich die Verfahrensweise des Staates auf drei Grundsätze: Erstens wird der vollkommenste Schutz vor Entweihung den Heiligen Stätten ohne Ausnahme garantiert, und keine Beleidigung der Gefühle der Andächtigen wird geduldet werden. Zweitens wird der freie Zugang zu allen Heiligen Stätten den Anhängern jeder Glaubensgemeinschaft zugesichert: „Wie geschrieben steht, ist die Erde und ihre Fülle des Herrn“, und es darf keine Grenze oder Barrieren geben, um jemanden an der ungestörten Ausübung seiner religiösen Andachten und Vorschriften zu hindern. Drittens wird die innere Verwaltung jeder Heiligen Stätte in den Händen der verantwortlichen Autorität der Glaubensgemeinschaft liegen, für die sie heilig ist.

Mit der Annahme dieses Gesetzes werden sich die Worte des Propheten Isaias wirklich erfüllen:

„... die an meinem Bund Festhaltenden, sie lasse ich kommen zum Berg meines Heiligtums, sie heiße ich sich freuen in meinem Haus des Gebets, ihre Darhörungen und ihre Schlachtmahle seien zu Begnadung auf meiner Schlachtstatt: denn mein Haus, das Haus des Gebets, wird es gerufen werden bei allen Völkern.“¹

e) Der Ministerpräsident empfängt die Häupter der religiösen Gemeinschaften in Jerusalem

Am 27. Juni hieß der Ministerpräsident Levi Eshkol 41 an führender Stelle für die Religionsgemeinschaften stehende Persönlichkeiten in seinem Jerusalemer Amts-

¹ Is. 56, 7. Übersetzung nach: Bücher der Kündigung. Verdeutscht von Martin Buber in Gemeinschaft mit Franz Rosenzweig. Köln 1958. S. 176 f.

sitz willkommen, unter ihnen die beiden Oberrabbiner Israels, den griechisch-orthodoxen, den lateinischen und armenischen Patriarchen und den Groß-Mufti von Jerusalem. Er hielt ihnen die folgende Ansprache:

Ich begrüße Sie herzlich, Häupter und Vertreter der religiösen Gemeinschaften des Landes, hier in Jerusalem, der Hauptstadt Israels.

Es freut mich, Ihnen mitteilen zu können, daß die Heiligen Stätten in Jerusalem jetzt allen offenstehen, die dort beten möchten – den Mitgliedern aller Glaubensgemeinschaften, ohne jegliche Diskriminierung. Die Regierung von Israel hat es sich zum vornehmsten Grundsatz ihrer Verfahrensweise gemacht, die Heiligen Stätten zu schützen, ihren religiösen und universalen Charakter zu sichern und freien Zugang zu garantieren. Durch regelmäßige Beratungen mit Ihnen, Häupter der Gemeinschaften und mit den von Ihnen Bestimmten, werden wir dieses Verfahren auf der geeigneten Ebene zu diesem Zweck fortsetzen und darauf achten, daß es auf das allergenaueste ausgeführt wird. Ich hoffe, daß Sie in diesen Beratungen so frei sein werden, Ihre Vorschläge vorzubringen, da die von mir erwähnten Ziele gewiß auch Ziele sind, die wir gemeinsam teilen. Jeder derartige Vorschlag wird seine volle und verständnisvolle Beachtung finden.

Es ist unsere Absicht, die innere Verwaltung und die Anordnungen für die Heiligen Stätten den geistlichen Führern der Gemeinschaften anzuvertrauen, denen sie jeweils angehören: die Aufgabe der Durchführung des erforderlichen Verfahrens liegt in der Hand des Ministers für religiöse Angelegenheiten. Aus den Schrecken eines Krieges, der in aller Offenheit unternommen wurde, um den Staat Israel auszulöschen, ist eine Situation hervorgegangen, die voller Hoffnung ist und von fast unbegrenzten Möglichkeiten für die Völker unseres Gebietes – vorausgesetzt, daß der Wille auf allen Seiten besteht, den Haß der Vergangenheit über Bord zu werfen und gemeinsam zu beginnen, eine bessere Zukunft zu bauen.

Die uns so gegebene, von Gott gesandte Gelegenheit darf nicht verspielt werden. Viele von uns in den verschiedenen Lebenslagen werden sich aufgerufen fühlen, das Ihre zur Erreichung jener Harmonie und Bruderschaft zu tun, die für eine friedliche Regelung der israelisch-arabischen Schwierigkeiten so wesentlich sind.

Gewiß ist der Wunsch nach Frieden und einem besseren Leben für die Menschheit dem Geist aller großen hier vertretenen Religionen gemeinsam.

Seine Seligkeit, *Benedictos*, der griechisch-orthodoxe Patriarch, antwortete wie folgt:

„Wir haben mit Freude von dem freien Zugang zu allen Heiligen Stätten gehört, und wir wissen Ihre gütigen Worte tief zu würdigen. Ich glaube, daß ich für alle meine Brüder und die, die wie ich die gleiche Aufgabe an leitender Stelle haben, heute abend hier spreche, wenn ich sage, daß wir mit dem Verhalten der israelischen Armee zufrieden waren. Alle ihre Leute haben uns Freundlichkeit und die Bereitschaft erwiesen, uns hilfreich zu sein. Jeder hat den Heiligen Stätten und Kirchen Respekt erwiesen. Als geistliche Leiter von Religionsgemeinschaften ist es unsere Pflicht, Gott den Allmächtigen anzuflehen, uns Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit des Gottesdienstes zu gewähren... Wir sind glücklich und dankbar, daß die israelische Armee die Heilige Stadt respektiert hat, unsere Klöster, Kirchen und unsere religiösen Einrichtungen.

Lassen Sie uns hoffen und beten, daß Gott uns seinen Frieden schenken wird und uns allen den guten Willen.“ Der Mufti von Jerusalem, Sheikh Sa' ad-E-Din el-Alami, der arabisch sprach, dankte dem Ministerpräsidenten und bat, daß die Gebetszeiten für die moslemischen Gläubigen in der El-Aksa-Moschee auf alle Wochentage ausgedehnt werden. Der Ministerpräsident versprach, die Bitte schnellstens zu behandeln.

Oberrabbiner *Unterman* betonte, daß Jerusalem seit Jahrhunderten bekannt sei als „Die Stadt des Friedens“ und zitierte aus dem Psalm 122:

„Jerusalem, erbaut als eine Stadt, die in sich verfügt ist, da hinauf dort die Stämme ziehen, die Stämme des Herrn.“¹

Er sprach die zuversichtliche Hoffnung aus, „daß Jerusalem nicht nur die Hauptstadt Israels bleiben würde, sondern auch ein Mittelpunkt der Welt für Bruderschaft und inner-religiösen Frieden werden möge. Die Prophezeiung wird sich zuerst in Jerusalem erfüllen, daß „nicht hebt mehr Stamm gegen Stamm das Schwert, nicht lernen sie fürder den Krieg“², sagte er. „Laßt uns nun alle in Eintracht, Frieden und gegenseitigem Verständnis leben, so daß wir helfen mögen, die Erlösung herbeizuführen, auf die alle warten.“

Der Minister für religiöse Angelegenheiten versicherte die religiösen Führer, daß er ihnen voll und ganz und jederzeit für irgendwelche Anregungen und Wünsche für weitere Verbesserungen von religiösen Vorgängen und Gebäuden in Jerusalem zur Verfügung stehen würde. Die Liste der führenden religiösen Würdenträger, die der Versammlung bei dem Ministerpräsidenten beiwohnten:

Seine Seligkeit Benedictos	– Griechisch-orthodoxer Patriarch
Exzellenz Augustin Sepinsky	– Apostolischer Delegat für das Heilige Land
Seine Seligkeit Alberto Gori	– Lateinischer Patriarch
Exzellenz Yeghishe Derderian	– Armenischer Patriarch
S. Paternität Lino Capiello	– Franziskanischer Kustos vom Heiligen Land
Exzellenz Basilius	– Koptischer Erzbischof
Exzellenz Hilarion Capudji	– Griechisch-katholischer Erzbischof
Exzellenz Luca Shaja	– Syrisch-orthodoxer Erzbischof
Exzellenz Najib Cuba'-in	– Anglikanischer episkopalischer (arabischer) Bischof
Exzellenz Joseph	– Äthiopischer Bischof
Pfarrer Hans Georg Köhler	– Lutherischer Propst
Sheikh Hilmi El-Muhtasib	– Mitglied des Sharia, des Hohen Gerichtshofes
Sheikh Sa' ad-E-Din el-Alami	– Mufti von Alt-Jerusalem
Sheikh Said Sabri	– Kadi von Alt-Jerusalem
Herr Hassan Tahbub	– Direktor von Awqaf
Sheikh Mustafa El-Ansari	– Kustode der El-Aksa-Moschee

¹ In: Neues Psalmenbuch, 1. Folge. Übersetzung von Arnold Maria Goldberg. Hrsg. von Helmut Hücke, Erhard Quack, Karlheinz Schmidt-hüs, Christophorus Verlag Herder 1966, S. 62 f. (Ps. 121 [122]).

² Is. 2, 4. a. O. S. 13.

f) Antwort des israelischen Außenministers Abba Eban auf den Brief des UNO-Generalsekretärs U Thant vom 5. Juli 1967 zum „Problem Jerusalem“³

... Die israelische Regierung nimmt die Gelegenheit der Beantwortung Ihres Schreibens wahr, um die letzten Entwicklungen in der Stadt zusammenzufassen.

In Folge der Aggression von 1948 stand der Teil Jerusalems, in dem die Heiligen Stätten liegen, während 19 Jahren unter einer Regierung, die sich geweigert hat, auf religiöse Belange in irgendeiner Weise Rücksicht zu nehmen... Die jordanische Regierung gab dem politischen Sonderausschuß bei der 4. und 5. Sitzung der Vollversammlung am 6. Dezember 1949 und am 11. Dezember 1950 bekannt, daß sie nicht bereit sei, irgendwelchen Sonderregelungen bezüglich der Heiligen Stätten zuzustimmen. Zu dieser Haltung nahm der damalige Präsident des Sicherheitsrats, Roger Garreau, in seinem Bericht vor der Vollversammlung am 4. April 1950 Stellung:

„... Mit größtem Bedauern muß ich feststellen, daß bis zum gestrigen Tag, dem letzten meiner Amtszeit als Präsident des Sicherheitsrats, die königliche Hashemiten-regierung in Jordanien es nicht für nötig gehalten hat, ihr Schweigen zu brechen... Die israelische Regierung bewies ihre Bereitschaft zur Verständigung, indem sie dem Sicherheitsrat neue und annehmbare Vorschläge unterbreitete, die einen beachtenswerten Fortschritt für eine Regelung hinsichtlich der Frage der Heiligen Stätten in Jerusalem bedeuten könnten...“

Am 5. Juni 1967 setzten jordanische Truppen zu einem grundlosen und grausamen Angriff auf den Teil Jerusalems, der außerhalb der Mauer liegt, an. Dieser Angriff wurde ausgeführt ungeachtet Israels Appellen an Jordanien, von Feindseligkeiten abzusehen.^{4 5} Viele Bürger Jerusalems wurden getötet, Hunderte verletzt.

Das Geschützfeuer richtete sich gegen Synagogen, die heilige Grabeskirche, Krankenhäuser, religiöse und staatliche Schulen, auf die Hebräische Universität und das Israel-Museum. Insbesondere wurden Behörden und Wohnzentren beschossen aus Stellungen in oder nahe bei den Heiligen Stätten selbst, die sich dadurch in militärische Stützpunkte zur Beschießung Jerusalems verwandelten. Seit dem 7. Juni herrschen in der ganzen Stadt Frieden und Einheit. Die Heiligen Stätten aller Religionen sind für alle die geöffnet, die sie in Ehren halten.

*

³ Israel Bulletin 2'17, Bad Godesberg, 27. 7. 1967.

⁴ Botschaft Premierminister Eshkols an König Hussein von Jordanien am Morgen des 5. Juni

„Wir werden keinerlei Aktion gegen Jordanien ergreifen. Wenn aber Jordanien die Feindseligkeiten eröffnet, werden wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln antworten, und auf Jordanien wird die volle Verantwortung für alle sich daraus ergebenden Konsequenzen liegen.“

⁵ Radio Amman am 5. Juni: Der Premierminister von Jordanien

„... Dies ist die größte Stunde unserer Geschichte. Wir führen einen Krieg um Heldentum und Ehre. Mit allen Waffen unseres Volkes gegen den gemeinsamen Feind. Lange haben wir auf diesen Krieg gewartet, der unsere Schande auslöschen wird.“

Die Resolution, die am 4. Juli von Pakistan abgegeben und am 5. Juli verlesen wurde, befaßt sich mit den Maßnahmen, die von der israelischen Regierung am 27. Juni 1967 ergriffen worden waren. Der Begriff „Annektion“, der von den Unterzeichnern der Resolution gebraucht wurde, ist nicht gerechtfertigt. Die Schritte wurden unternommen allein zum Zwecke verwaltungsmäßiger Integration der Altstadt Jerusalems, und sie haben die rechtliche Grundlage zum Schutz der Heiligen Stätten in Jerusalem geschaffen. Ich werde im Folgenden den Charakter und den Erfolg dieser Maßnahmen kurz erläutern . . . (s. o. S. 43 Gesetz zum Schutz der Heiligen Stätten).

g) Die Vereinigung der Stadt Jerusalem

Am 28. Juni übergab der Innenminister, Herr Moshe Shapiro, dem Oberbürgermeister von Jerusalem, *Teddy Kollek*, eine Verwaltungsverordnung, die die Grenzen Jerusalems erweiterte, so daß die Altstadt einbezogen wurde. Nach dem Verzeichnis der Verordnung werden sich die östlichen Grenzen der Stadt bis zu einer Linie ausdehnen, die den Mt. Skopus einschließt, den Ölberg und das Dorf Abu Adudis, im Südosten von Jerusalem; im Süden bis zu 500 Meter von Bethlehem entfernt, ohne Einschluß von Rachels Grab; und im Norden bis zu einer Linie, die den Flugplatz von Atarot (Kalandia) einschließt. Die beiden Stadtverwaltungen werden zusammengeschlossen.¹

Am 29. Juni, um 12 Uhr mittags, fiel die Grenze zwischen dem Alten und dem Neuen Jerusalem. Der Zutritt zu allen Teilen der wiedervereinigten Stadt stand allen offen, und Tausende von Bewohnern jeder Seite – Juden, Moslems und Christen, Laien und Geistliche – bewegten sich wieder einmal überall in Freiheit.

„Jedioth Chadashot“ vom 30. 6. 1967 berichtet darüber: (Jerusalem SBC) – Drei Wochen und einen Tag nach der Befreiung der Jerusalemer Altstadt fielen gestern (29. 6.) mittag, 12 Uhr, die letzten Barrieren zwischen beiden Teilen der Stadt, und ein ungeheurer Strom von israelischen Besuchern ergoß sich in die Altstadt und umgekehrt von Arabern in die Neustadt.

Schon vor 12 Uhr mittags bildeten sich an den Übergängen lange Warteschlangen, und einzelnen gelang es schon vor der Mittagsstunde, die bisherigen Grenzen zu überschreiten. In der Neustadt zogen Gruppen von Arabern wie Touristen durch die Straßen, erkundigten sich nach alten Nachbarn und Bekannten und nahmen in den Stadtteilen Katamon, Bakaa usw. ihre alten Häuser in Augenschein.²

¹ Die Vereinigung der Hauptstadt des Staates Israel mit der Altstadt von Jerusalem wurde am 27. Juni 1967 durch rasche und fast einmütige legislative Arbeit der Knesset vorbereitet und formell untermauert. Die Regierung erhielt vom Parlament die allgemein gehaltene Ermächtigung, den Teil Jerusalems, der bisher nicht zum Wirkungsbereich der (israelischen) Stadtgemeinde Jerusalems gehörte, auf dem Verordnungswege mit dieser zu verbinden. – Die Gesetzesvorschläge wurden mit großer Mehrheit angenommen. (Aus: „Jedioth Chadashot“, 28. 6. 1967.)

² Die israelischen Hausfrauen luden die arabischen Hauseigentümer zum Kaffee ein und informierten sie, wo sie die durch die Jahre hindurch deponierten Mieten in Empfang nehmen konnten. Diese waren im Laufe der Jahre bezahlt worden bei dem „Custodian of Abandoned Property“, der sie als Treuhänder für die in der Altstadt oder im übrigen Jordanien so lange abgeschnittenen Hauseigentümer treuhänderisch verwaltet hatte.

In den Restaurants und Cafés sah man viele arabische Gäste. Vor der Hauptpost hatte ein fliegender Händler mit arabischen Süßigkeiten seinen Stand errichtet. In den Basarstraßen der Altstadt drängten sich Zehntausende, die Geschäfte wurden zum Teil direkt ausverkauft . . .

In der Neustadt bemerkte man zahlreiche Autos mit arabischen Nummernschildern. In der Altstadt konnten Autos wegen der engen Straßen nicht verkehren, so daß sich lange Schlangen an den Übergängen bildeten. Die arabische Bevölkerung zeigte sich außerordentlich freundlich.

Zahlreiche Autos mit Bewohnern der Jerusalemer Altstadt fuhren auch nach Ramle, Jaffa, Taibe und in andere israelische Städte auf Verwandtenbesuch.

Der Sprecher der Jerusalemer Stadtverwaltung gab bekannt, daß man unverzüglich an den Austausch der Straßenschilder herantreten wird, um die Straßennamen auch in arabischer Sprache zu beschriften.

b) Über 15 000 Moslems versammelten sich am 30. Juni 1967 in Jerusalem zu den Freitags-Gottesdiensten

Am 30. Juni, am zweiten Freitag nach Wiederaufnahme der Gottesdienste, versammelten sich über fünfzehntausend Moslems aus Israel und vom Westufer zum Gebet auf den Plätzen der El-Aksa-Moschee und des Felsendoms in Jerusalem.

Unter den Gläubigen in der El-Aksa-Moschee waren der Iman Abdul Karim Ghazali, der Sekretär des Kongresses aller Moslems von Sierra Leone, *Scheik Kamoligaya von Uganda* und Pilger aus Dahomey.

Bei dieser Gelegenheit konnten Tausende israelischer Moslems ihre Verwandten vom Westufer treffen, nach neunzehn Jahren der Trennung.³

i) Israelische Christen am 25. Juni 1967 erstmals wieder am Heiligen Grab

Tausende von Christen aus Israel und aus Westjordanien drängten sich am 25. Juni 1967 zu den Sonntagsgottesdiensten in die in der Altstadt gelegene Grabeskirche. Griechisch-orthodoxe, lateinische, armenische, koptische und syrisch-orthodoxe Bischöfe zelebrierten, jeder – gemäß dem Status quo – an seinem Altar. Unter den Besuchern waren Mütter mit Babys auf dem Arm, die sie in der Heiligen Stadt taufen lassen wollten.

Neunzehn Jahre lang hatten israelische Christen unter der jordanischen Jurisdiktion das Mandelbaumtor nur zweimal im Jahr durchqueren können, um den Gottesdiensten zu Weihnachten und zu Ostern beizuwohnen und auch dann nur in ganz beschränkter Zahl.⁴

³ In: „Christian News from Israel“ a. O. p. 20/21.

⁴ Nach: Israel-Bulletin (2/16), Bad Godesberg, 12. 6. 1967.

k) Abba Eban: Jerusalems Einheit und die Welt

Aus der Erklärung des israelischen Außenministers in der UNO-Vollversammlung vom 12. Juli 1967

Unter Vorlage des vollen Original-Textes in französischer Sprache bringen wir den in der deutschen Übersetzung leicht gekürzten Text aus dem „Israelitischen Wochenblatt“ (67/30), Zürich, vom 28. Juli 1967 unter der dort veröffentlichten Überschrift.

Erstmals besteht nun eine greifbare Aussicht, daß bei den Heiligen Stätten, welche Jerusalem seine universelle Bedeutung verleihen, der Anspruch auf ausschließende und einseitige Kontrolle durch eine ausgehandelte Vereinbarung ersetzt werden kann, welche den universellen Charakter der Heiligen Stätten sichern wird. Zum ersten Mal zeichnet sich eine solche Möglichkeit ab. Niemals seit Menschengedenken wurden irgendwelche Maßnahmen von seiten irgendeiner Regierung in dieser Gegend eingeleitet, welche die Heiligen Stätten ihrer alleinigen und einseitigen Kontrolle entziehen würden. Und daher ist die Erklärung von größter Bedeutung, nicht nur in der Geschichte unserer Religion, sondern in der Geschichte der Menschheit, und diese Auffassung ist im Brief der israelischen Regierung ausdrücklich festgehalten – nicht als ein abstraktes Prinzip und nicht als Punkt in einer polemischen Auseinandersetzung. Die Erklärung muß gelesen werden vor dem Hintergrund eines aufbauenden und ins einzelne gehenden Dialoges, welcher jetzt mit denjenigen eingeleitet wird, welche am engsten und am aufrichtigsten betroffen sind – betroffen nicht von unfruchtbaren politischen Auseinandersetzungen, sondern durch die höheren universellen und geistigen Interessen der Menschheit. Es ist eine Tatsache, daß erstmals seit zwanzig Jahren jeder Christ, jeder Moslem und jeder Jude aus jedem Lande der Welt Zutritt zu den Heiligen Stätten seines Glaubens erhalten kann. So war die Lage keineswegs in den vergangenen zwanzig Jahren, als der älteste der heiligen Orte Jerusalems dem jüdischen Zutritt versperrt war und ebenso dem Zutritt von Moslems und Christen aus Israel.

Aber neben den Maßnahmen, welche sie im Rahmen ihrer eigenen Verantwortung zur Sicherung und Unversehrtheit der Heiligen Stätten und für den freien Zutritt zu diesen ergriffen hat, ist meine Regierung in Diskussionen eingetreten, um die allgemeine Verantwortlichkeit in Verbindung mit den Heiligen Stätten zu formulieren. Diese Diskussionen haben alle religiösen Interessen in der Welt einbezogen oder werden sie einbeziehen, welche Jerusalem seine besondere Stellung verleihen. Einige Aspekte dieses Dialoges sind bereits veröffentlicht worden. So zum Beispiel eine gemeinsame Erklärung über Gespräche zwischen dem israelischen Ministerpräsidenten und dem vatikanischen Unterstaatssekretär für besondere Angelegenheiten, eine Erklärung, welche nicht nur die Herzlichkeit und das gegenseitige Verständnis festhält, von welchem dieser Kontakt getragen war, sondern auch „die Diskussion verschiedener möglicher Formulierungen im Hinblick auf eine befriedigende Lösung der wichtigen Frage der Heiligen Stätten“ [s. u. S. 52]. In diesem Kommuniqué wird auch festgestellt, daß „die Gespräche fortgesetzt werden“. Und andere Gespräche in gleichem Sinn werden mit Vertretern anderer großer Weltreligionen geführt werden. Es ist das Ziel unserer Politik, daß nicht nur die christlichen und die jüdischen Heiligen Stätten, sondern auch die El-Aksa-Moschee in die Anwendung jener Formel einbezogen wird, welche ich hier definiert habe, nämlich, daß alle

Heiligen Stätten aller Religionen unter die Verantwortlichkeit jener religiösen Interessen gestellt werden sollen, für die sie heilig sind.

Gespräche aller Religionen

Jeder, der mit historischer Vorstellungskraft begabt ist, sollte die Wichtigkeit dieses ersten tatsächlichen Versuches zur Lösung eines Problems erkennen, das, trotz mancher Resolutionen und Erklärungen, während zwei Jahrzehnten in Immobilismus gehalten worden ist. Wir finden daher ein Element der Erneuerung in der Aussicht, welche sich heute öffnet. Ich habe gesagt, daß das nun eingeleitete Gespräch alle Religionen einschließt oder einschließen wird, die Heilige Stätten in Jerusalem haben. Wenn dieses Unternehmen erfolgreich sein wird, so würde dem internationalen Leben eine neue Dimension beigelegt werden, und der Beweggrund, welcher die Vereinten Nationen dazu geführt hat, ihr besonderes Interesse an Jerusalem zu zeigen, würde erstmals eine tatsächliche Befriedigung finden.

Und während nun all dies im Gange ist, zusammen mit einem neuen Impuls von Brüderlichkeit und Nachbarschaft und Zwiegespräch zwischen den Bürgern Jerusalems, tritt der pakistanische Vertreter auf die Szene mit einer Formel, welche geeignet ist, jede Aussicht zu verunmöglichen oder doch zu behindern, daß Jerusalem in Einheit, Frieden und geistiger Erhabenheit gedeihe. Dies ist ein *parteiischer* Resolutionsentwurf, der durch die politischen Interessen der Araber inspiriert ist. Ursprünglich wurde er am 4. Juli vorgelegt, ohne jede Analyse oder Kritik seines Textes, inmitten der Beanspruchung der Vollversammlung durch andere Gegenstände. Der Entwurf sprach von Maßnahmen zur Nichtigkeitsklärung, ohne auch nur den geringsten Versuch zur Darlegung oder zur Definition, was solche Maßnahmen sein sollten. Die Maßnahmen betreffen aber *eine* Sache und eine Sache *allein*, nämlich: daß Jerusalems Bürger in Frieden zusammenleben sollten, anstatt eines Lebens in der Trennung und Feindseligkeit, und daß Juden und Araber in täglicher Verbindung und in täglichem Zwiegespräch leben sollten, anstatt des Gegenüberstehens an Stacheldraht und Minenfeldern.

Daher sollten die Vereinten Nationen, so scheint es mir, reiflich und gründlich erwägen, bevor der Eindruck erweckt werden könnte, als bevorzugten sie die alte Trennung und Feindseligkeit gegenüber der neuen Einheit im Frieden. Es wäre falsch, die Fortführung des Dialogs mit den universellen religiösen Interessen zu behindern, eines Dialogs, welcher sehr wohl eine einverständliche Grundlage für den Ausdruck eines universellen Belanges sein könnte.

Der Vertreter, welcher diese Debatte eröffnet hat, hat seine „Bestürzung“ zum Ausdruck gebracht. Bedauerlicherweise wird in diesem wie in so manchen anderen Fällen ein „Bestürztsein“ willkürlich ausgedrückt. Ich habe den Ausdruck der Bestürzung von seiten des Vertreters von Pakistan nicht gehört, als im Mai 1947 jordanische Kanonen Tod und Verderben auf die Straßen Jerusalems niederregnen ließen. Ich habe keinen Ausdruck der Bestürzung vernommen, als die Stadt im Jahre 1948 bis an die Schwelle des Verhungerns und Verdurstens be-

lagert wurde. Ich habe nichts dergleichen gehört, als Jordanien, unter Mißachtung einer ausdrücklichen Resolution des Sicherheitsrates, welche den jordanischen Streitkräften den Zutritt nach Jerusalem völlig verwehrt hatte, die Stadt militärisch besetzte und sie im Jahre 1950 nach der Unterzeichnung des israelisch-jordanischen Waffenstillstandsabkommens auf Grund einer einseitigen Maßnahme annektierte.

Ich hörte nichts von einer solchen Bestürzung, als Jordanien sich weigerte, irgendwelche besonderen internationalen Interessen an den Heiligen Stätten anzuerkennen, als Jordanien durch den Präsidenten des Treuhandschaftsrates für seine Weigerung kritisiert wurde, Vorschläge betreffend die internationalen Interessen an den Heiligen Stätten zu unterbreiten. Ich hörte nicht *einen* Aufschrei der Bestürzung aus der ganzen Welt, als Jordanien in einer Orgie des Hasses alte Synagogen der Altstadt zerstörte.¹ Kein Organ der Vereinten Nationen drückte irgendwelche Bestürzung aus, als Jordanien während zwanzig Jahren jeden Zutritt zu der ältesten und am meisten verehrten Heiligen Stätte verweigerte, der Westmauer; und kein Aufschrei der Bestürzung war vernehmbar, als die Grabsteine vom Ölberg zur Errichtung von Mauern verwendet wurden, was ich vor nur einigen Tagen mit eigenen Augen feststellen konnte. Denn mit eigenen Augen – und dies unterscheidet mich vielleicht von meinen anderen Kollegen hier – habe ich Zeugnisse einer Zerstörung und einer Entweihung gesehen, die jedes Menschenherz in Schrecken versetzen müssen.

Und auch am 5. Juni wurde eine solche Bestürzung nicht im nötigen Ausmaß ausgedrückt, als jordanische Streitkräfte, ungeachtet der ernsthaftesten israelischen Anstrengungen, Jerusalem außerhalb des Bereiches der Feindseligkeiten zu halten, die Stadt bombardierten, wobei Dutzende von Männern, Frauen und Kindern getötet und Hunderte verwundet wurden, und so war es auch am 6. Juni, als die Dormitio-Kirche bombardiert wurde. Kurz, die vergangenen zwei Jahrzehnte waren düstere Jahrzehnte in der Geschichte Jerusalems. Während zwanzig Jahren gab es dort Feindseligkeit, Trennung, Entweihung, Schändung und Diskrimination gegenüber dem jüdischen Glauben hinsichtlich der Heiligen Stätten.

Im Leben von Jerusalem heute, in der Verbundenheit seiner Bürger, in ihrem gegenseitigen Zutritt zueinander findet sich etwas, das alle begeistern sollte, welchen Jerusalems Frieden am Herzen liegt und welche von seiner besonderen Bedeutung in der Geistesgeschichte der Menschheit wissen. Wir finden die lange Getrennten nun zusammen. Wir finden die Minenfelder weggeräumt und die Trennmauern niedergerissen. Sicherlich sollten auch Vertreter derjenigen Regierungen, welche von uns und von einander hinsichtlich politischer Aspekte dieses Problems differieren, in der Lage sein, sich über die ökumenische Harmonie zu freuen, welche heute die täglichen Kontakte und Gespräche zwischen den Jerusalemer Bürgern beflügelt. Und es sollte eigentlich für die Vollversammlung nur logisch sein, ihre Genugtuung über die Tatsache auszudrücken, daß ernsthafte Anstrengungen im Gange sind, die Heiligen Stätten unter die Verantwortlichkeit derjenigen universellen religiösen Interessen zu führen, für die sie heilig sind.

Und tatsächlich sind gewisse Ansätze einer internationalen Befriedung bereits in Erscheinung getreten. Der Ver-

treter von Pakistan hat sich auf einen Prälaten bezogen. Lassen Sie mich gegenüber der Vollversammlung auf die Erklärung des Patriarchen der Äthiopischen Orthodoxen Kirche, *Abba Theophils*, hinweisen, in welcher es heißt:

„Das Patriarchat der Äthiopischen Orthodoxen Kirche möchte der israelischen Regierung ihre Anerkennung für die angemessene Sorgfalt ausdrücken, mit welcher sie die Heiligtümer im Heiligen Land im allgemeinen und im äthiopischen Kloster im besonderen behandelt hat . . . Wir möchten unseren Dank auch auf die israelischen Behörden ausdehnen für die Sicherung einer ungehinderten Bewegungsfreiheit unserer Geistlichen in Jerusalem während des Krieges und nachher. Wir hoffen, daß diese Sorgfalt gegenüber den Heiligen Stätten fortgesetzt werde, damit unsere Leute in Jerusalem in die Lage versetzt werden, ihren religiösen Verpflichtungen ohne Schwierigkeiten nachzukommen. Wollen Sie bitte diese Botschaft weiterleiten. Ihr im Herrn Abba Theophils.“

Ferner hat eine Gruppe von hervorragenden Theologen dieser Hemisphäre Ideen und Vorstellungen veröffentlicht, welche Untersuchung und Aufmerksamkeit beanspruchen. In einer Erklärung, die heute morgen (12. Juli) in „The New York Times“ erschienen ist, schreiben sie das Folgende:

„Während der vergangenen zwanzig Jahre hat die Stadt Davids eine künstliche Teilung erfahren. Dies ergab sich aus der Verweigerung des Zutrittes für alle Juden und für die israelischen Araber mohammedanischen Glaubens zu ihren Heiligen Stätten. Auch die Zugänglichkeit der christlichen Heiligtümer für die israelischen Christen war beträchtlich eingeschränkt. Diese Ungerechtigkeit, so müssen wir bekennen, hatte keine Proteste von Bedeutung von seiten der religiösen Führer der Welt zur Folge. Wir finden keine Begründung für jene Vorschläge, welche erneut die wiederhergestellte Einheit von Jerusalem zerstören wollen. Diese Einheit ist die natürliche Lebensbedingung der Heiligen Stadt, und sie sichert nun wiederum den religiösen Menschen der ganzen Welt die Freiheit des Gottesdienstes an den Heiligtümern, welche die geistigen Zentren ihres Glaubens sind. Wir sind erfreut darüber, daß die Heiligkeit und der Schutz der Heiligen Stätten aller Bekenntnisse durch die israelische Regierung zugesichert wurden, deren Haltung während der vergangenen zwanzig Jahre mit Bezug auf den freien Zugang zu den christlichen Heiligtümern unter ihrer Staatshoheit die Gewißheit gibt, daß die Interessen aller Religionen getreulich gewahrt werden. Dieses Vertrauen wird weiter gestärkt durch das israelische Angebot, die Heiligen Stätten unter die unabhängige Aufsicht der verschiedenen Bekenntnisse zu stellen“ [s. u. S. 50 f.].

Von der Feindschaft zum Kontakt

. . . Nur wenn man das Jerusalemer Leben selbst in Betracht zieht, kann man jene große Änderung erkennen, fühlen und empfinden: Von der Trennung zur Vereinigung, von der Feindschaft zum täglichen Kontakt, vom verwehrteten Zutritt zum offenen Zugang.

Man kann dies zum Beispiel auf dem Skopusberg fühlen, wo die große Universität und das Zentrum der Wissenschaft durch eine illegale Blockade der Zufahrtstraße bis zur völligen Lähmung abgeschnürt wurden. Auf jener Straße waren in einer früheren Phase des antiisraelischen Krieges siebzig hervorragende Ärzte und Schwestern

¹ s. o. S. 42, Anm. 1.

durch jordanische Angreifer niedergemacht worden.¹ Aber heute ist der Skopusberg offen, wie er, wäre es nach den beschlossenen Vereinbarungen gegangen, immer hätte sein sollen, offen für die Wissenschaft und für die Künste. Und heute ist auch die Klagemauer dem Zutritt offen. Während zwanzig Jahren hatte das Abkommen zwischen Jordanien und Israel mit Art. 8 den freien Zugang stipuliert und gefordert. Dieser Zutritt wurde verweigert. Und daher würde, wie es sich am Beispiel des Skopusberges und der Klagemauer ergibt, das, was als „Rückkehr zur früheren Lage“ bezeichnet wird, eine *Rückkehr zur Illegalität* bedeuten.

In diesem Lichte muß die gegenwärtige Situation in Jerusalem betrachtet werden. Was immer man über die Vergangenheit der Stadt und über ihre Zukunft denkt, zumindest über zwei Aspekte der Situation müßte man ein tiefes Gefühl geistiger Befriedigung empfinden: Über das Ende der sozialen, verwaltungsmäßigen und kulturellen Teilung und über die erstmalige Aussicht in der Geschichte, daß die universellen religiösen Belange in den Heiligen Stätten einen wirkungsvollen Ausdruck finden, anstelle der Anmaßung von Ausschließlichkeit und einseitiger Kontrolle.

Die Rede, die wir vom Vertreter der Sowjetunion gehört haben, trug zur Debatte nichts anderes als ein beträchtliches Ausmaß von Bitterkeit bei. Vielleicht finden wir eine gewisse Ironie beim Anhören dieser Anteilnahme für die religiöse Freiheit, wie sie durch den Vertreter der Sowjetunion ausgedrückt wird, einer Regierung, deren entgegengesetzte Haltung gegenüber allen unseren Religionen in ihrer offiziellen Ideologie enthalten ist. Ich habe mich entschlossen, nicht auf alle Bemerkungen von Botschafter Fedorenko über Israel zu antworten. Die Unmäßigkeit seiner Äußerungen ist ein wohlbekanntes Merkmal des internationalen Lebens, und jedesmal, wenn er diesen virulenten Haß ausspricht, empfinde ich, daß das internationale Gespräch erniedrigt und entehrt wird. Die Treue der Sowjetunion gegenüber den Resolutionen der Vollversammlung könnte ebenfalls ein fesselndes Thema sein, denn diese Regierung verletzt so viele Versammlungsbeschlüsse, daß allein die Aufzählung uns die Sommermonate hindurch beschäftigen würde. Das ganze Drama dieser Session liegt in den Anstrengungen einer Großmacht, eine kleine Nation einzuschüchtern, in dem Versuch einer der größten aller Mächte, eine der kleinsten aller Nationen einzuschüchtern. Es ist sehr leicht für Botschafter Fedorenko, über Israels traditionelle Auffassung vom Körper und vom Kopf – Israel als Körper und Jerusalem als Kopf – zu spotten.

¹ Am 14. 4. 1948. Vgl. u. a. DOV, Joseph: Die Belagerung von Jerusalem 1948, S. Fischer Verlag 1962, S. 96 f. (Anm. d. Red. d. FR).

Es handelt sich dabei um eine Vorstellung, die jenseits aller politischen und weltlichen Überlegungen liegt. Es ist so leicht, über die ewigen Bande zwischen Israel und Jerusalem zu spotten, über Bande, die älter sind, mächtiger und leidenschaftlicher als alle anderen Bindungen zwischen einem Volke und einem Orte. Denn vor allem durch *Israel in Jerusalem* wurden Ideen verkündet, deren Echo mit einer ewigen Kraft alle Zeiten übertönt, und *Israel in Jerusalem* brachte jene Begriffe vom individuellen Gewissen, von sozialer Gerechtigkeit und vom internationalen Frieden hervor, welche das Leben der ganzen friedensliebenden Menschheit bestimmt haben.

Und daher wird Israel fortfahren, die Einheit Jerusalems und den Frieden Jerusalems zu ersehnen, für sie zu beten und zu wirken. Und jenseits aller politischen und weltlichen Betrachtungen werden wir einen ruhigen und geduldigen Dialog verfolgen, mit dem Ziele, daß die Heiligen Stätten nicht, wie in der Vergangenheit, durch eine ausschließliche und einseitige Kontrolle beherrscht werden, sondern in das Leben eines Jerusalem einbezogen werden, das gedeihen möge in Einheit, Frieden und geistiger Erhabenheit.

1) *Abba Eban: Diplomatischer Status für die Heiligen Stätten*²

Der israelische Außenminister Abba Eban sagte u. a. in der Versammlung des Europarats in Straßburg am 27. September 1967: „Die Politik der israelischen Regierung beruht auf drei Prinzipien: Einheit der Stadt Jerusalem, Frieden für die Stadt und Bewahrung des heiligen Charakters der Stadt. In Anbetracht des universalen Interesses an Jerusalem sind wir bereit, den Heiligen Stätten der drei großen Religionen ein Sonderstatut zu gewähren. Man erwägt zum Beispiel, ob man dieses als ein exterritoriales Statut charakterisieren soll. Wir selbst stehen auf dem Standpunkt, daß man den Heiligen Stätten ein sogenanntes diplomatisches Statut geben sollte. Das ist die Formel, über die wir bereits mit Vertretern der drei großen Religionen gesprochen haben. Auf Grund eines solchen Statutes erhielten die Heiligen Stätten und alle Personen, die mit dem Gottesdienst der drei Religionen zu tun haben, einen derartigen diplomatischen Status. Damit geschieht es zum ersten Mal im Laufe der Geschichte, daß eine Regierung nicht beansprucht, die Heiligen Stätten ausschließlich ihrer eigenen Souveränität zu unterstellen, sondern die bereit ist, in einen Dialog mit den drei großen Religionen einzutreten.“

² In: Das Parlament, Nr. 44, Bonn, 1. 11. 1967.

II Statement

Der Rektor der Al-Azhar-Universität in Kairo (älteste islamische Universität der Welt) Minister, Scheich, Prof. Dr. Alwy Abd El Hadie Hassan El Bakockie (56 Jahre alt)

Nachdem diese Seiten schon im Druck sind, geht uns das folgende „Statement“ des Rektors der Al-Azhar-Universität in Kairo zu. Wir freuen uns, von einer solchen Autorität zu hören, daß die Respektierung der christlichen und jüdischen Heiligen Stätten auch ein Grundsatz mohammedanischer Ethik ist. Leider ist diesem Grundsatz in der Praxis in bezug auf die jüdischen Heiligen Stätten in der Altstadt von Jerusalem und auch anderswo nicht entsprochen worden: Wenn man nur an die Zerstörung des alten jüdischen Friedhofs auf dem Ölberg denkt, an die der 35 Synagogen, die seit Jahrhunderten bis 1948 eine Zierde in der Jerusalemer Altstadt waren, und z. B.

auch der alten Synagoge in Hebron sowie an die Vernichtung von Hunderten über tausend Jahre alten Thorarollen und anderer Kultgegenstände³.

Über Trennung und Feindseligkeit, die den Juden der ganzen Welt wie auch Mohammedanern aus Israel den Zugang zu ihren Heiligen Stätten unmöglich machte und Christen nur in beschränktem Maße zuließ, ist schon mehrfach berichtet worden.

Es ist der schon mit einem Vertreter des Vatikans besprochene Vor-

³ s. o. S. 48.

schlag der israelischen Regierung, den Heiligen Stätten ein Sonderstatut zu geben, nach dem jede Religionsgemeinschaft die Verwaltung ihrer jeweiligen Heiligen Stätten selbst übernimmt. Die drei großen Religionen sollten hierüber untereinander ins Gespräch kommen.

Die Vorschrift des Islam besteht darin, an die Propheten, welche vor Mohammed wirkten, zu glauben. Er verlangt die Respektierung der christlichen und jüdischen Heiligtümer.¹

Mit dem festen Glauben an die Propheten und durch die Respektierung der christlichen und jüdischen Heiligtümer eroberte der zweite Khalif Omar Ben El Chatab die arabische Stadt Iliaá, die bei seinem Einzug Jerusalem genannt wurde. Er gab der Bevölkerung Sicherheit und versprach, die Heiligtümer der Stadt und die Pilger zu schützen, damit letztere ihre religiösen Zeremonien ungestört ausüben können. Omar war der erste, der seine Versprechungen hielt. Er weigerte sich, trotz Bitten der Priester, sein Gebet in der Kirche zu verrichten mit der Begründung, daß die Kirche nachher als Moschee von den Moslems benutzt und die Christen daraus verdrängt würden. Er betete vor der Kirche. Seit dieser Zeit beherrschten die Moslems Al-Quds (Jerusalem), und ihr Verhalten ist dasselbe geblieben. Sie schützten weiterhin die Heiligtümer und ließen die Anhänger der verschiedenen Religionen ihre Zeremonien ausüben. Sie wiesen niemals einen Pilger zurück.

¹ Wie können Kinder – gemäß dem Grundsatz ihrer Religion – Respekt vor den Heiligtümern der jüdischen Religion haben, wenn in den von Amts wegen für alle Lehrfächer herausgegebenen Schulbüchern in allen arabischen Staaten in bezug auf Juden Haß und verfälschte Geschichte gelehrt werden. Hier seien nur zwei Beispiele angeführt:

Aus einem Lesebuch, 3. Klasse einer „preparatory-Schule“ (Vorschule zur Vorbereitung auf die Höhere Schule):

Seite 34: „In Palästina lebte König David, der den schlechten Juden den Rücken kehrte ... wir können niemals vergessen, wie die Juden Mohammed, den Propheten Allahs, quälten und Jesus folterten, der Liebe und Frieden predigte.“

Aus einem Geschichtsbuch des arabischen Vaterlandes und seiner Kultur, 2. Klasse einer „preparatory“-Schule:

Seite 102: „Die Hebräer waren keine echten Semiten, und ihre vorübergehende Besetzung des Heiligen Landes verlief nach dem Tode König Salomos.“

III Evangelische Äußerungen

Manifest über ein vereinigt Jerusalem von christlichen Universitätsprofessoren theologischer Fakultäten in den USA²

Entnommen der „New York Times“ vom 12. Juli 1967:

Los und Schicksal von Jerusalem haben einen entscheidenden Einfluß auf die Beziehung vom Christentum zum Judentum. Ein unauflösliches Band zwischen dem Volk Israel und dem Land Israel ist der Mittelpunkt für das Judentum. Die Anerkennung des Selbstverständnisses des Judentums bedeutet für Christen anzuerkennen, daß das Judentum unauflösliche Bande mit dem Land Israel und der Stadt Davids zur Voraussetzung hat, ohne die das Judentum sich nicht selber treu sein kann. Theologisch gesehen ist es diese Dimension der Religion des Judentums, welche uns dahin führt, die Wiedervereinigung der Stadt Jerusalem zu unterstützen.

Während der vergangenen zwanzig Jahre hat die Stadt Davids eine künstliche Teilung erfahren. Dies hatte für

Die Moslems lebten, seit sie in Al-Quds eingezogen waren, immer dort und in Frieden mit den Menschen anderer Religionen. Sie verließen die Stadt nur für kurze Zeit während der Kreuzzüge; und jene, die zurückgeblieben waren, Moslems wie Christen, hatten eine sehr schwere Zeit unter der Herrschaft der jeweiligen Besatzungsmacht zu bestehen. Nachdem der Feldherr Salah El Din die Stadt wieder zurückerobert hatte, atmeten die Bewohner auf, denn während der Herrschaft der Moslems herrschte Neutralität und Gastfreundschaft, besonders den Fremden gegenüber.

Wir dürfen auch nicht vergessen, daß die Christen beschlossen hatten, die Heiligen Stätten von arabischen Moslems schützen zu lassen, da nach ihrer Ansicht diese Heiligtümer allen Religionsgruppen dienen sollten. Dieses Vertrauen wurde den Moslems wegen ihrer großzügigen islamischen Vergangenheit entgegengebracht.

Es ist sicher bekannt, daß nach Beendigung des Ersten Weltkrieges und nach Einzug der Alliierten Armee unter Führung des General Limby in Palästina der Familie Shiba, die bislang Schlüsselbewahrer der Auferstehungskirche war, aufs neue jene Schlüssel vom General übergeben wurden.

Wenn wir hinzufügen, daß Jerusalem „Masra“ (Reise des Propheten Mohammed von Medina nach Jerusalem in einer Nacht) und damit eine wichtige Heilige Stätte ebenso für den Moslem wie für den Christen ist, so ist es ein Vergehen gegenüber der Gerechtigkeit und der Historie, die Stadt zu vernachlässigen.

Es ist am besten, wenn die Moslems in diesem Gebiet bleiben, weil sie die jüdische und christliche Religion anerkennen. Wenn aber die Juden oder Christen in diesem Gebiet herrschen würden, es würde ein dauernder Kampf zwischen den Religionen herrschen, da diese die Moslems nicht anerkennen.

Wenn Al-Quds (Jerusalem) im Schatten des Islam bleibt, ist Sicherheit und Frieden gewährt, und besser, als sie unter mehrere Staaten aufzuteilen, woraus nur Fanatismus erwächst, der die Neutralität den fremden Pilgern der drei Religionen gegenüber gefährden würde.

alle Juden und für die israelischen Araber moslemischen Glaubens die Verweigerung des Zutritts zu ihren Heiligen Stätten zur Folge. Diese Teilung hat auch den Zutritt zu den christlichen Heiligtümern für israelische Christen stark eingeschränkt. Wir müssen gestehen, daß diese Ungerechtigkeit nicht genügend Protest von seiten der religiös Führenden in der Welt ausgelöst hat.

Solche Vorschläge, die die Einheit Jerusalems – die Jerusalem wiedergegeben wurde – wieder einmal zu zerstören suchen, lassen sich nicht rechtfertigen. Diese Einheit ist der natürliche Zustand der Heiligen Stadt und sichert den religiösen Menschen der Welt nun wieder die Freiheit der Gottesverehrung an den Heiligtümern, die die geistigen Zentren ihres Glaubens bleiben.

Wir freuen uns, daß die Heiligkeit und der Schutz der Heiligen Stätten aller Religionen durch die Regierung Israels gesichert ist. Ihr Bericht über die letzten zwanzig Jahre der Vorsorge für den freien Zutritt der ihrer Jurisdiktion unterstehenden christlichen Heiligtümer löst Vertrauen aus, daß die Interessen aller Religionen gewissenhaft respektiert werden. Dieses Vertrauen wird auch durch Israels Anerbieten gestärkt, die Heiligen Stätten

² s. o. S. 3.

der unabhängigen Aufsicht ihrer jeweiligen Glaubensgemeinschaft zu unterstellen.

Die neue Situation hat auch die Gelegenheit geschaffen, um das arabische Flüchtlingsproblem entscheidend anzupacken, das das Gewissen der Welt schwer belasten muß. Wir fordern sowohl Israel wie die arabischen Länder eindringlich auf, neue Initiativen zu ergreifen, um dieses menschliche Leid ein für alle Mal durch eine Gesamtlösung der Hauptprobleme zu beseitigen, die man durch direkte Verhandlungen erreichen kann.

Dr. Philip Anderson, Chicago Theological Seminary, Chicago/Ill.

Dr. Jerald C. Brauer, Dean University of Chicago Divinity School, Chicago/Ill.

Dr. Frank M. Cross, Jr Department of Near Eastern Languages and Literatures, Harvard University, Cambridge/Mass.

Dr. William D. Davies, Professor of Biblical Theology, Union Theological Seminary, New York/N. Y..

Dr. A. Roy Eckardt, Editor Journal of the American Academy of Religion, Lehigh University, Bethlehem/Pa.

Dr. David Noel Freedman, San Francisco Theological Seminary, San Anselmo/Cal.

Dr. Frederick C. Grant, Professor Emeritus of Biblical Theology, Union Theological Seminary, New York/N. Y.

Dr. Andre Lacocque, Chicago Theological Seminary, Chicago/Ill.

Dr. Edward Manthei, President, Chicago Theological Seminary, Chicago/Ill.

Dr. Robert S. Moore, Chicago Theological Seminary, Chicago/Ill.

Dr. Reinhold Niebuhr, Professor Emeritus of Ethics and Theology, Union Theological Seminary, New York/N. Y.

Dr. Victor Obenhaus, Chicago Theological Seminary, Chicago/Ill.

Dr. James M. Robinson, Southern California School of Theology, Claremont/Cal.

Dr. J. Coert Rylaarsdam, Divinity School, University of Chicago, Chicago/Ill.

Rev. Krister Stendahl, Professor of Biblical Studies, Harvard Divinity School, Cambridge/Mass.

Dr. George H. Williams, Harvard Divinity School, Cambridge/Mass.

Vertreter des Weltkirchenrats:

Zur Handhabung der Heiligen Stätten durch Israel¹

Am 18. Juni 1967 sprach Pfarrer Elfan Rees vom Hauptquartier des Weltkirchenrates in Genf, der gemeinsam mit dem griechisch-orthodoxen Pater George Tssetsis auf einer Informationsreise in Israel war, seine Anerkennung aus für die Art und Weise, in der die israelischen Behörden sich der christlichen Heiligen Stätten angenommen haben. Er bemerkte, daß der israelische Minister für religiöse Angelegenheiten erklärt habe, daß Israel die Verantwortung für jeden Kriegsschaden übernehmen wolle, der den Heiligen Stätten zugefügt worden war. Er sagte: „Wenn dies ein Anzeichen dafür ist, wie Israel die Heiligen Stätten handhaben wird, so macht uns dies für die Zukunft sehr zuversichtlich.“

¹ In: „Christian News from Israel“ (XVIII/1–2), Juli 1967, p. 15.

IV Die Heiligen Stätten im Wechsel der Zeit

a) Der Vatikan hat Zeit

Wir entnehmen den folgenden Beitrag auszugsweise dem „Jewish Observer and Middle East Review“ (XVI/37), London, 15. September 1967, p. 11 sq., und bringen ihn in Übersetzung.

... man sollte nicht vergessen, daß der Krimkrieg vor über hundert Jahren sich an einem Verwaltungsstreit über die Heiligen Stätten in Jerusalem entzündete ...

Sonderbar genug ist, daß angesichts der von innerchristlichen Spannungen erfüllten Situation der Status quo an den christlichen Heiligen Stätten bis heute durch ein Firman (Edikt) bestimmt wird, das vom türkischen Sultan im Jahre 1852 in Konstantinopel erlassen wurde. Der Firman wurde von der britischen Mandatsverwaltung und danach von der jordanischen Regierung wieder bestätigt, und die israelische Regierung hat ihre Bereitschaft erklärt, dasselbe zu tun [s. o. S. 43]. Vorläufige Nachforschungen haben gezeigt, daß die jordanische Regierung den Status quo nur insoweit aufrechterhielt, wo es ihr paßte. Trotzdem setzte König Hussein, der Protektor der Christenheit im Heiligen Lande war, den Status quo beiseite, wenn es die politische Zweckmäßigkeit erforderte.

Zum Beispiel bei dem Streit zwischen den sich nach Ägypten orientierenden Kopten und der abessinischen Kirche wegen des Schlüssels für eine Tür, die zu einer kleinen Kapelle in der Grabeskirche führte. Ein von der jordanischen Regierung eingesetztes Expertenkomitee hatte den koptischen Anspruch auf den Schlüssel abgewiesen. Aber dann wandte sich der koptische Patriarch von Alexandrien an Nasser, der bei Hussein intervenierte und ihn überredete, die Entscheidung des Expertenkomitees für nichtig zu erklären.

Aber abgesehen davon, daß die jordanische Verfahrensweise einer besonderen Kirche den Vorzug gab, diskriminierte sie zuweilen die Christenheit als Ganzes. Zum Beispiel bestimmte ein 1958 erlassenes Gesetz, daß alle Mitglieder der „Bruderschaft des Heiligen Grabes“ (die die Verwaltung der Kirche hatte) jordanische Staatsbürger sein mußten.

Ein anderes Gesetz, das von König Hussein erlassen wurde, verbot christlichen Kirchen, irgendwelchen Grundbesitz zu erwerben, weder durch Erwerb noch durch Nachlaß. Vor wenigen Jahren erhielten alle christlichen Schulen die Anordnung, den Koran zu lehren (durch moslemische Lehrer) und den Freitag als Ruhetag zu halten, obwohl diese Anordnungen oft durch Bestechung umgangen wurden.

Die Lage der christlichen Gemeinschaften in Jerusalem war also unter der jordanischen Regierung weit davon entfernt, vollkommen zu sein; und während der dem Sechstagekrieg vorangehenden Periode wurde sie ausgesprochenerweise gefährlich. Geistliche wurden tödlich angegriffen, und ein in dieser Zeit in den dunklen Gassen der Altstadt verbreitetes Lied enthielt die Worte: „Nach dem Schabbat kommt der Sonntag ... zuerst erledigen wir die Juden und dann die Christen.“ (In der Altstadt hörte ich von verschiedenen christlichen Seiten unmittelbar nach dem Krieg auch noch, daß die arabischen christlichen Häuser schon entsprechende Zeichen trugen. Anm. d. Red. d. FR.)

Die christliche Geistlichkeit in Ost-Jerusalem, die sich der israelischen Herrschaft durchaus nicht entgegengestellt hat, hat sie mit einiger Vorsicht sogar bereitwillig angenommen. Wenn es zu irgendwelchen Schwierigkeiten kommt, so kommen diese von der moslemischen Geistlichkeit.

Die israelische Regierung ist entschlossen, jeder Form einer Diskriminierung gegen Christen ein Ende zu machen, nicht aber den Status quo an den Heiligen Stätten zu ändern [vgl. Gesetz zum Schutz der Heiligen Stätten s. o. S. 43].

Gespräche in dieser Richtung haben auch mit einem besonderen päpstlichen Delegaten, Monsignor *Angelo Felici*, stattgefunden, der Israel kürzlich zum Zwecke der Information besuchte [s. u.]. Seitdem Felici nach Rom zurückkehrte, hat der israelische Gesandte in Italien, *Ehud Avriel*, mehrere Gespräche mit vatikanischen Beauftragten geführt [s. u.]. Aber seither ruhen die Kontakte ...

Politische Kreise in Jerusalem nehmen an, daß dies wegen der dazwischenliegenden Sommerferien der Fall sei und auch, daß es dem Vatikan nicht eile, weil man dort sieht, daß die Lage aller christlichen Kirchen in Israel und in den neuen Gebieten völlig zufriedenstellend ist ...

Israel macht ein Übereinkommen mit dem Vatikan über die Heiligen Stätten und über die Rechte der katholischen Kirche in keiner Weise von der Anerkennung des Staates Israel durch den Vatikan abhängig. Diese beiden Fragen sind völlig voneinander getrennt und liegen auf ganz verschiedenen Ebenen.

... In den ersten Jahren nach der Staatsgründung war die offizielle Stellungnahme des Vatikans für eine Internationalisierung Jerusalems. Sowohl Israel wie Jordanien stellten sich dieser Forderung entgegen, die daher nicht verwirklicht wurde. Seit kurzem wird der Ausdruck „Internationalisierung“ von den Sprechern des Vatikans nicht mehr benutzt, statt dessen beziehen diese sich auf die „Sicherung der universal-internationalen Stellung der Heiligen Stätten“.

Dies ist eine ganz andere Sache, die mit dem israelischen Anerbieten in Einklang gebracht werden könnte: „vollständige Autonomie, verbunden mit einer gewissen Form von Souveränität oder Exterritorialität“.

Überdies meinen israelische politische Kreise, daß, wenn es keine de-jure-Beziehungen mit dem Vatikan gibt, solche de facto bestehen. Offizielle Kontakte werden in Jerusalem aufrechterhalten zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Minister für religiöse Angelegenheiten mit dem lateinischen Patriarchen Monsignor Alberto Gori und dem Apostolischen Legaten Monsignor Sepinsky.

In Rom ist der israelische Gesandte für Italien zugleich der inoffizielle Gesandte für den Vatikan. Israelische Regierungsbeamte ... weisen darauf hin, daß, da der Vatikan diplomatische Beziehungen mit rein moslemischen Staaten unterhält, wie z. B. mit Tunesien und Marokko, es schließlich nicht verständlich wäre, wenn Beziehungen mit dem jüdischen Staat abgelehnt würden.

b) Beauftragter des Vatikans bespricht die Frage der Heiligen Stätten mit dem israelischen Ministerpräsidenten

Zu dem oben erwähnten Besuch des vatikanischen Delegaten, Msgr. *Felici*, in Jerusalem schreibt „Jedioth Chadashot“, Tel Aviv, am 12. Juli 1967:

Am 4. Juli (1967) traf der Unterstaatssekretär beim Vatikan, Msgr. *Angelo Felici*, in Israel ein zu Besprechungen über die Zukunft der Heiligen Stätten. Nach seinem Ge-

spräch mit dem Ministerpräsidenten am 11. Juli wurde die folgende gemeinsame Erklärung veröffentlicht:

In einem Zusammentreffen zwischen Msgr. *Felici* und dem Ministerpräsidenten – das von einer herzlichen Atmosphäre und gegenseitigem Verständnis getragen war – wurde eine Reihe möglicher Formulierungen besprochen, die mit dem Ziel einer annehmbaren Lösung des mit den Heiligen Stätten verbundenen gewichtigen Vorganges in Betracht gezogen wurden. Die Besprechungen werden fortgesetzt.

Amtlich wurde dazu ferner mitgeteilt¹, daß der Unterstaatssekretär des Vatikans, *Angelo Felici*, gestern (am 6. Juli) bei Dr. *Jaakow Herzog*, dem Generaldirektor des Büros des Ministerpräsidenten vorsprach. An der Unterhaltung nahmen Pater *Debré* sowie der Sekretär des Apostolischen Legaten in Jerusalem, Msgr. *Rottuno*, Ehud Avriel, der Botschafter Israels in Rom, und die Herren *Jechiel Ilsar* und *Dan Awni* vom Außenministerium teil. Die Konferenz dauerte anderthalb Stunden und betraf die Heiligen Stätten. Msgr. *Felici* wird einige Tage das Land besuchen und nach seiner Rückkehr dem Papst über die Lage Bericht erstatten.²

c) Ehud Avriel beim Papst

„Jedioth Chadashot“, Tel Aviv, 6. 7. 1967, schreibt im Verlauf dieser oben erwähnten Zusammenhänge:

Der israelische Botschafter in Rom, *Ehud Avriel*, wurde gestern (5. 7. 1967) von Papst Paul VI. empfangen. Die Unterredung dauerte 20 Minuten und war Fragen um die Heiligen Stätten in Israel gewidmet.

Wie verlautet, begab sich Botschafter Avriel unverzüglich nach der Audienz nach Israel, um der Regierung Bericht zu erstatten.

d) Einladung des israelischen Botschafters Ehud Avriel zur Bischofsweihe in St. Peter

Im Zusammenhang mit den obengenannten Gesprächen steht die folgende Meldung:

Der zum Nuntius in Holland ernannte Msgr. *Angelo Felici* wurde vor kurzem in St. Peter zum Bischof geweiht. Er war im Juli 1967 im Auftrage des Papstes in Jerusalem, um Informationen über die Heiligen Stätten einzuziehen. Zu seiner Bischofsweihe in St. Peter erhielt auch *Ehud Avriel*, Israels Botschafter in Italien, vom Vatikan eine Einladung. Diplomatische Kreise der italienischen Hauptstadt betonten, daß die Übersendung einer solchen Einladung an einen israelischen Diplomaten präzedenzlos sei. Es zeigt, daß auch ohne offizielle Anerkennung doch beidseitige Kontakte vorhanden sind.³

¹ In: Jedioth Chadashot vom 7. Juli 1967.

² Vom 7. November 1967 berichtet die Londoner „The Times“: „Dr. Eugene Carson Blake, der Generalsekretär des Weltkirchenrates“, sagte im Zusammenhang eines Gespräches über die christlichen Heiligen Stätten in Jerusalem „auf die Frage nach der Haltung des Weltkirchenrates anlässlich von Berichten, daß die Katholische Kirche ein Abkommen mit den israelischen Behörden über die Rechte katholischer Institutionen im Heiligen Lande in Betracht zöge.“

³ Vgl. „Neue Welt“ (XX/21/22), Wien, Oktober/November 1967, S. 23, und „Israelitisches Wochenblatt“ (67/42), Zürich, 20. 10. 1967, S. 21.

E Zum Flüchtlingsproblem

1 Die Auseinandersetzung zwischen Arabern und Juden

Ein Briefwechsel zwischen Arnold Toynbee und J.B. Talmon¹

Mit freundlicher Genehmigung der Schriftleitung bringen wir den folgenden Briefwechsel aus „*Encounter*“ (XXIX/4) London, Oktober 1967, S. 68 ff., und geben ihn in Übersetzung wieder.

London, 3. Juli 1967

Sehr geehrter Herr Professor Talmon,

eben bin ich bei meinem Sohn Philip gewesen und habe Ihren ihm von Isaiah Berlin gegebenen Artikel gelesen „Für totalen Frieden im Mittleren Osten“. Wie Sie, meine auch ich, daß dies die Stunde für jeden Menschen guten Willens ist und für jeden, der das Gefühl hat, um sich aus ganzer Kraft für einen totalen, echten und dauernden Frieden einzusetzen. Ich glaube, daß dies die Gelegenheit dafür ist, wenn wir sie jetzt ergreifen . . .

Ich fühle die Verantwortung, alles zu tun, was ich kann, um dazu beizutragen, daß es jetzt zu einem dauernden Frieden kommt. Ich habe mehrere Gründe dafür: 1. Ich bin britisch, deswegen trage ich einen Teil der Verantwortung für die in der Vergangenheit von meinem Lande begangenen Handlungen. 2. Als junger Mann habe ich in Angelegenheiten des Mittleren Ostens während des Ersten Weltkrieges „vorübergehend als Angestellter des Auswärtigen Amtes“, insbesondere über aus der Zeit des Krieges sich ergebende britische Verpflichtungen im Mittleren Osten gearbeitet, und ich kenne ihre Geschichte daher aus erster Hand. 3. Ich bin als ein westlicher Sprecher für die arabische Sache bekannt, und deshalb ist es gerade möglich, daß das, was ich öffentlich sage, einigen Einfluß in der arabischen Welt haben könnte, obgleich es vielleicht wahrscheinlicher ist, daß die Araber mich abschreiben könnten mit dem Urteil, daß ich nun doch nicht ihr Freund bin. Gleichwohl glaube ich, daß der wahrste, treueste Freundschaftsdienst, den ein Freund sowohl den Arabern wie den Israelis in diesem Augenblick erweisen kann, ist, daß er versucht, sie erkennen zu lassen, daß die Tatsachen echten Frieden zu einem Hauptanliegen für beide Teile machen. 4. Als alter Mann mit Enkeln fühle ich das, was Johnson und Kossygin offenbar auch gefühlt haben, als sie sich trafen. Die eigenen Enkelkinder symbolisieren für mich auf konkrete Art alle künftigen Generationen des Menschengeschlechts – 70 Millionen ungeborene Generationen, die durch unsere Generation ihres Rechts auf Leben beraubt werden können, wenn wir in unserer Zeit in einen Dritten Weltkrieg, einen Atomkrieg hineinschliddern sollten. 5. Da ich auch an die Gegenwart denke, will ich, daß jetzt etwas geschieht, das, abgesehen davon, daß es die Welt vor einer ungeheuren Katastrophe rettet, das gegenwärtige menschliche Leid im Mittleren Osten auf ein Minimum reduziert. Ich wäre ebenso entsetzt über einen Völkermord von Juden im Mittleren Osten wie er mich in Europa entsetzt hat. Ich halte es auch für ein großes Unrecht, irgendwelche Menschen, lebend oder noch nicht geboren, als politische Schachfiguren statt als leidende,

menschliche Wesen zu behandeln, deren Erleichterungen den Vorrang vor jeder politischen Erwägung haben sollten. Wenn ich über die Politik der arabischen Staaten mit meinen Freunden diskutierte, habe ich immer darauf hingewiesen, daß die Nachkriegspolitik Westdeutschlands gegenüber den Flüchtlingen von Ostdeutschland und denen jenseits der Oder-Neiße-Linie nicht nur menschlich war, sondern das Westdeutschland auch ökonomisch und deswegen auch politisch Dividenden eingebracht hat. Die Israelis sollten vorwärts schauen um ihrer Enkel willen. Nun zu den Tatsachen, denen sich jede Seite gegenübergestellt sieht, und den praktischen Möglichkeiten einer Regelung. Sie haben in Ihrem Artikel selber die Tatsache hervorgehoben, der Israel sich gegenübersteht. Eine Serie von immer sensationelleren Siegen in aufeinanderfolgenden Kriegen gibt Israel an sich noch nicht das Lebenswichtige, was es will und braucht: nämlich wahren Frieden mit seinen arabischen Nachbarn. Solange Israel noch keine durch gegenseitige Übereinkunft bestimmte, dauernde Grenzen hat, sondern nur eine militärische Front, die immer wieder glimmt und zeitweise in offene Feindseligkeiten aufflammt, muß Israel beständig in Alarm sein und kann seine Energien nicht auf seine eigene innere Entwicklung konzentrieren, die sein wirkliches Ziel ist und immer war. Es hat nun schlüssig demonstriert, daß es im Krieg immer mehr arabisches Gebiet ohne fremde Hilfe erobern kann, aber je mehr es besetzt, desto mehr wird es militärisch einen übermäßigen Umfang haben, und es wird einen um so größeren Teil seines begrenzten und kostbaren Menschenmaterials unausgenutzt mobilisiert halten müssen. Die arabische Welt hat den gleichen passiven militärischen Vorteil wie Rußland und China: Sie hat sozusagen kein Ende. Daher ist echter Frieden Israels allergrößtes Interesse; selbst die größten militärischen Siege werden fruchtlos sein, wenn sie nicht in wahren Frieden umgewandelt werden können.

Die Araber müssen der Tatsache ins Auge sehen, daß Israel ein für allemal da ist, daß eine dreimal wiederholte Erfahrung gezeigt hat, daß sie es nicht schlagen können; daß die Sowjetunion mit den Vereinigten Staaten keinen Krieg macht um der Araber wegen und daß es unwahrscheinlich ist, daß die Araber eines Tages in der Lage sein werden, Israel zu zerstören; die Vereinigten Staaten würden dies nicht zulassen.

Ich brauche auf Ihre psychologische Analyse der heutigen arabischen Geistesverfassung nicht näher einzugehen. Sie ist meisterhaft; Sie haben die Fähigkeit eines mitfühlenden Verständnisses gezeigt, mit dem Sie sich einführend hineinversetzt haben. Dies ist sehr wichtig und ermutigend, weil Israel als der gegenwärtige Sieger die Initiative hat. Der Teil, der Unrecht erlitten hat und gedemütigt ist, ist der empfindlichste und deswegen der, der einer um so taktvolleren Behandlung bedarf. Die palästinensischen Araber haben Unrecht erlitten, um es klar zu sagen, sie mußten für den Genocid der Juden in Europa zahlen, der von den Deutschen, nicht von den Arabern, begangen wurde. Die Araber als Ganzes wurden gedemütigt, weil – worauf Sie hinweisen – man die Araber bei der Errichtung der jüdischen nationalen Heimstätte und dann bei der

¹ Arnold J. Toynbee ist Professor für internationale Geschichte in London. J. L. Talmon Professor für neuzeitliche Geschichte an der Hebräischen Universität in Jerusalem. J. L. Talmon, 1916 in Polen geboren, ist seit 1934 in Palästina/Israel; war u. a. Gastprofessor an der Columbia-Universität und Oxford. (Werke u. a.: „*Origines of Totalitarian Democracy*“ 1952, „*Political Messianism-The Romantic Phase*“ 1960.) [Anm. d. Red. d. FR.]

des Staates Israel niemals gefragt hat. Man hat dies alles über ihren Kopf hinweg getan. Man hat sie als „Eingeborene“ behandelt mit nicht mehr Rechten als solchen für Menschen niederen Grades. Für ein Volk mit einer großen, aber nicht mehr lebendigen historischen Vergangenheit ist dies sehr irritierend. Man kann die Geistesverfassung des heutigen Arabers und des heutigen Chinesen in gleicher Weise erklären. Ich würde mich daher bei Israel dafür verwenden, daß es den ersten Schritt zur Erreichung eines echten und dauernden Friedens macht, der das höchste gemeinsame Interesse Israels, der arabischen Palästina-Flüchtlinge wie der arabischen Staaten ist. Wenn Israel öffentlich den ersten Schritt macht, wäre es ebenso großherzig wie weitsichtig. Ich schlage vor, daß Israel nun vorschlägt, daß die beiden Seiten die folgende gleichzeitige Erklärung machen:

„Die arabischen Staaten und das palästinensische Volk verpflichten sich, die Existenz Israels bona fide anzuerkennen in der Absicht, einen dauernden Frieden mit ihm abzuschließen, und sie garantieren ferner, über dauernde Grenzen mit Israel auf den ungefähren Waffenstillstandslinien von 1948 zu verhandeln. Israel verpflichtet sich, diese vereinbarten Grenzen bona fide anzunehmen in der Absicht, seinerseits dauernden Frieden zu schließen, und es ergreift auch die Initiative zur Herbeiführung einer befriedigenden, dauernden Regelung des Flüchtlingsproblems von 1948.“¹

Wenn beide Seiten in einer formalen Vereinbarung diese gegenseitige Verpflichtung derart abgeben, die man üblicherweise „Friedens-Vorverhandlungen“ nennt, so würde dieses den Weg für einen abschließenden Vertrag über Einzelheiten eröffnen, und dann würde das, was bisher unmöglich war, möglich werden, zum Beispiel:

1. In der Umwandlung der Waffenstillstandslinien von 1948 in Dauergrenzen könnte es geringfügige Berichtigungen geben, solange sich diese etwa das Gleichgewicht halten.

2. Es könnte sich ein für beide Teile lebenswichtiger, gegenseitiger Austausch ergeben. Man könnte Israel einen freien Zugang nicht nur durch die Straße von Tiran, sondern auch durch den Suezkanal zusichern. Ägypten könnte durch Israel nach dem Libanon, Syrien, Jordanien und Saudi-Arabien ein freier Zugang zugesichert werden. Man könnte so das Ärgernis des „polnischen Korridors“ beseitigen, das dadurch entstand, daß Israel die arabische Welt in zwei Teile gespalten hat, indem es sich von der Mittelmeerküste bis zum Golf von Akaba ausdehnt. Syrien und Jordanien könnten einen Freihafen in Haifa mit freiem Zugang erhalten, und Jordanien könnte einen zweiten Hafen in Jaffa bekommen.

3. Die arabischen Palästina-Flüchtlinge von 1948 könnten a) eine geldliche Entschädigung für den Verlust ihres in Israel gelegenen Eigentums erhalten; b) es könnte ihnen eine Sonderentschädigung gegeben werden dafür, daß sie gezwungen waren, als unschuldige Opfer des Konfliktes zwischen Israel und den arabischen Staaten zwanzig Jahre als Flüchtlinge zu leben; c) sie könnten die Option erhalten, entweder in ihr früheres Heim unter der Bedingung zurückzukehren, daß sie loyale Staatsbürger Israels werden (so wie die galiläischen Araber dies während der gegenwärtigen Krise waren), oder daß sie auf gutes Land außerhalb Israels angesiedelt werden; d) man könnte einen Fonds gründen für die Wiederansiedlung von Flüchtlingen, gleich ob in Israel oder außerhalb. Ich bin sicher,

die Mehrheit wird für eine Wiederansiedlung *außerhalb* Israels optieren. Aber für Israel wäre es psychologisch sehr wichtig, um eine Sinnesänderung unter den Flüchtlingen hervorzurufen, wenn Israel die Wahl einer Heimkehr anböte unter der Bedingung, daß die Flüchtlinge bona fide loyale israelische Staatsbürger werden. Wenn Israel sich an die Welt um Hilfe zur Gründung eines Fonds für diese vier Zwecke wendet, würde Geld hereinfließen.

4. Wasser zu Bewässerungszwecken: Vor ein paar Tagen war darüber in der Londoner Times ein wichtiger Brief von Edmund de Rothschild, auf den am nächsten Tage ein langer und konstruktiver Beitrag von einem Experten für Entsalzung folgte. Beider Ansicht ist, daß, obgleich eine Entsalzung zu einem ökonomischen Preis noch nicht möglich ist, sich eine Subventionierung zum Nutzen Israels und Jordaniens für die Welt lohnen würde. Dies würde a) es nicht länger notwendig machen, den Flüchtlingen ein Almosen zu zahlen; b) sowohl Israel wie Jordanien in Verbindung mit dem Jordan-Wasser reichlich mit Wasser versorgen, und deswegen würde über den jeweiligen Anteil an Jordan-Wasser ein Streit unter ihnen überflüssig werden.

Die Zukunft der Altstadt von Jerusalem ist eine Frage von besonderer Dringlichkeit und Gefahr. Es ist von entscheidender Bedeutung, daß Israel keine einseitige Handlung einer Annexion vornimmt. Eine solche wäre nach internationalem Recht nicht gültig; sie könnte von den Vereinten Nationen nicht angenommen werden; dies würde einen echten Frieden zwischen Israel und den Arabern unmöglich machen, und sie würde die ganze moslemische Welt aufbringen und wahrscheinlich auch einen größeren Teil der christlichen Welt, nicht nur gegen Israel, sondern auch gegen die Juden im allgemeinen. Sie könnte die Lage der Diaspora in vielen Ländern ernstlich benachteiligen.

Überdies wäre der Besitz des Tempelgebietes (des moslemischen Haram esh-Sharif) für Israel eine Verlegenheit. Es würde entweder davon absehen müssen, den Tempel wieder aufzubauen, oder anderenfalls müßte es den Felsendom und die Al-Aksa-Moschee zerstören, was in Wahrheit undenkbar ist. Natürlich müßten die Israelis und alle anderen Juden freien Zugang zur Klagemauer haben. Mir gefällt der Vorschlag des Papstes einer internationalen Treuhänderschaft für die Heiligen Stätten aller Religionen in Palästina. Aber jeder Wechsel der Souveränität hier wäre äußerst provozierend, wenn dieser nicht frei ausgehandelt wäre im Austausch für irgendein Äquivalent quid pro quo. Zum Beispiel wäre es denkbar, daß Jordanien zu Israel sagen könnte: „Tritt uns die jetzt in Israel liegenden Felder ab, die den Dörfern auf der jordanischen Seite der Grenze gehören, und dann werden wir euch die Südwestecke der Altstadt von Jerusalem bis zur westlichen Ecke der Klagemauer abtreten.“ Ein Handel dieser Art wäre ganz in Ordnung. Aber eine einseitige Handlung von Israel wäre verhängnisvoll. Ich schreibe Ihnen dies, und ich sende Durchschriften an Isaiah Berlin und an einen meiner Freunde in Baltimore, Maryland, Rabbi Agus.

Ich bin jetzt ein alter Mann, und das Kostbarste, was ich habe, liegt deshalb in künftigen Generationen. Deswegen liegt mir soviel daran, und deshalb schreibe ich Ihnen diesen Brief.

Bitte machen Sie jeden Gebrauch von meinem Brief, der Ihnen nützlich erscheint. Ich bezeichne ihn nicht als „vertraulich“. Ihr ergebener *Arnold Toynbee*

¹ Die Repatriierung der Flüchtlinge von 1967 wurde in diesem Brief als selbstverständlich vorausgesetzt. A. I. T.

Jerusalem, 18. Juli 1967

Sehr geehrter Herr Professor Toynbee,

gleich, nachdem ich Ihren Brief gelesen habe, habe ich Ihnen telegraphisch meine erste tiefempfundene Reaktion ausgesprochen. Ich bitte die Verzögerung von zehn Tagen zu entschuldigen und daß ich Ihnen erst jetzt die in meinem Telegramm angekündigte ausführliche Antwort sende. Es war die letzte Semesterwoche an unserer Universität, und nachdem die Vorlesungen durch die Mobilisierung und den Krieg unterbrochen worden waren, sind sie Ende Juni wieder aufgenommen worden. Auch wollte ich Ihren Brief Freunden an der Universität und einigen Persönlichkeiten in Regierungskreisen zeigen, um ihre Kommentare zu hören. Schließlich brauchte ich Zeit, um über das von Ihnen Gesagte nachzudenken und meine eigenen Gedanken im Licht der Empfindungen und Vorstellungen, die die Menschen in Israel gerade jetzt bewegen, zu ordnen. Darf ich gleich zu Beginn sagen, daß ich beanspruchen kann, die Empfindungen der meisten Israelis in bezug auf die Würdigung der moralischen Glut und das Verständnis für die Dringlichkeit zum Ausdruck zu bringen, die der Beweggrund Ihres Briefes sind. Aber ich spreche nur für mich selbst, wenn ich auf Ihre konkreten Vorstellungen eingehe und meine eigenen Anregungen darlege. Dennoch weiß ich gewiß, daß ein sehr großer Teil der israelischen öffentlichen Meinung meine Ansichten über die praktischen Aussichten einer arabisch-israelischen Regelung teilt; und ich glaube nicht zu übertreiben, wenn ich hinzufüge, daß – vorausgesetzt, die andere Seite gibt eine geeignete Antwort – die in dem zweiten Teil dieses Briefes zum Ausdruck kommenden Vorschläge leicht für die große Mehrheit der Menschen in Israel annehmbar werden, und – da Israel eine echte Demokratie ist – für seine Regierung¹. Sie stellen eine Anzahl von Gründen auf für Ihr „Sicherungsverantwortlich-Fühlen alles zu tun, was (Sie) können, um dazu beizutragen, daß es jetzt zu einem dauernden Frieden kommt“. Ich möchte einen Grund hinzufügen, den Sie nicht erwähnen, aber der für mich vielleicht alle die von

¹ „Israel's Botschaft an die Araber.“ Der in New York erscheinende „Aufbau“ (XXXIII/45, vom 10. 11. 1967, S. 3) berichtet, „daß die Regierung des Staates Israel in aller Stille . . . auf verschlungenen Umwegen . . .“ den Regierungen der benachbarten feindlichen arabischen Staaten seit einigen Wochen eine Botschaft zukommen läßt. Der „Aufbau“ schreibt dazu:

... Nämlich, daß die Wahl zwischen Krieg und Frieden in den Händen der arabischen Regierungen liegt, ganz allein in ihren Händen. „Wir Israelis haben bewiesen“ – so etwa lautet sinngemäß die israelische Kunde –, „daß, wenn man uns zum Krieg zwingt, wir verstehen, Krieg zu führen: hart, konsequent, mit allem Willens- und Kräfteinsatz, bis wir, mit zusammengebissenen Zähnen, unser Ziel erreicht haben.“

„Und genauso wird es mit dem Frieden sein, wenn einmal Ihr mit uns Frieden schließen wollt: Unser Frieden wird konsequent und total sein, wir werden alle unsere Kräfte für ihn einsetzen, wir werden ihn schützen und ausbauen, und wir werden im friedlichen Aufbau dann ebensoviel leisten, wie wir, notgedrungen, in der kriegesischen Zerstörung leisten mußten. Wir kennen weder halben Krieg noch halben Frieden.“

„Das heißt aber, daß ein Friedensschluß zwischen Euch und uns ein Segen für den ganzen Nahen Osten sein wird. Über Einzelheiten des Friedens, auch der Grenzziehung, werden wir mit uns reden lassen; aber unser Versprechen, dann das Jordanwasser für das Gemeinwohl einzusetzen, das Meerwasser zu entsalzen und Euch daran teilnehmen zu lassen, die Sandwüste zu bewässern und den Lebensstandard aller Menschen im Nahen Osten zu heben: darüber gibt es keine Diskussion, das ist unser Vorsatz, und das werden wir tun. Wir werden Euch helfen, wo immer wir können, und wir werden, in außenpolitischer Sicherheit und ehrlicher ökonomischer regionaler Zusammenarbeit, Euch und uns gemeinsam nützen können . . .“ [Anm. d. Red. d. FR.]

Ihnen aufgezählten überwiegt. Denn in einem Sinn enthält er sie alle. Es schien mir, als hörte ich in Ihrem Brief die Stimme von Arnold Toynbee, der in dem „Study of History“² zu mir sprach, nicht nur als der Architekt eines kollosalen Gebäudes, sondern, wenn ich so sagen darf, als ein Prophet, der in Ehrfurcht vor dem Geheimnis der Zeit steht und es mit einem leidenschaftlichen Suchen nach einem unantastbaren Ziel und einer versöhnenden Bedeutung in der Geschichte zu tun hat. Einige unter uns, die in der „dauernden und schmerzvollen Vertrautheit mit dem Geheimnis des jüdischen Märtyrertums und Überlebens“ leben, konnten nicht umhin, auf diese „judaistischen“ Bestandteile in Ihrem Werk zu reagieren und waren deshalb besonders schmerzlich von dem berührt, was uns, Juden und Zionisten, als eine Unterlassung erscheint, nämlich, dem Judentum und seiner zeitgenössischen Mutation Israel, ihren gebührenden Platz zu geben in Ihrem Schema aufsteigender und fallender Zivilisationen, weitreichender geistiger Kräfte, die sie formen und auflösen, all das, was angenommenermaßen am Ende zu irgendeinem erlösenden Ausgang führt, aber die sich jetzt plötzlich der tödlichen Gefahr einer totalen und sinnlosen Zerstörung gegenübersehen.

Ich begrüße deshalb Ihren Brief von Herzen, da er in einer gewissen Weise einen freundschaftlichen und fruchtbaren Dialog eröffnet. Und ich fühle mich zu diesen wenigen allgemeinen, erklärenden Bemerkungen verpflichtet, nicht aus irgendeiner Polemik heraus oder aus dem Wunsch, Ihnen Dinge in den Mund zu legen, die Sie in Ihrem Brief nicht sagten, sondern aus einem tiefen Respekt und echten inneren Bedürfnis, ehe ich auf Ihre Vorschläge eingehe.

Der Zionismus begann nicht mit Hitler, und für uns konnte deshalb die Entstehung Israels nicht in der Erklärung zusammengefaßt werden, daß die Araber „für den Genocid der Juden in Europa bezahlen mußten, der von den Deutschen und nicht von den Arabern begangen wurde“.

Ebenso wie wir unser Recht auf Existenz als unabhängiger Staat im Mittleren Osten nicht nur auf unser Recht der Eroberung gründen würden und einfach von den Arabern verlangen, sich dieser Naturgegebenheit (oder der geschichtlichen Gegebenheit) zu beugen, so könnten wir das uralte Bestreben des jüdischen Volkes – das zugegebenerweise durch den erwachenden Nationalismus in der ganzen Welt sehr beschleunigt und durch die mörderische Verfolgung unerträglich dringend wurde – unter keinen Umständen dem ausschließlichen Beschluß der Araber unterordnen. Was auch immer das Maß unseres vorstellbaren Verständnisses über den Groll der Araber sein mag, den sie hegen, weil man sie nicht bei der Balfour-Deklaration und dem Palästina-Mandat zu Rate gezogen hat und weil die UNO über ihre Proteste einfach hinweggegangen ist und ihre bewaffnete Resistenz gegenüber der Teilung (einer erdachten Lösung, um einen Zusammenstoß von Rechten zu begegnen) von den Juden 1948 überwältigt wurde, und was auch immer das Maß unseres bestürzten Mitgefühls für die schreckliche Not der Palästina-Flüchtlinge ist, so konnten wir doch die eigentliche Grundlage unserer Existenz nicht in Frage stellen.

Bei dem gefallenem Stand der Menschheit ist es wahrscheinlich zu viel verlangt, daß eine nationalistische Bewegung den Standpunkt der anderen Seite sieht und ihr

² In deutscher Übersetzung: „Der Gang der Weltgeschichte“.

bereitwillig und altruistisch Konzessionen macht. So viele Tat- oder Unterlassungssünden die Zionisten in dieser Beziehung begangen haben mögen, so sind die Araber jedem ihrer Kompromißversuche immer wieder mit der absoluten und unversöhnlichen Weigerung begegnet, einen jüdischen Anspruch anzuerkennen. Das mußte zu einer halb verzweifelten, halb herausfordernden Reaktion führen: da man nichts mit ihnen tun konnte, es trotzdem und sogar gegen sie zu tun. Die arabische Intransigenz hat sich als eine verhängnisvolle Politik für die arabischen Interessen erwiesen. Jede Krise, die in einem bewaffneten Zusammenstoß kulminierte, kostete den Arabern mehr und mehr und schwächte ihre Position noch weiter, was wiederum die arabische Neurose in bezug auf Israel vertieft hat.

Verwundeter Stolz einer Rasse mit glorreichen Erinnerungen ist kein unedles Gefühl. Aber besessen zu sein von einem Gefühl des Unrechtes und des Selbstmitleids führt zu unfruchtbarer Egozentrik und wirkungslosem Menschenhaß. Wo wären wir Juden heute, wenn wir niemals aufgehört hätten, uns all der Wunden zu erinnern, und immer wieder die Demütigungen durchlebt hätten, die wir von der Hand jeder möglichen Nation erlitten haben, mit der wir im Laufe unserer langen Geschichte in Berührung gekommen sind? Was wäre mit den Verfolgten und Mißhandelten unserer Abstammung geschehen, hätten wir uns wie die arabischen Staaten gegenüber den arabischen Flüchtlingen benommen: „Mögen sie leiden und verkommen, denn es ist alles das Tun der Juden, und wir müssen es für den Feind nicht leichter machen, sondern sollten im Gegenteil die Wunde offenhalten.“ Ist keine Hoffnung, den verwerflichen Kreis zu brechen – die Quelle so vieler Leiden für die Völker des Mittleren Ostens, die nun die ganze Welt in den Abgrund einer unaussprechlichen Katastrophe zu ziehen droht?

Ein von uns beiden tief verehrter Mann, mein verstorbener Lehrer, R. H. Tawney, schrieb:

Es ist die Tragik der Welt, daß der Mensch erkennen muß, daß die Entdeckung einer versöhnenden Formel immer den künftigen Generationen überlassen bleibt, in denen die Leidenschaft zur Neugier abgekühlt ist und die Agonien der Völker zu Schulübungen geworden sind. Der Teufel, der Brücken baut, überbrückt solche Abgründe nicht, bis vieles, das der Menschheit kostbar ist, in ihnen für immer verschwunden ist. Sicher ist genug Blut in die Abgründe geflossen, damit die versöhnende Formel sich entwickeln kann und schließlich angenommen wird. Es ist unendlich traurig, daß der Homo sapiens so geistlos ist und daß seine Vernunft so von irrationalen Trieben und unlenkbaren Abneigungen beherrscht und verdreht ist, so daß nur ein überwältigender Schock und unabänderliche faits accomplis die süße Stimme der Vernunft hörbar machen.

Ich stimme ganz mit Ihnen darin überein, daß am Morgen nach dem dritten arabisch-israelischen Krieg innerhalb von zwanzig Jahren die egozentristischen Nationalisten auf beiden Seiten reif sein sollten für die Annahme der Tatsache, daß man, so bitter es auch ist, nicht in der Lage zu sein scheint, sein höchstes Ziel in seiner unverminderten Ganzheit zu erreichen. Das ist die Art, wie eifersüchtige Götter es wollen. Es mag für die von der Vision eines panarabischen Reiches vom Iran bis zum Atlantik angetriebenen Araber hart sein, die Juden am östlichen Ufer des Mittelmeeres angesiedelt zu finden. Aber der Krieg, der von den Extremisten bis zum bitteren Ende

befürwortet wurde, wird, da es unwahrscheinlich ist, daß er Israel auslöscht, gewiß sofort die arabischen Staaten unter sowjetische Herrschaft bringen mit russischen „Beratern“ und „Technikern“ in jedem Amt und Regiment: ein sonderbarer Vollzug des Traumes von einer islamischen Renaissance. Selbst jene nicht mehr sehr zahlreichen Juden, die noch immer fähig sind, sich an den Versen über die Weite des Königreiches zu berauschen, das der Allmächtige Seinen Kindern verheißen hat, müssen sich der Tatsache bewußt werden, daß Gott ihnen einen unfairen Streich gespielt hat, indem er so viele Araber an die Ufer des Jordans setzte und noch viel mehr über die umliegenden Länder verstreut hat. Die Israelis mögen sie wieder und wieder schlagen, aber nur, um die verheißene „Ruhe und das Erbe“ in immer weiterer Entfernung zu sehen und selbst verdammt durch das Schwert zu leben, anstatt im Geiste zu wandeln, ein Sparta zu sein und nicht die Kombination von Jerusalem und Athen – der liebste Traum der Edelsten unter den Propheten des Zionismus.

In der Tat, man muß Israel nicht von der Erwünschtheit und der Notwendigkeit des Friedens überzeugen. Diese ganze Mühe ist für die andere Seite erforderlich. Was die tatsächlichen von Israel ins Auge gefaßten Bedingungen angeht, so sind diese eine Funktion der arabischen Bereitwilligkeit, Israel anzuerkennen und echten Frieden mit ihm zu schließen. Je ernster unsere Befürchtungen, desto schwerer sind die Garantien, die wir für unser Leben und unsere Sicherheit als notwendig erachten; je größer das Vertrauen ist, das die Araber uns einflößen können, desto leichter werden unsere Bedingungen wahrscheinlich sein.

Sie wählen zwei Punkte aus, die am wichtigsten und in der Tat am umfassendsten sind: Flüchtlinge und Grenzen. Erst gestern war ich von jemandem tief beeindruckt, den ich immer geneigt war, als einen ziemlich Extremisten anzusehen und der erregt ausrief: „Aber wir sollten alles, was wir haben, bis zur zehnten Generation verpfänden, um dieses schreckliche Problem der arabischen Flüchtlinge zu lösen!“

Ich bin sicher, daß darüber alle Ihre Vorschläge bis auf einen dem entsprechen werden: Geldliche Entschädigung, Sonderentschädigung, Beteiligung an einem internationalen Fonds für Wiederansiedlung. Die Schwierigkeit wäre, offen gestanden, der Vorschlag eines israelischen Angebotes an die arabischen Flüchtlinge von 1948, die Wahl, zurückzukehren. Sie betrachten dies ihrer symbolischen Bedeutung wegen als wichtiger, wenn Sie die Gewißheit aussprechen, daß die „Mehrheit für eine Wiederansiedlung außerhalb Israels optieren wird“. Wie Sie wissen, haben wir ein solches Angebot den Flüchtlingen von 1967 gemacht, die, von Panik ergriffen (aus einer unversöhnlichen Feindseligkeit gegenüber Israel oder aus dem Wunsch heraus, bei ihrer nächsten Verwandtschaft zu sein), während und seit der kürzlichen Feindseligkeiten zum Ostufer des Jordans herübergingen. Wir wissen noch nicht, wie viele von ihnen von dem Angebot einer Rückkehr nach dem Westufer Gebrauch machen werden. Wenn ich auch die menschliche und symbolische Bedeutung, in der Tat, die Pflicht sehen kann, um den Flüchtlingen neuesten Datums solch eine Option zu erlauben, so zweifle ich, ob man dasselbe mit Bezug auf die Flüchtlinge von vor zwanzig Jahren tun kann. Dies würde nicht nur ein sehr ernstes Problem für Israel schaffen. Es würde auch den Flüchtlingen, die in Lebensbedingungen verpflanzt werden, die ganz verschieden von denen sind, die wir vor einer Generation kannten, Anforderungen und Belastungen auf-

erlegen, die ihnen erspart blieben, wenn man sie wieder in ein arabisches Land oder nach Übersee ansiedelt. Dies bedeutet nicht, daß wir nicht bereit wären, wie wir es in der Vergangenheit gewesen sind, eine Wiedervereinigung von Familien zu erlauben oder, soweit erforderlich, besondere Bedingungen zu machen.

Diese Welt sollte eine werden und ein geeigneter Ort für Menschen verschiedener Rassen und Religionen, die zusammen leben können. Doch muß ich daran denken, bis zu welchem Ausmaß gerade solche Regimes – die beanspruchen, angeblich von einem universalen Glauben inspiriert zu sein, der proletarischer Solidarität und universaler Bruderschaft völkische Besonderheiten und nationale Selbstbehauptung unterordnet – für ihr Nationalitätenproblem keine andere Lösung gefunden haben als die Austreibung von Millionen von Frauen und Kindern und die Annexion großer Gebiete, deren historischer Anspruch sich in keiner Weise mit dem Gehalt des jüdischen Anspruchs auf Palästina vergleichen läßt. Sogar in so fortgeschrittenen und reichen Ländern wie Belgien und Kanada nimmt der völkische Konflikt eine Virulenz an, die allen Beobachtern unverständlich ist. Übrigens hat Israel durch die Aufnahme von einigen Hunderttausenden jüdischer Einwanderer oder Flüchtlinge aus den arabischen Ländern eine Art Bevölkerungsaustausch durchgeführt. Was die Bedingungen, auch in bezug auf die Gebiete, angeht, so bin ich der realistischen Ansicht, die von vielen geteilt wird, daß ein von Arabern dicht bevölkertes Gebiet nicht nur keinen Gewinn, sondern auch eine Verpflichtung für Israel bedeutet, die sogar vom strategischen Gesichtspunkt aus die vermeintlichen strategischen Vorteile von dem überwiegt, was man die „besser zu verteidigenden Grenzen“ nennt. Aber es gibt Vorbehalte. Israel hat ein Recht auf Sicherheit, und obwohl ich kein Einverleiber sein möchte, könnte ich die Waffenstillstandsgrenzen von 1949 (Sie sagen versehentlich 1948) nicht als sakrosankt ansehen und würde von Ihnen in Betracht gezogene Berichtigungen für berechtigt und in der Tat unerläßlich halten an solchen Unruheherden wie der syrischen Hügelkette, der Grenze am Sinai und der Straße von Tiran. Aber ich füge vorsorglich hinzu, wenn man andere wirksame Garantien für unsere Sicherheit ausfindig machen könnte – im Wege einer Entmilitarisierung, einer internationalen Streitkraft (nicht einer, die man einseitig ihre Koffer packen läßt), durch eine internationale Regierung –, ich zu sagen wage, daß kein beharrlicher Zwang auf weitreichende territoriale Änderungen ausgeübt würde. Der Gazastreifen kann nicht eine ägyptische Enklave bleiben.

Israel hat Jordanien wiederholt freien Zugang zu den israelischen Häfen am Mittelmeer angeboten, und obwohl ich für Syrien – das eigene gute Häfen hat – einen freien Zugang nach Haifa nicht für notwendig erachte, so würde diese Forderung in einer Atmosphäre guter nachbarlicher Beziehungen, ebenso wie die Frage des Rechts auf freien Zugang für Ägypten durch arabisches Gebiet in Israel nach den anderen arabischen Staaten, gewiß kein unüberwindliches Hindernis darstellen. Dafür aber ist die freie Durchfahrt für den israelischen Schiffsverkehr durch den Suezkanal eine Vorbedingung.

Die Jerusalem-Frage ist ein wesentlicher Punkt sui generis, und hierüber werden wir wahrscheinlich verschiedener Meinung sein. Eines kann ich Ihnen versichern: Es gibt in Israel niemanden oder irgendeine Gruppe von Menschen, gleich welcher Stellung, noch nicht einmal unter den

Ultraorthodoxen, die davon träumen würden, den Tempel wiederaufzubauen und moslemische oder andere Heiligtümer zu zerstören. Um diese ganze Angelegenheit brauchen Sie sich nicht einen Augenblick Sorge zu machen. Gleichzeitig ist die öffentliche Meinung in Israel mit Bezug auf die Einbehaltung Jerusalems so einmütig und entschlossen, daß keine Regierung sich länger als nur eine Woche halten würde, wenn sie diesbezüglich Anzeichen von Nachgiebigkeit erkennen ließe. Ich bitte den Historiker Arnold Toynbee das Für und Wider dieses Sachverhaltes in historischer Sicht und mit der Objektivität des Historikers zu erwägen, so schwer es auch ist, dieses belastete Problem in dieser Weise zu behandeln.

Wenn Israel bereit ist und ihm in der Tat äußerst viel daran liegt, daß alle Heiligen Stätten internationaler Verwaltung und Überwachung durch die akkreditierten Vertreter der verschiedenen Religionen unterstellt werden, Christen und Moslems, mit garantierter Exterritorialität, weshalb sollte man soviel Aufhebens machen hinsichtlich der Souveränität über die Gebiete, die keine heiligen Orte enthalten? In welcher Hinsicht war die haschemitische Dynastie Jordaniens – deren Herrschaft über Jordanien in einem reinen Nachkriegszufall des Ersten Weltkrieges und tatsächlich einer britischen Verlegenheit ihren Ursprung hatte – ein vertrauenswürdigerer Wächter als eine israelische Regierung, die (wie Sie andeuten) Pfänder in all den christlichen Nationen hat? Sie haben nicht eine einzige Synagoge im Alten Jerusalem stehen lassen, und die Straße mit Grabsteinen des uralten Friedhofs auf dem Ölberg gepflastert. Sehen wir uns hier nicht einem Restbestand jener unglücklichen, jahrhundertealten besonderen Haltung der Nation von Gottesmördern gegenüber, deren Inferiorität gegenüber dem Christentum (und dem Islam) besonders offenkundig gemacht werden muß und deren Gliedern niemals erlaubt werden kann, daß sie die Glieder des wahren und triumphierenden Glaubens beherrschen oder befehlen dürfen. Internationalisation? Es scheint mir, daß sich Anzeichen dafür finden, daß der Vatikan sich keineswegs für die Erwünschtheit eines Jerusalem entschieden hat, das von der UNO verwaltet wird, in dem heidnische, kommunistisch-atheistische und moslemische, von protestantischen Mächten ganz zu schweigen, die überwiegende Mehrheit bilden [vgl. o. S. 8 Anm. 1]. Darf ich endlich an die ungeheure Agitation gegen die Einverleibung Roms, der Hauptstadt der Christenheit, dem Sitz des Heiligen Stuhls, in das Königreich Italien im 19. Jahrhundert erinnern? Es bedarf heute einer Anstrengung von Vorstellungsgabe, um sich eine Situation zu vergegenwärtigen, in der Rom nicht die Hauptstadt Italiens ist, sondern der Freistaat des Papstes oder eine internationale Stadt.

Dies bringt mich zu meinem letzten und unmittelbar praktischen Punkt: Wie soll man es in Angriff nehmen, um Frieden zu erreichen?

Wie sehr viele Israelis wünsche ich inständig eine baldige Abmachung mit König Hussein von Jordanien. Damit ich mich nicht in zu optimistische Illusionen verliere, möchte ich nicht mehr sagen, als daß diese Lösung mir als die von allen besprochenen als die am wenigsten unmögliche erscheint. Die Israelis haben einen echten Respekt und eine geheime Zuneigung für den tapferen kleinen König, und man kann Aussprüche eines fast mitfühlenden Bedauerns über den von ihm begangenen schrecklichen Mißgriff hören. Übrigens illustriert die Tatsache des in Israel völligen Mangels irgendwelchen Hasses oder einer Verachtung gegenüber den Arabern als solchen am besten,

daß die Flut von Kriegs- und Siegesliedern und -gedichten nicht eine einzige Hymne des Hasses hervorbrachte; und daß sich niemals ein Schimpfwort in den Funk oder in die Presse eingeschlichen hat. Es gab nur geringfügige Fälle von Plünderung, die sofort bestraft wurden, obwohl in der Hitze des Gefechts und Geplänkels es einige unnötige Zerstörungen von Häusern gegeben zu haben scheint. Die Menschen, die obdachlos geworden waren, erhielten bald Unterkünfte. Ich glaube, wir sind an einem Übereinkommen mit Jordanien interessiert, und Hussein würde von einer solchen Regelung nicht weniger als wir gewinnen, die ihm den größten Teil des Westufers, abgesehen von Jerusalem, seine unmittelbare Nachbarschaft und einige wenige strategische Punkte sonstwo zurückgeben würde, wobei den Jordanien freier Zugang nach Jerusalem in irgendeiner Form und zu den Heiligen Stätten des Islam zugesichert würde. Wie Sie meine ich, daß die internationale Gemeinschaft, besonders der Westen, begeistert bereit sein würde, sehr große Summen anzubieten und ein gemeinsames internationales Unternehmen mit Israel und Jordanien als Partner zu fördern, das zur Wiederansiedlung der Flüchtlinge bestimmt ist, und um jene von Ihnen erwähnten öffentlichen Arbeiten einer Bewässerung und Entsalzung auszuführen, die nicht nur das Flüchtlingsproblem lösen, sondern Hussein auch wieder seine frühere Stellung zurückgeben würde. So würde ein gemeinsamer Einsatz für einen gemeinsamen Wohlstand geschaffen. Ob Hussein es wagt, einen solchen Schritt allein zu machen? Wenn man objektiv spricht, können Ägypten und Syrien es sich leisten, nicht irgendein Abkommen mit Israel zu schließen und die Rolle intransigenter Patrioten zu spielen; Jordanien aber kann nicht ohne ein Abkommen existieren. Hussein ist so lange grausam geschmäht und von den mächtigeren arabischen Staaten mißbraucht worden. Im Krieg haben er und seine Armee sich sehr ehrenhaft gehalten, und die von ihnen gebrachten Opfer waren unverhältnismäßig größer als die der anderen arabischen Staaten. So hat er mehr als seinen Teil beigetragen, um für die arabische Ehre zu kämpfen.

2 Der Bevölkerungsstand in den von Israel verwalteten Gebieten

Wir entnehmen diesen Überblick der in Wien erscheinenden Monatschrift „Neue Welt“ (XX/21/22), Wien, Oktober/November 1967, S. 2.

Er bietet das Ergebnis einer im Sommer 1967 durchgeführten israelischen Volkszählung in den genannten Gebieten:

(JERUSALEM, SBC) – Der Statistiker der israelischen Regierung, Professor Roberto Bacchi, erklärte auf einer Pressekonferenz in Jerusalem, daß acht Volkszählungen seit Juni dieses Jahres in den besetzten Gebieten durchgeführt wurden. Nunmehr ist einwandfrei ermittelt, daß diese Gebiete eine Bevölkerung von einer Million Bewohnern aufweisen, hinzu kommen 64 000 in der Jerusalemer Altstadt.

200 000 Hausbesuche wurden ohne Zwischenfälle durchgeführt. Die Bevölkerung kooperierte eifrig.

Die statistische Untersuchung wollte drei Gebiete erfassen: 1. Größe der Bevölkerung, 2. demographische und religiöse Schichtung, 3. die Zahl der Flüchtlinge.

Im Gazastreifen wurden 356 000 Personen festgestellt, davon 99 Prozent Moslems. Im Gazastreifen leben 50 Prozent der Bevölkerung in den Flüchtlingslagern. In

Es ist durchaus möglich, daß, nachdem das Geschrei gegen Hussein wegen seiner Einigung mit Israel abgeklungen ist, die anderen arabischen Staaten ihrer Erregung müde werden und sich an ihre inneren Angelegenheiten heranmachen und allmählich in einen Modus vivendi gleiten oder sogar, ziemlich bald, dem Beispiel Husseins folgen.

Nun werde ich mich jetzt gegenüber ziemlich vielen Juden exponieren, so wie Sie sich mit ihren Worten gegenüber Ihren Arabern exponiert haben. Mir mißfällt der Gedanke eines separaten, kleinen, autonomen arabischen Staates am Westufer des Jordans, der ein getarntes israelisches Protektorat wäre. Nicht nur, weil ich seine wirtschaftliche Lebensfähigkeit bezweifle und wegen der erdrückenden finanziellen und verwaltungsmäßigen Last besorgt bin, die er Israel gewiß auferlegt, seinen Irredentismus befürchte und die schweren daraus entstehenden Sicherheitsprobleme. Ich schreke davor zurück, daß Juden über andere dominieren. Dieser Gedanke steht mit dem Bild des Judentums in Widerspruch, das mir teuer ist, und das Beispiel anderer Nationen läßt mich die Gefahren hinsichtlich der moralischen Struktur, des psychologischen Gleichgewichts und der geistigen Werte befürchten, denen eine Herrenrasse ausgesetzt sein könnte.

Ich bete, daß man uns nicht zwingt, eine solche Rolle anzunehmen, was geschehen mag, wenn ein Abkommen mit Jordanien sich als unmöglich erweist und die anderen arabischen Staaten sich weigern, Frieden mit Israel zu machen.

Sie sprechen in bewegender Weise von Ihren Enkeln. Ich verstehe Sie gut. Ich bin ein jüngerer Mann, und ich habe zwei kleine Kinder. Wenn ich ihnen ins Auge schaue, denke ich an die Millionen jüdischer Kinder, die die Nazis von ihren Eltern trennten, verhungern ließen und in den Gaskammern töteten. In solchen Augenblicken geht mein Herz zu all den Kindern in der Welt, den arabischen, den vietnamesischen und allen anderen, und ich möchte laut ausrufen: „Niemand, niemals wieder!“

Ihr ergebener J. L. Talmon

Gaza selbst leben 119 000 Personen, in Chan-Junis 53 000 und in Raffia 50 000.

Die ägyptischen Behörden führten im Jahre 1965 eine Volkszählung im Gazastreifen durch und registrierten 428 000 Personen. Die Differenz zwischen der ägyptischen Zählung und der israelischen ergibt sich daraus, daß die Bevölkerungsstatistik tendenziös geführt wurde. Geburten wurden genau, Todesfälle ungenau registriert. Diese Praxis war auch im Palästina der Mandatsregierung üblich, ebenso in Jordanien. Auch die UNO-Behörden bemerkten, daß nur ca. 40 Prozent der Todesfälle registriert werden.

Im Westufer-Bezirk (ohne Jerusalem) wurden 600 000 Bewohner festgestellt, gegenüber 730 000, die die Jordanier 1961 registrierten. Tatsächlich gab es eine Auswanderung aus dem Westufer-Gebiet nach Jordanien.

Die größte Differenz weist Jericho auf, wo vorwiegend Flüchtlinge lebten. 1961 wurden dort 64 000 Personen registriert. Heute sind es nur noch 9000, während z. B. Ramallah fast unverändert blieb.

In Nord-Sinai (El Arisch und Umgebung) wurden 34 000 Personen gezählt, auf den Golan-Höhen 16 000, davon 90 Prozent Drusen.

Auch die Altersschichtung ist schwer festzustellen, da hier ungenaue Angaben vorliegen, insbesondere bei den Frauen.

Jedoch läßt sich feststellen, daß 50 Prozent der arabischen Bevölkerung der besetzten Gebiete unter 15 Jahre alt sind, während die jüdische Bevölkerung Israels nur 32 Prozent Kinder bis zum 15. Lebensjahr aufweist.

In der Jerusalemer Altstadt wurden vom Innenministerium 67 000 Personen gezählt, davon 80 Prozent Moslems.

Bezüglich der Flüchtlinge legte Professor Bacchi dar, daß als Flüchtlinge nur Familien zu betrachten sind, deren Oberhaupt im israelischen Staatsgebiet geboren ist und es infolge der Kriegseinwirkungen von 1948 verlassen mußte. In Gaza wurden 220 000 und im Westufer-Gebiet 120 000 Flüchtlinge eruiert. Die UNRWA-Hilfsorganisation hat aber im Gazastreifen 250 000 und im Westufer-Gebiet 180 000 registriert, wobei sich die Organisation selbst bewußt blieb, daß aus den angegebenen Gründen diese Zahlen zu hoch gegriffen sind.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß der Zensus ergeben hat, was vorher schon ahnungsweise bekannt war: die Zahl der Flüchtlinge wurde hochgespielt, einerseits aus politischen Gründen, andererseits um die UNRWA-Hilfe zu erlangen. In den Flüchtlingslagern leben zahlreiche Familien, die keine Flüchtlinge sind und nicht aus israelischem Staatsgebiet stammen [s. u. S. 60].

3 Flüchtlinge, die nicht existieren¹

Israelische Volkszählung – Eine Berichtigung der UNRWA-Zahlen

Die israelische Volkszählung in den von Israel verwalteten Gebieten hat auch erstmals genaue Flüchtlingszahlen am Westufer und im Gazastreifen erbracht. Seit der Gründung der „United Nations Relief and Work Agency for Palestine Refugees“ (UNRWA) vor etwa 19 Jahren sind die Flüchtlinge zuvor wegen des Widerstandes ihrer Gastländer dagegen niemals auf den jeweiligen gegenwärtigen Stand gebracht worden.

Am Westufer und im Gazastreifen sind ein Drittel Flüchtlinge weniger als nach den statistischen Angaben der UNRWA. Dies ist eine der wesentlichsten Folgerungen der Ende September 1967 durchgeführten Volkszählung in diesen Gebieten.

Nach den Angaben der UNRWA waren nach dem Sechstagekrieg am Westufer einige 400 000 Flüchtlinge und im Gazastreifen 300 000. Die israelische Volkszählung hat offenbar werden lassen, daß in jedem der beiden Gebiete nur 200 000 Flüchtlinge sind – insgesamt 400 000, gegenüber den Zahlen der UNRWA von 700 000.

Nach früheren Statistiken lebten am Westufer fast eine Million Menschen und im Gazastreifen einige 450 000. Es scheint jetzt, daß die allgemeinen Einwohnerzahlen in diesen Gebieten 20 bis 25 Prozent niedriger liegen.

4 Flüchtlinge im Mittleren Osten: — eine Lösung im Frieden

Wir entnehmen die folgende zusammenfassende Darstellung des Problems einem von den „Israel Information Services“, New York (1967) — der Vertretung der Israelischen Regierung — herausgegebenen ausgezeichneten kurzen Überblick. Wir geben die den Hintergrund des Problems erhellende Einleitung der Schrift in Übersetzung wieder.

Am 29. Juni 1967 gab die Regierung von Israel ein Komunique über die arabische Flüchtlingsfrage mit folgendem Wortlaut bekannt: „Mit der Schaffung der neuen

Bedingungen in dieser Region besteht jetzt eine Situation, die mit regionaler und internationaler Zusammenarbeit eine allgemeine und sofortige Lösung des Flüchtlingsproblems erlaubt.“ – Dieser Erklärung ging eine frühere Ankündigung voraus, daß ein Spitzenkomitee auf höchster Ebene gegründet worden war, um ein Programm über die Flüchtlingsrehabilitation aufzustellen.

Es ist natürlich offensichtlich, daß das Ausmaß des Erfolges für Israel bei Inangsetzung des Programms letzten Endes von dem Grad der bevorstehenden regionalen und internationalen Zusammenarbeit abhängt. Dies bedeutet vor allem eine Bereitschaft von seiten der arabischen Regierungen, ihre Stellung der totalen „Nicht-Verantwortlichkeit“ für das Flüchtlingsproblem aufzugeben, die ihr Verhalten bis jetzt charakterisiert hat. Darüber hinaus erfordert es die Beendigung ihrer kriegesischen Haltung gegenüber Israel, die die eigentliche Ursache für das arabische Flüchtlingsproblem ist.

Dreimal in zwei Jahrzehnten haben die arabischen Armeen Krieg gegen Israel geführt, nur, um zurückgeschlagen zu werden. In jedem Fall war ihr klar zum Ausdruck gebrachtes Ziel die Vernichtung des jüdischen Staates, ein Ziel, das beständig wieder geltend gemacht und dreimal tatsächlich versucht wurde.

Der arabische Flüchtling wurde aus diesem Vorhaben heraus geboren. Er ist das Opfer einer verrannten, von seinen eigenen Führern ausgedachten Politik. Hätte es keine Kriege gegen Israel gegeben – im Jahre 1948, 1956 und wieder 1967 –, so würde es heute keinen einzigen arabischen Flüchtling geben. Nachdem man ihn jedoch einmal ins Dasein gebracht hatte, haben die arabischen Regierungen den arabischen Flüchtling zwanzig Jahre lang als wichtigste politische Waffe in ihrem Feldzug gegen Israel benutzt. Jeder Vorschlag zur Einordnung und Rehabilitation – und es gibt deren viele – ist zu Fall gebracht worden, um ein endloses Fortbestehen des Flüchtlingsproblems zu sichern, als Werkzeug der Propaganda und des Hasses. Daß es dennoch vielen Tausenden von Flüchtlingen gelang, aus dem unfruchtbaren Dasein, zu dem man sie verurteilt hatte, auszubrechen, bleibt eine Quelle offiziellen arabischen Mißfallens.

Mit der großen Anzahl von Flüchtlingen, die durch eigene Initiative eine volle oder teilweise Unabhängigkeit erreichten, und den dick aufgetragenen Flüchtlingslisten gibt es über das wirkliche Ausmaß des Problems heute verschiedene Meinungen. Aber gewiß wird es nur ganz gelöst werden, wenn die arabische Führung ihre eigene Verantwortung anerkennt, an einer Lösung zu arbeiten. Der Kernpunkt des arabischen Denkens war bisher durch diesen Begriff einer „Nicht-Verantwortlichkeit“ gekennzeichnet. Die Araber haben wiederholt und beständig gesucht, sich von einem unmittelbaren Einbezogensein in das von ihnen selbst geschaffene Flüchtlingsproblem zurückzuziehen und seine volle Last Israel, den Vereinten Nationen und allen, außer sich selbst, aufzubürden.

Überdies haben die Araber bei der Forderung, daß Israel die Flüchtlinge vorbehaltlos zurücknimmt, kein Geheimnis aus ihrem eigentlichen Motiv gemacht. Präsident Nasser hat dies in einem Satz vom 1. September 1960 zusammengefaßt:

„Wenn die Flüchtlinge nach Israel zurückkehren, wird Israel aufhören zu existieren.“

Das offizielle ägyptische Radio hat dieses Thema von der Vernichtung Israels von innen her ergänzt, als es vom 13. September 1961 kommentierte:

¹ In: London Jewish Observer (XVI/40), 6. 10. 1967, p. 4.

„Es ist offensichtlich, daß die Rückkehr von einer Million Arabern nach Palästina sie zur Mehrheit der Einwohner Israels machen wird. Dann werden sie ihren Willen den Juden aufzwingen können und sie aus Palästina vertreiben.“

Gewiß wird man Israel verstehen, wenn es sich nicht bereit zeigt, Selbstmord zu begehen.

Nicht, daß Israel auf der Suche nach einem Beitrag zu einer Lösung des Problems passiv geblieben wäre, und dies nicht trotz der offiziellen arabischen Obstruktion. Es hat in der Vergangenheit angeboten, daß es das Flüchtlingsproblem als ersten Gegenstand auf die Liste der Friedensgespräche setzen wird, und hat sogar die Bereitschaft ausgedrückt, eine Abmachung außerhalb des Rahmens einer endgültigen Friedensregelung zu diskutieren; Israel nahm einige Zehntausende innerhalb des Planes einer Familienzusammenführung auf; es hat einseitig Konten und Bankfächer von Flüchtlingen in israelischen Banken freigegeben; es hat sich selbst bereit erklärt, die Flüchtlinge für zurückgelassenes Eigentum zu entschädigen. Und jetzt beginnt Israel mit einem Programm unmittelbarer Rehabilitation in den unter seiner Kontrolle stehenden Gebieten.

Die Bewegung der Flüchtlinge

Israel – das in den von ihm verwalteten Gebieten in bezug auf die internen zivilen Angelegenheiten strikt die Politik einer Mindesteinschüchternung angenommen hatte – hielt sich von jeder Aktion zurück und erlaubte den Flüchtlingen Freiheit des Verkehrs. Als aber die arabischen Propagandisten diese Freiheit zu mißbrauchen begannen und behaupteten, daß Israel die Bewohner des Westufers tatsächlich vertreibe, ergriff die israelische Regierung entscheidende Schritte und stellte ihren Standpunkt klar. Sie gab am 29. Juni 1967 bekannt, daß der Übergang vom Westufer nach dem Ostufer nur denen erlaubt wird, die eine Erklärung unterschreiben, daß sie dieses freiwillig und ohne Druck verlassen. Diese Erklärungen werden in Gegenwart des örtlichen Bürgermeisters oder Dorfältesten gemacht und von ihm beglaubigt.

Am 2. Juli 1967 gab die Regierung bekannt, den zum Ostufer hinübergegangenen Bewohnern des Westufers die Rückkehr zu ihren früheren Wohnstätten zu gestatten¹.

Der Zug zum Ostufer – ein wirtschaftlicher Faktor

Die Mehrheit derjenigen, die den Übergang zur jordanischen Seite unternahmen, waren Flüchtlinge aus den Lagern, obwohl ihre Zahlen durch viele jordanische Soldaten, die sich ihrer Uniformen entledigt hatten, und durch Regierungsbeamte und ihre Familien answollen. Bürgermeister und Vorsteher örtlicher Behörden haben bestätigt, daß verhältnismäßig wenig einheimische Bewohner sich dem Flüchtlingsstrom anschlossen.

Die Ursache dieser Wahl war überwiegend wirtschaftlicher Natur. Tausende von Flüchtlingen erhalten monatliche Geldsendungen von in Kuwait oder in anderen arabischen und nichtarabischen Ländern lebenden und arbeitenden Verwandten. Diese Geldsendungen belaufen sich auf über 50 Millionen Dollar jährlich. Diese Summen werden nun auf Bankzweigen östlich vom Jordan überwiesen

und nicht mehr in die Gebiete des Westufers. Es war daher ein starker wirtschaftlicher Zug, der die Menschen über den Fluß zog. Viele in den Flüchtlingslagern Lebende flohen auch, weil sie ungerechtfertigterweise befürchteten, daß sie ihre UNRWA-Rationen verlieren würden, andere wieder gingen fort, um mit ihren Familien am Ostufer wieder vereinigt zu sein.

Zur Verwaltung der neuen Gebiete³

Im Hinblick auf die Verwaltung der besetzten Gebiete hat der israelische Außenminister Abba Eban in einem Fernsehinterview vom 14. Juni 1967 die Politik Israels zusammengefaßt. Er sagte: „Es ist für uns in unserer Politik wesentlich, daß den Schäden und Leiden des Krieges ein Ende gesetzt wird. Die von uns durchgeführte Politik will alle Einwohner in den unter unserer Kontrolle stehenden Gebieten mit sozialen, wirtschaftlichen und humanitären Diensten versorgen. Es liegt auf der Hand, daß die ersten wenigen Tage der Hauptkämpfe Verwirrung mit sich brachten. Ich glaube, daß wir diese überwunden haben, aber die Weltöffentlichkeit sollte keinen Zweifel darüber haben, was unsere Politik ist. Sie will eine gerechte, eine humane Haltung allen Einwohnern gegenüber einnehmen, für die wir nun diese Verantwortung tragen. Verkehrsmittel, Nahrungsmittelversorgung, Stromversorgung in den Dörfern, alle funktionieren gut, und, wie ich schon gesagt habe, ist es unsere Politik, eine Vertreibung oder Abwanderung weder zu ermutigen noch ihr Vorschub zu leisten.“

Als die israelischen Behörden in den Gazastreifen kamen, fanden sie, im Grunde genommen, ein Konzentrationslager vor. Die ägyptische Militärverwaltung hatte den 300 000 dortigen Einwohnern jedes Reisen nach außerhalb des Gebietes, sogar nach Ägypten, nahezu ganz verboten. Israel hat jetzt die Reisebestimmungen aufgehoben, und die Bewohner des Gazastreifens können nun zum ersten Mal und nach fast zwei Jahrzehnten an das Westufer des Jordans reisen und ihre Kontakte mit Verwandten und Freunden wiederaufnehmen⁴.

5 Jüdische Flüchtlinge aus den arabischen Ländern — 1967⁵

Während sich die Aufmerksamkeit auf die arabische Bevölkerung in den von Israel verwalteten Gebieten konzentrierte, hat man dem Schicksal der 120 000 Juden in den arabischen Ländern beim Ausbruch der Feindseligkeiten im Juni 1967 wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Beim Ausbruch der Feindseligkeiten wurden die jüdischen Gemeinden in den arabischen Ländern Vorderasiens und Nordafrikas Opfer einer Welle von Verfolgung und Ter-

³ a. a. O. p. 29/30.

⁴ Am 30. Juni bezeichnete der Leiter einer Delegation des Internationalen Roten Kreuzes im Verlauf einer Konferenz mit Moshe Dayan Israels Behandlung der Kriegsgefangenen, besonders der Verwundeten, als beispielhaft. Die Delegation besprach mit dem Minister die Frage des Austausches von Kriegsgefangenen und der postalischen Verbindung zwischen Arabern in den kontrollierten Gebieten und ihren Familien in den arabischen Staaten. Er unternahm es, das Rote Kreuz mit den erforderlichen technischen Möglichkeiten zu versorgen zur Nachforschung von Mitgliedern getrennter Familien und zur Aufnahme von Kontakten unter ihnen.

(In: Christian News from Israel a. a. O. p. 21)

⁵ Vgl. a. a. O. p. 31; Israel Bulletin 2/16, 12. Juli 1967.

¹ Vgl. Refugees in the Middle East a. a. O. p. 27.

² Allerdings hintertreiben die jordanischen Behörden häufig die von Israel genehmigte Rückkehr von Flüchtlingen und nützen die längst ausgestellten Erlaubnissscheine nicht aus.

ror. Überall in diesen Ländern wurden Juden wie Feinde behandelt. Viele flohen angesichts des offiziell veranlaßten Terrors durch den Mob. Um sich greifende Zerstörungen und Beschlagnahme ihres Eigentums, Plünderung, Mord und willkürliche Verhaftungen waren an der Tagesordnung. In Ägypten allein befanden sich zu diesem Zeitpunkt 2000 bis 2500 Juden. Von ihnen kamen 600 ins

Gefängnis und wurden unter unmenschlichen Bedingungen inhaftiert, unfähig, sich niederzulegen und oft gar, sich zu setzen. Keine sanitären Einrichtungen und kein Wasser oder Essen 48 Stunden lang. Am dritten Tag bekamen sie etwas Wasser und am vierten wenig trockenes Brot und Käse. In Syrien, Libyen und Aden fanden Pogrome statt.

2 Kirche in der Verkündigung in Israel¹

Von Elisabeth Hemker, Haifa

Die Kirche steht hier zum ersten Mal, nach der Zerstreuung der ersten Christen im 4. Jahrhundert, vor der Aufgabe, die Lehre Christi an ihrem Ursprungsort, an Christen innerhalb einer jüdischen Mehrheit, zu verkünden.

Bisher war die Kirche hier im arabischen Kultur- und Sprachraum beheimatet, und die Verkündigung erfolgte, bis auf einige Ausnahmen, nicht in der Volks-, sondern in einer fremden Sprache. Die Lehrer und Seelsorger waren Europäer, und die Erscheinungsform der Kirche war europäisch.

Mit der nach der Staatsgründung einsetzenden Rückkehr der Juden nach Israel kamen Tausende Familien ins Land, in denen ein Ehepartner, meist die Frau, Christ war. Nach dem ottomanischen Gesetz, das auch in der Mandatszeit gültig blieb und bis jetzt in Kraft ist, ist das Personalrecht identisch mit dem religiösen Recht einer jeden Religionsgemeinschaft². Danach bestimmt sich nach der Halacha (d. i. nach jüdischer Tradition) die Religion des Kindes nach der Religion der Mutter. So werden die Kinder automatisch als Christen bezeichnet, auch wenn sie nicht getauft sind.

Die Kirche war auf diese große Einwanderung europäischer Christen nicht vorbereitet. Einige dieser Familien wanderten wieder ab, andere paßten sich der Mehrheit an, und ein großer Teil wollten Glieder der Kirche bleiben, wußten aber nicht, wie sie sich in die andersartige Gesellschaft eingliedern sollten. Dabei kam es zu Fehlhaltungen, manche Christen schlossen sich hermetisch von der israelischen Gesellschaft ab, andere übten ihre Religion heimlich aus, wieder andere glaubten, ihre Zugehörigkeit zum Christentum bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit hervorheben zu müssen und beschworen damit Aggression herauf. Auch ein Teil der israelischen Gesellschaft war nicht bereit, Stellung zu diesem Problem zu nehmen. Im Gegenteil, sie fürchteten durch die Anwesenheit der Christen in Israel für die Einzigartigkeit (Yihud) des jüdischen Volkes. Die Kirche wußte nicht, wie sie sich zu all diesen auftauchenden Problemen stellen sollte aus ihrer Zurückhaltung Israel gegenüber, das eine neue religiöse Gegebenheit im Heiligen Land und ein neuer politischer Faktor im Mittleren Orient war.

Bei der Suche nach einer Lösung gab es zunächst einmal nur Schwierigkeiten. Niemand beherrschte die Landessprache so, um darin unterrichten zu können und zu predigen. Es gab in ihr noch keine theologischen Begriffe,

um die Glaubenswahrheiten verständlich zu machen. Außer dem Tenah (Altes Testament) gab es keine Bücher für den Gottesdienst und die Unterweisung. Ein Neues Testament im heutigen Hebräisch gibt es noch nicht. Die beiden bestehenden Übersetzungen, Deliz und Salkinson, stammen aus der Zeit, als Hebräisch noch keine Umgangssprache war. Diese Ausgaben des Neuen Testaments gibt es in vielen israelischen Familien und besonders in den Kibbuzim.

Das Elternhaus war entweder un-, auch antireligiös, oder es pflegte nur noch äußerliches Brauchtum der Herkunftsländer, das damit den Forderungen des Christseins nicht mehr genügte oder ihnen widersprach. Viele dieser Christen hatten keine Beziehung zur Kirche, und wenn sie Kontakt suchten, dann geschah dies zunächst ihrer eigenen „Heimatlosigkeit“ wegen. Sie kamen aus rein christlichen Ländern und waren auf eine Diasporasituation nicht vorbereitet und ihr auch nicht gewachsen. Sie wehrten sich innerlich dagegen, und ihre Einstellung zur Umwelt war negativ. Wenn sie einen Seelsorger ihres Sprach- und Kulturkreises fanden, bestärkte er sie in ihrer Haltung und berief sich dabei auf die Const. „Exsul Familia“ vom 1. 8. 1952. Dies vergrößerte die Schwierigkeiten noch, weil eine nationale Seelsorge betrieben wurde, ehe eine einheimische, im hebräischen Milieu verwurzelte Kirche da war.

Die Kinder lernten die Landessprache schnell und ordneten sich in die Gesellschaft ein. Früher oder später erfuhren sie, daß sie Christen waren. Ihre häufigste Reaktion auf diese Eröffnung war: „Wenn schon Minderheit, dann bewußt!“ Aber sie hatten meist keine Ahnung, wie sie sich in dieser neuen Situation verhalten sollten. Die Eltern waren oft unfähig, hier zu helfen, im Gegenteil, sie zögerten Entscheidungen wie Religionsunterricht, Sakramentenempfang usw. hinaus. Die jungen Christen erwarteten hier die Hilfe der Kirche. Ihre wichtigste Frage war: „Wie kann ich ein Glied der Gesellschaft *und* ein Christ in Israel sein?“ Diese Forderungen waren der Kirche neu, und sie konnte sich nicht auf Entscheidungen festlegen, denn es gab keine Tradition, von den spärlichen Berichten der ersten Christen abgesehen. So begann sie nach neuen Wegen und Möglichkeiten, ja nach einem Ausdruck ihrer selbst zu suchen.

Hilfe kam ihr dabei aus den äußeren Gegebenheiten. Die christlichen Kinder, die israelische Schulen besuchen, kennen die Bibel nicht nur in einer knappen Auswahl, sondern im Original. Der Bibelunterricht nimmt im Gesamtunterricht einen breiten Raum ein, denn die Bibel ist nicht nur

¹ Auszugsweise auch in: Sidic, No. 2. Rom, Juni 1967 (s. u. S. 185).

² Vgl. FR. XV, 57/60, S. 59 ff. [Anm. d. Red. d. FR.].